

saarbrücker hefte

*Die saarländische Zeitschrift
für Kultur und Gesellschaft*

126

*Winter
2022/2023
Euro 9,90*

Mörder vor Gericht

Energiewende? Nein danke!

**Die kleinen Parteien nach der
Landtagswahl**

Simone Peter im Gespräch

Galerie - Ullrich Kerker



Herausgeber:

Verein Saarbrücker Hefte e.V.

Redaktion:

Bernhard Dahm, Klaus Gietinger, Sadija Kavgić (v.i.S.d.P.), Dietmar Schmitz,
Wilfried Voigt, Laura Weidig.

Redaktionsadresse:

Saarbrücker Hefte
Nauwieserstraße 19
66111 Saarbrücken
E-Mail: info@saarbrueckerhefte.de

Internet:

www.saarbrueckerhefte.de

Verlag:

Blattlaus Verlag, Ludwigstraße 29, 66115 Saarbrücken
Telefon: (0681) 37 21 75, E-Mail: druck@blattlausverlag.de
www.blattlausverlag.de | www.blattlaus.org

Herstellung:

Blattlaus GmbH, Saarbrücken

Layout: Ruth Santos | satzpunkt.de

Verkaufspreis:

Einzelheft EUR 9,90

Die Zeitschrift ist im Buchhandel erhältlich.

Einsendungen von Manuskripten per E-Mail an: info@saarbrueckerhefte.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:

Isabelle Bastuck, Jonas Boos, Bernhard Dahm, Dominik Dix, Rainer Eisfeld, Klaus Gietinger,
Frederic Hubert, Karolina Kaltschnee, Sadija Kavgić, Ullrich Kerker, Michael Kohler,
Dennis Kundrus, David Lemm, Uwe Loebens, Simon Ohliger, Werner Ried, Stefan
Ripplinger, Roland Röder, Sonja Ruf, Ekkehart Schmidt, Volker Schütz, Laura Weidig.

Für ihre freundliche Unterstützung danken wir der Bildungs- und Kulturministerin des
Saarlandes, Bezirksrat Mitte der Landeshauptstadt, Sportoto GmbH und unseren
Werbepartnern.

saarbrücker
hefte

*Die saarländische Zeitschrift
für Kultur und Gesellschaft* **126**

Inhalt

| | | |
|----------------------|-----------|---|
| Editorial | 5 | <i>Sadija Kavgić</i> |
| Titel | 8 | <i>Volker Schütz</i> ausgemalt |
| | 10 | <i>Simon Ohliger</i> Tick, Trick und Track verlieren eine Wahl |
| | 13 | <i>Laura Weidig</i> »Hauptsache für die Tiere« genügt nicht Die Tier- und Umweltschutzbewegung und ihre mangelnde Distanz zum rechten Rand |
| | 17 | <i>Klaus Gietinger</i> »Die Nachrichten über die Klimakrise sind erschreckend« Ein Gespräch mit Simone Peter |
| | 21 | <i>Dominik Dix</i> Energiewende? Nein danke! |
| | 24 | <i>Werner Ried</i> Sommermärchen zu neun Euro |
| | 28 | <i>Ekkehart Schmidt</i> Parkplätze in Gärten verwandeln Saarbrücker Nachhaltigkeitsinitiativen verändern die Stadt |
| Zeitgeschehen | 32 | <i>Sadija Kavgić und Bernhard Dahm</i> Das Schweigen der Ausländerbehörde |
| | 34 | <i>Jonas Boos</i> Sozialproteste in der Krise |
| | 37 | <i>Karolina Kaltschnee</i> Der Aufmarsch der Gläubigen Reaktionäre Katholiken demonstrieren in Saarbrücken |
| | 41 | <i>Michael Kohler</i> Die Polizistenmorde von Kusel |
| | 46 | <i>Laura Weidig</i> Mord in Idar-Oberstein |
| | 49 | <i>Roland Röder</i> OLG Koblenz verhandelt Mord an Samuel Yeboah |
| | | <i>Chronik des Mordfalls Yeboah</i> |

| | | |
|-----------------------------------|-----------|---|
| Geschichte | 55 | <i>Ein Kommentar von Dennis Kundrus</i> Kriegsverbrecher Ernst Röchling |
| | 57 | <i>Rainer Eisfeld</i> »Dafür haben wir diese Leute nicht nach Saarbrücken geholt« – Der »Notstands«-Konflikt 1968 an der Universität des Saarlandes. |
| Galerie | 62 | <i>Uwe Loebens</i> Vermutungen über Ullrich Kerker |
| Theater | 69 | <i>Isabelle Bastuck</i> Zehn Jahre Poetikdozentur für Dramatik |
| Literatur | 73 | <i>Sonja Ruf</i> Übrig bliebe ... Dialog an der Damra |
| Nachruf | 77 | <i>Stefan Ripplinger</i> Nicht mehrheitsfähig Ein Nachruf auf Klaus Bernarding |
| Rezensionen | 79 | <i>David Lemm</i> Keine Nostalgie – Christian Barons Romandebüt |
| | 81 | <i>Stefan Ripplinger</i> Unlösbare Rätsel Andreas H. Drescher |
| | 83 | <i>Frederic Hubert</i> Arnold Fortuin - Die Verfolgung der Sinti und Roma im Saarland Franz Josef Schäfer |
| | 85 | <i>Stefan Ripplinger</i> Ethik des Widerstands Mohsen Ramazani-Moghaddam |
| | 87 | <i>Dennis Kundrus</i> Eine besondere Kindheit Horst Bernard |
| Autorinnen und Autoren | 89 | |

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

seit drei Jahren erhalten die Saarbrücker Hefte kein Geld mehr von der Stadt Saarbrücken. Es war nicht leicht, mit dem Verlust von 30.000 Euro umzugehen und gleichzeitig das Erscheinen von zwei Heften im Jahr zu gewährleisten. Es ist uns trotzdem gelungen, die Verkaufs- und Abonnentenzahlen der Hefte erheblich zu steigern. Besonders die letzten vier Ausgaben fanden großen Zuspruch. Einige von Ihnen haben uns mit einer Spende geholfen, und wir konnten uns auf unsere Werbepartner verlassen. Die Kultusministerin Christine Streichert-Clivot und der Bezirksrat Mitte der Landeshauptstadt hielten die Hefte auch für erhaltens- und förderungswürdig. Das seit Jahren geplante Projekt der Digitalisierung alter Ausgaben musste allerdings zurückgestellt werden. So steht dieses seit 1955 gedruckte saarländische Archiv für Kultur und Politik der Öffentlichkeit weiterhin nicht in digitaler Form zur Verfügung.

Für die Hefte eröffnen sich neue Perspektiven. Die Redaktion hat ein Büro im selbstverwalteten Kultur- und Werkhof Nauwieser 19 bezogen. Bei Redaktionsschluss ist noch offen, ob der Antrag von SPD, Linken, Grünen und der Partei an den Saarbrücker Stadtrat, die Hefte ab 2023 mit 10.000 Euro aus dem Haushalt zu fördern, eine Mehrheit finden wird.

Am 12. Dezember wird die Saarland Sporttoto GmbH über unseren Antrag zur Digitalisierung der älteren Ausgaben befinden. Wenn wir das Geld bekommen, werden Sie, liebe Leserinnen und Leser bald online in den Saarbrücker Heften von 1989 bis 2020 lesen können, und zwar kostenlos – die Hefte sind ein öffentliches Gut.

Und was bieten Ihnen die Hefte Nummer 126?

Die Ausgabe ist weitestgehend in Schwarz-Weiß gehalten. Die Farbkombination passt zum Inhalt. Die Gestaltung der Titelseite haben wir erneut dem Künstler Volker Schütz anvertraut. Hatte er vor einem Jahr noch auf die alten Druckmaschinen gesetzt (siehe Nr. 124), bedient er sich diesmal der Hilfe der neuronalen Netze. »Diese Netze verfügen über ein abstraktes, selbst erlerntes Wissen über das Aussehen ihrer Umwelt und können damit beliebige Bilder generieren, die zeigen, was man vorher textuell beschrieben hat«, erklärt Schütz sein Experiment. Das Resultat waren viele Bilder, die Windräder und Menschen in einer Landschaft zeigen. Von diesen verschiedenen Bildern haben wir 12 ausgesucht. Damit sind die Saarbrücker Hefte Nr. 126 mit 12 verschiedenen Titelbildern erhältlich. Eine Übersicht finden Sie am Anfang des Heftes.

Übersichtlich ist auch der saarländische Landtag geworden. Nur noch drei Parteien sind dort vertreten. Unser Autor Simon Ohliger nimmt das zum Anlass, sich das Parteienfeld außerhalb des Parlaments anzuschauen. Immerhin sind die im Saarland als außerparlamentarische Opposition (APO) agierenden Liberalen (FDP) und Grünen in Berlin an der Regierung beteiligt. Hefte-Redakteurin Laura Weidig widmet sich einem anderen Teil der APO. An Beispielen beschreibt sie die Schwierigkeiten der Tierrechtsgruppen und Parteien, sich von rechtsradikalen Aktivisten und Gruppen abzugrenzen.

Es freut uns sehr, dass wir mit Karolina Kaltschnee eine freie und engagierte Journalistin für die Saarbrücker Hefte gewinnen konnten. »Der Aufmarsch der Gläubigen« heißt ihre Reportage, in der sie die jährlich wiederkehrende Kampagne der rechtskatholischen Pius-Brüderschaft und ihrer Bündnispartner gegen

Frauenrechte schildert. Besonders die Arbeit der pro familia, deren Beratung für einen Schwangerschaftsabbruch verpflichtend ist, wird von sogenannten Lebensschützern mit Mahnwachen behindert.

Unser Redakteur Klaus Gietinger hat mit Simone Peter gesprochen. Sie ist aktuell die Präsidentin des Bundesverbandes Erneuerbare Energie. Zusammen mit Grünen-Parteichef Hubert Ulrich bildete sie das bundesweit erste Jamaika-Bündnis (CDU, FDP und Grüne) und amtierte als saarländische Umweltministerin von 2009 bis 2012. Nach dem Scheitern dieser Koalition wechselte sie nach Berlin, wo sie von 2013 bis 2018 Bundesvorsitzende der Grünen war. Für die Energiewende setzt sie sich im Saarland schon seit den 1980er-Jahren ein. Wie weit es mit dieser gekommen ist, beschreibt Dominik Dix. Welche Verbände und Initiativen sich überhaupt für einen sozial-ökologischen Umbau im Saarland einsetzen, wollten die Saarbrücker Hefte von unserem Autor Ekkehart Schmidt erfahren. Ein guter Grund für ihn, nicht wie für vorherige Hefte Kneipen und Restaurants in der Region zu besuchen, sondern in Saarbrücken zu bleiben und für uns zu recherchieren. Unser Verkehrsexperte Werner Ried lobt die Einführung des Neun-Euro-Tickets und verlangt weitergehende Schritte. Zum Beispiel den Rückbau von Straßen und Parkplätzen zugunsten von Radverkehr, Eisenbahn und öffentlichem Personennahverkehr.

Mörder vor Gericht

Es sind drei schwere Straftaten, die nicht nur die saarländische Öffentlichkeit in den letzten beiden Jahren beschäftigen. Die Ermordung von vier Menschen ist nicht allein das Werk von Einzeltätern, sondern sie erklärt sich auch aus dem Erstarken politischer Bewegungen, die menschenfeindliche Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele rechtfertigen. Die Mörder sind individuell verantwortlich, agieren aber in den Milieus, die ihre Taten billigend in Kauf nehmen und sie sogar als Helden feiern. Die Saarbrücker Hefte haben dies zum Anlass genommen, die Tat, die Täter, ihre Unterstützer und ihr gesellschaftliches und politisches Umfeld zu beleuchten. Die Texte sind auch Ausdruck unserer Anteilnahme für die Opfer und ihre Angehörigen.

Am 31. Januar dieses Jahres wurden die Polizistin Yasmin B. (24) und der Polizist Alexander K. (28) auf einer einsamen Straße in der Nähe von Kusel regelrecht hingerichtet. Der Täter Andreas S. wurde von diesen bei seiner Wilderei auf frischer Tat erwischt. In welchem Umfeld dieser Mann jahrelang zuvor sein Waidwerk mit hohen Erlösen betreiben konnte und welche verhängnisvolle Rolle dabei Behörden und Jagdverbände spielten, beschreibt für die Hefte unser neuer Autor Michael Kohler. Er fragt danach, wer die Käufer des tonnenweise verkauften Wildfleisches waren und ob auch gegen sie wegen Hehlerei ermittelt wird. Die Profitgier des Mörders und seiner Abnehmer hat zwei Menschen das Leben gekostet. Es ist kein Trost zu wissen, dass der Täter in einem Gerichtsverfahren zu einer lebenslangen Strafe mit anschließender Sicherheitsverwahrung verurteilt wurde.

Auch der Mörder des 20-jährigen Tankstellenmitarbeiters Alex W. ist schon zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Unsere Redakteurin Laura Weidig schildert die ideologischen Hintergründe der Tat vom 18. September 2021 in Idar-Oberstein. Die Radikalisierung des Täters in der Corona-Leugner-Szene und seine Faszination für Verschwörungstheorien brachten den Maskenverweigerer dazu, einen ihm unbekanntem Menschen einfach zu erschießen.

Der mutmaßliche Mörder des 27-jährigen Samuel Yeboah, der vor 31 Jahren bei einem Anschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Saarlouis verbrannte, wurde erst im April 2022 verhaftet. Jahrzehntlang haben die saarländische Polizei und die saarländische Justiz keinen Finger gerührt, um den Täter zu ermitteln. Die Stadt Saarlouis verweigerte jede öffentliche Erinnerung an das Opfer. Nun

hat in Koblenz am 16. November 2022 der Prozess gegen den bereits 1991 unter Tatverdacht stehenden Peter S. begonnen. Unser Autor Roland Röder ist seit Jahrzehnten an der Aufarbeitung des Mordfalls beteiligt und erzählt für die Saarbrücker Hefte eine unglaubliche Geschichte von Staatsversagen und der Weigerung der politischen Mitte, rassistische Gewalt entschieden zu bekämpfen. Die Recherche unseres Redakteurs Wilfried Voigt über den Fall Yeboah haben wir im Heft Nr. 122 veröffentlicht und mit einer Chronik rechter Gewalt im Saarland von 1990 bis 2020 ergänzt. Im vorliegenden Heft finden Sie eine Übersicht der Ereignisse im Mordfall Yeboah seit 1991.

Mit den Ehrensensatoren der Saar-Uni beschäftigen sich die Hefte auch schon seit geraumer Zeit (siehe u. a. Nr. 124). Wie unser Autor Dennis Kundrus berichtet, hat der Senat der Universität es im Mai 2022 abgelehnt, dem in Rastatt 1949 verurteilten Kriegsverbrecher Ernst Röchling die Ehrensensatorenwürde abzuerkennen. Statt offen zu sagen, dass das Geld und die Zusammenarbeit mit der Röchling-Stiftung ihm zu wichtig sind und dass er dies nicht wegen dieser Aberkennung verspielen will, flüchtet sich der Senat in Geschichtsrevisionismus. Er bestreitet die Rechtmäßigkeit der Urteile der von der Französischen Republik mit internationaler Beteiligung durchgeführten Rastatter Prozesse gegen Nazikriegsverbrecher und spricht Ernst Röchling nachträglich wegen angeblicher Verfahrensfehler des Gerichts frei.

Professor Rainer Eisfeld beschäftigt sich auch mit der Geschichte der Saar-Universität. Er erinnert an das Jahr 1968 und daran, wie der damalige Ministerpräsident Franz-Josef Röder den bundesweit anerkannten linksliberalen Politologen Christian Graf von Krockow von der Uni wegekelt. Wir drucken den ersten Teil von Eisfelds Rückblick und freuen uns, mit ihm einen weiteren renommierten Autor gewonnen zu haben. Der zweite Teil erscheint im nächsten Heft.

Die Galerie gehört dem Künstler Ullrich Kerker. Er war 31 Jahre Leiter der Druckwerkstatt an der Hochschule der Bildenden Künste Saar. »Seine künstlerische Arbeit ist geprägt von einem respektvollen Verhältnis zu Papieren aller Art, leerem und bedrucktem, neuem und gealtertem Papier«, so unser Autor Uwe Loebens, »und zu allem, was druckt, zeichnet, im übertragenen Sinne schreibt und Zeichen setzt.«

Die Schriftstellerin Sonja Ruf verbrachte den letzten Sommer an der Damra, dem ehemaligen Atelierhaus des Bildhauers Leo Kornbrust und der Dichterin Felicitas Frischmuth. Inspiriert von der Aura des Ortes, dichtete sie »Im Fuchsbau des Friedens«, einen lyrischen Dialog mit Felicitas Frischmuth.

»Klaus Bernarding habe ich so gut gekannt«, sagt unser Autor Stefan Ripplinger, »wie einer einen anderen kennen kann, von dem er nur die Gedichte kennt, also sehr gut.« Was er über den im September verstorbenen Schriftsteller und Hefte-Autor Klaus Bernarding in seinen Gedichten erfahren hat, beschreibt er in einem Nachruf.

Auch zwei Bücher hat der in Berlin lebende Stefan Ripplinger für uns besprochen. Weitere Rezensionen, wie etwa die von David Lemm über den neuen Roman von Christian Baron finden Sie im letzten Teil des Hefts.

Ich hoffe, dass diese Ausgabe der Saarbrücker Hefte Ihnen eine anregende Lektüre bieten wird.

Im Namen der Redaktion wünsche ich Ihnen ein gutes Jahr 2023,

Ihre Sadija Kavgić

Aufgeregte Stimmung im Labor. Wie damals bei der Erfindung des Feuers. Oder der Glühlampe. Wird der Druck funktionieren? Wird man was erkennen können? Wird man womöglich gerührt sein?

Die 12 Titelbilder dieser Ausgabe laufen gerade aus dem Drucker.

Sie sind mithilfe künstlicher neuronaler Netze entstanden. Diese Netze verfügen über ein abstraktes, selbst erlerntes Wissen über das Aussehen ihrer Umwelt und können damit beliebige Bilder generieren, die zeigen, was man vorher textuell beschrieben hat. Ein zweiter genetischer Algorithmus hat nach jedem generierten Bild den Eingabetext so moduliert, dass die Bilder variieren, ohne ihre Geschlossenheit zu verlieren.

Ausgangspunkt war immer ein Horizont mit einem weißen oder schwarzen Himmel darüber. Dazu eine Landschaft mit Bäumen oder kleinen Gebäuden, die sich manchmal in Mustern oder geografischen Strukturen auflösen kann. Die einzige inhaltliche Vorgabe für die Titelbilder waren Windräder. Die sollten in jedem Bild enthalten sein und sehen zuweilen realistisch aus – wenn sie nicht gerade mit den Wolken des Himmels verschmelzen oder wie große Blumen aus dem Boden der Landschaft wachsen.

Dass die Bilder manchmal etwas krakelig oder fehlerhaft sind, liegt daran, dass der Weg der Gestaltung vom Erkennen der Sprache über eine eher realistische, fotoähnliche Zwischenrepräsentation hin zum fertigen Bild, das wie gemalt oder wie mit einer Linolplatte gedruckt aussieht, sehr lang ist. Und wenn da irgendwo beim Rendern was schiefgeht, dann könnte ich das natürlich korrigieren, sogar der Algorithmus selber könnte es korrigieren, aber meistens habe ich die schiefen Artefakte und kleinen Fehler drin gelassen. Wenn ein Mensch malt, freut man sich ja auch über die ihm eigene Persönlichkeit, die im Pinselstrich ihre Marotten hat.

Menschen kommen in den Bildern auch vor. In Situationen, die versuchen, spannend und glaubwürdig zu sein. Meist sind es normale Leute, wie sie im Leben um einen sind. Gesehen aus einer gewissen Distanz. Aber mit einer präzisen Mission und einem geheimnisvollen Wesen.

So etwas können sich nur Menschen ausdenken oder neuronale Gefüge, die funktionieren wie Menschen. Eine A100 Tensor Core GPU von Nvidia zum Beispiel.

Ist das jetzt das Ende der Kunst? Oder steht uns eine neue spannende Explosion der Kunst bevor, viel größer als damals bei der Erfindung der Fotografie? Wie wollen wir umgehen mit dieser neuen Kunst, die uns hübsche Bilder bringt, als Boten einer kommenden Intelligenz, die unsere Gesellschaft enorm verändern wird?

Wir, die Menschen, gehen jetzt gleich zurück ins Atelier und pinseln Farbe auf die Drucke. Eine Nische, in der das Kreative bei den Maschinen liegt und das Handwerkliche bei denen, die Hände haben.

Ein Rollentausch. Ausgemalt.

#1

saarbrücker
hefte

Die saarländische Zeitschrift für Kultur und Gesellschaft 126 Winter 2012/2013
Euros 6,50

Mörder vor Gericht

Energiewende? Nein dankt! Die kleinen Parteien nach der Landtagswahl
Simone Peter im Gespräch Galerie - Ulrich Kerker

#2

saarbrücker
hefte

Die saarländische Zeitschrift für Kultur und Gesellschaft 126 Winter 2012/2013
Euros 6,50

Mörder vor Gericht

Energiewende? Nein dankt! Die kleinen Parteien nach der Landtagswahl
Simone Peter im Gespräch Galerie - Ulrich Kerker

#3

saarbrücker
hefte

Die saarländische Zeitschrift für Kultur und Gesellschaft 126 Winter 2012/2013
Euros 6,50

Mörder vor Gericht

Energiewende? Nein dankt! Die kleinen Parteien nach der Landtagswahl
Simone Peter im Gespräch Galerie - Ulrich Kerker

#4

saarbrücker
hefte

Die saarländische Zeitschrift für Kultur und Gesellschaft 126 Winter 2012/2013
Euros 6,50

Mörder vor Gericht

Energiewende? Nein dankt! Die kleinen Parteien nach der Landtagswahl
Simone Peter im Gespräch Galerie - Ulrich Kerker

#5

saarbrücker
hefte

Die saarländische Zeitschrift für Kultur und Gesellschaft 126 Winter 2012/2013
Euros 6,50

Mörder vor Gericht

Energiewende? Nein dankt! Die kleinen Parteien nach der Landtagswahl
Simone Peter im Gespräch Galerie - Ulrich Kerker

#6

saarbrücker
hefte

Die saarländische Zeitschrift für Kultur und Gesellschaft 126 Winter 2012/2013
Euros 6,50

Mörder vor Gericht

Energiewende? Nein dankt! Die kleinen Parteien nach der Landtagswahl
Simone Peter im Gespräch Galerie - Ulrich Kerker

#7

saarbrücker
hefte

Die saarländische Zeitschrift für Kultur und Gesellschaft 126 Winter 2012/2013
Euros 6,50

Mörder vor Gericht

Energiewende? Nein dankt! Die kleinen Parteien nach der Landtagswahl
Simone Peter im Gespräch Galerie - Ulrich Kerker

#8

saarbrücker
hefte

Die saarländische Zeitschrift für Kultur und Gesellschaft 126 Winter 2012/2013
Euros 6,50

Mörder vor Gericht

Energiewende? Nein dankt! Die kleinen Parteien nach der Landtagswahl
Simone Peter im Gespräch Galerie - Ulrich Kerker

#9

saarbrücker
hefte

Die saarländische Zeitschrift für Kultur und Gesellschaft 126 Winter 2012/2013
Euros 6,50

Mörder vor Gericht

Energiewende? Nein dankt! Die kleinen Parteien nach der Landtagswahl
Simone Peter im Gespräch Galerie - Ulrich Kerker

#10

saarbrücker
hefte

Die saarländische Zeitschrift für Kultur und Gesellschaft 126 Winter 2012/2013
Euros 6,50

Mörder vor Gericht

Energiewende? Nein dankt! Die kleinen Parteien nach der Landtagswahl
Simone Peter im Gespräch Galerie - Ulrich Kerker

#11

saarbrücker
hefte

Die saarländische Zeitschrift für Kultur und Gesellschaft 126 Winter 2012/2013
Euros 6,50

Mörder vor Gericht

Energiewende? Nein dankt! Die kleinen Parteien nach der Landtagswahl
Simone Peter im Gespräch Galerie - Ulrich Kerker

#12

saarbrücker
hefte

Die saarländische Zeitschrift für Kultur und Gesellschaft 126 Winter 2012/2013
Euros 6,50

Mörder vor Gericht

Energiewende? Nein dankt! Die kleinen Parteien nach der Landtagswahl
Simone Peter im Gespräch Galerie - Ulrich Kerker



Tick, Trick und Track verlieren eine Wahl

Zur Rolle der kleinen Parteien im Saarland nach der Landtagswahl 2022

Von Simon Ohliger

Die SaarländerInnen wählten am 27. März diesen Jahres einen neuen Landtag. Mit einem Ergebnis von 43,5 Prozent ließ die SPD die infolge eines miserablen Wahlkampfes strauchelnde CDU hinter sich zurück und erreichte die absolute Mehrheit. Die Aussicht auf einen Regierungswechsel ließ die WählerInnen zur SPD strömen, sodass diese im Vergleich zur vorherigen Wahl um 13,9 Prozent zulegen konnte. Doch nicht nur die CDU, sondern auch nahezu alle anderen Parteien erlebten an diesem Tag einen Albtraum. Der Saarländische Landtag wird nun von der SPD dominiert. In der Oppositionsrolle finden sich CDU und AfD. Weitere kleine Parteien sucht man vergeblich. Trotz guter Umfragewerte schafften weder die Grünen noch die FDP oder die Linke den Einzug ins Parlament. Sonstige Parteien und Wählerbündnisse wie bunt.saar oder die Tierschutzpartei waren relativ stark und machten den Parteien mit Landtags-Chancen Konkurrenz.

Lediglich drei Parteien kamen hierzulande über die Fünf-Prozent-Hürde. In allen anderen Bundesländern waren es bei den jüngsten Wahlen mindestens fünf. In Kombination mit einer geringen Wahlbeteiligung von 61,4 Prozent führte das dazu, dass aktuell nur 76,77 Prozent der WählerInnen mit ihrer Stimme im Landtag repräsentiert werden. Das Parlament vertritt zudem nur 47,12 Prozent aller Wahlberechtigten. Die Schwäche der kleinen Parteien sorgt für ein Repräsentationsproblem.

Dabei ist das Saarland für kleine Parteien kein grundsätzlich schwieriges Pflaster. Die Linke hielt sich lange mit den besten Wahlergebnissen der Partei in Westdeutschland. Auch FDP und Grüne saßen mit knappen Ergebnissen im Parlament, bevor sie 2012 bzw. 2017 rausflogen. Die Piratenpartei erzielte 2012 7,4 Prozent, die Tierschutzpartei jetzt bemerkenswerte 2,3 Prozent. Man kann den SaarländerInnen also nicht vorwerfen, nur Parteien zu wählen, die sowieso in den Landtag kommen. Nun hatte die SPD einen guten

Stand im Bund, eine bekannte und beliebte Spitzenkandidatin sowie einen sich selbst demontierenden Hauptgegner. Dennoch ist das Ergebnis bemerkenswert. Die Linke verlor mehr Stimmen an das Nichtwähler-Lager als an die SPD. Die Grünen vergeigten es trotz hervorragenden Werten im Bund und die FDP trotz einer schwachen CDU. Es scheint, als würden diese Parteien ihren Wählerinnen und Wählern jeweils ganz eigene Gründe dafür geben, ihnen die Stimme zu versagen.

Linke – noch kein Auferstehen aus Ruinen

Während Grüne und FDP aus der außerparlamentarischen Stellung heraus immerhin leicht zulegen konnten, war im Gegensatz dazu die Linke Teil des vorherigen Landtags und stürzte von beachtlichen 12,9 Prozent auf 2,6 Prozent ab. Dem vorangegangen war eine monatelange Schlammschlacht zwischen Oskar Lafontaine und Thomas Lutze, bei der sich beide Seiten äußerste Mühe gaben, den völlig dysfunktionalen Zustand des Landesverbandes zu offenbaren (siehe auch *Saarbrücker Hefte* 125).

Der saarländische Landesverband der Linken wählte im September einen neuen Vorstand. Als Landesvorsitzende wurde mit über 90 Prozent die Spitzenkandidatin im Landtagswahlkampf, Barbara Spaniol, gewählt. Das mag sich für Außenstehende nach einem stabilen Ergebnis anhören, in der Linkspartei erlangt man solche Ergebnisse jedoch nur dann, wenn man Oskar Lafontaine heißt. Oder wenn die Partei so zerstört ist, dass außer dem eigenen Kreis niemand mehr zur Wahlveranstaltung kommt. Dass eher Letzteres der Fall war, zeigt sich auch an der Wahl Andreas Neumanns zum Landesgeschäftsführer. Der enge Vertraute Thomas Lutzes fiel in den letzten Jahren unter anderem mit seiner gefälschten Doktorarbeit auf und beteiligt sich regelmäßig an Manipulationen,

Einschüchterungen und klaren Satzungsverstößen im Kampf gegen parteiinterne Gegner. Im Landesvorstand gibt damit nach wie vor der Kreis um Thomas Lutze den Ton an.

Über Personal will man in der Partei aber nicht mehr diskutieren. Barbara Spaniol rief – wie so viele vor ihr – dazu auf, zu den inhaltlichen Grundsätzen der Partei zurückzukehren. Dafür sollen Ende November inhaltliche Fragen auf einem Parteitag geklärt werden. Programmatisch verfolgt Spaniol den Kurs Oskar Lafontaines und Sahra Wagenknechts, der in weiten Teilen der Bundespartei und im Saarland insbesondere beim Jugendverband auf starke Ablehnung stößt. Zwar ist es ein Fortschritt, wieder über Inhalte zu sprechen. Viel ändern wird sich aber vermutlich nicht.

Auch im Bund bewegt sich nicht viel. Nach dem miserablen Bundestagsergebnis schaffte es die Partei 2022 in keinen einzigen Landtag. Die Neuwahl der Bundesvorsitzenden hat den Konflikt mit der Bundestagsfraktion und ihrem Umgang mit Sahra Wagenknecht nur kurzzeitig befriedet. Ebenso wie im Bund stellt sich auch im Saarland die Frage, ob die Parteistrukturen zu einem Wiederaufbau in der Lage sind. Wenigstens scheint das Potenzial der Linkspartei ungebrochen. Die Statistik zeigt: Bei der Landtagswahl wählten mehr ehemalige Linke-Anhänger lieber gar keine Partei als die SPD. Der Absturz ist offensichtlich hausgemacht. Breite Teile der Mitgliederbasis haben der Partei den Rücken gekehrt. Woher sollen die Leute zum Neuaufbau denn kommen, wenn diejenigen, die sie zerstört haben, nach wie vor die Mehrheiten organisieren? Barbara Spaniol muss darauf eine Antwort finden.

FDP im Ampel-Labyrinth

Auch die FDP hat es nicht leicht, ihr mangelt es hierzulande an bekannten Köpfen. Der bekannteste Liberale ist Oliver Luksic. Er ist Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium. Um neues Spitzenpersonal aufzubauen, wären Mandate oder wenigstens etwas Medienresonanz förderlich. Die FDP ist hier abhängig von der Bundespolitik, wo die Partei mit der Ampel-Koalition fremdelt.

Infolgedessen liefen neben der Saarland-Wahl auch die drei weiteren Landtagswahlen

in diesem Jahr schlecht für die FDP. In Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen verloren die Liberalen 5,1 bzw. 6,7 Prozent und wurden für die Regierungsbildung irrelevant. Die CDU bevorzugte in beiden Ländern die Grünen als Juniorpartner. In Niedersachsen flog die Partei ebenfalls aus dem Parlament. Im Gegensatz zu den Grünen kann sie sich bei ihrer Klientel mit der Regierungsbeteiligung nur schwer profilieren. Den einen gilt sie als Blockierer, den anderen als machtloser Durchwinker. Als Reaktion will die Parteiführung die Differenzen zu den Koalitionspartnern stärker herausstellen. Parteichef Lindner fürchtet, bei den konservativeren und wirtschaftsnahen Strömungen als zu »links« zu gelten. Ein populistischer Schachzug allererster Güte, kann einem schließlich selbst die CDU zu »links« sein, wenn man nur weit genug rechts steht.

Der saarländische Jugendverband der FDP hat da weniger Bedenken. Ihr Vorsitzender Julien Simons forderte, statt der Differenzen besser die bereits umgesetzte Politik der Ampel-Regierung in den Vordergrund zu stellen. Gesellschaftspolitisch progressive Projekte wie die Abschaffung des »Werbeverbots« für Abtreibungen (§ 219a StGB) bewertet Simons als positiv. Die Jungen Liberalen fordern zudem, verstärkt Themen wie Klimaschutz und Mobilität zu besetzen. Zwar dürfte es schwer werden, den Grünen auf diesem Gebiet Stimmen abzugraben, den Willen zum Arbeiten in Mitte-Links-Koalitionen sollte die FDP dennoch gerade im Saarland zu erkennen geben. Gegen Ende der Legislaturperiode wird sich die SPD nach neuen Koalitionsoptionen umschaun, und Anke Rehlinger hätte womöglich nichts gegen einen liberalen Juniorpartner. Die FDP-Saar könnte ein Comeback erleben, wenn sie den Laden zusammenhält und nicht damit beginnt, sich selbst zu zerfleischen wie am Ende der Jamaika-Koalition – im Saarland eine nicht zu unterschätzende Gefahr.

Grüner Klientelverband »Ulrich« am Ende?

Apropos: Bei den Grünen scheinen sich die Machtverhältnisse zulasten Hubert Ulrichs zu festigen. Auf ihrem Parteitag Anfang Oktober wählten die Delegierten mit überragender

Mehrheit den bisherigen Politischen Geschäftsführer Torsten Reif ab. Reif organisierte den amtierenden Landesvorstand bzw. die Ulrich-Mehrheit im Gremium, welche noch auf den Mehrheitsverhältnissen von 2021 beruhte. Die amtierenden Landesvorsitzenden Uta Sullenberger und Ralph Nonninger warfen ihm Untätigkeit im Wahlkampf und einen erheblichen Beitrag zur Zerrüttung des Landesvorstands vor. Den Vorwurf der Untätigkeit wies Reif zurück. Seinen Beitrag zur Zerrüttung hat er aber sicherlich geleistet. Anfang Juni beschuldigten er und andere Mitglieder des Landesvorstands die stellvertretende Landesvorsitzende Claudia Schmelzer, im Falle einer kippenden Mehrheit des Saarbrücker Jamaika-Bündnisses auf Stimmen der AfD setzen zu wollen. Nach der öffentlichen Anschuldigung will Reif den Streit dann aber doch lieber »intern klären«.

Ulrich hingegen ist noch lange nicht fertig. Politik-Unternehmer wie er tun sich sehr schwer mit ihrem Karriereende. Die saarländische Politik funktioniert weitgehend nach einem Klientensystem. Das heißt unbedingte Gefolgschaft wird mit lukrativen Posten belohnt. Simone Peter, Markus Tressel und Barbara Meyer-Gluche hatten mit Ulrich Kompromisse geschlossen, um ihre eigene Karriere nicht zu gefährden. Das hat zeitweise funktioniert, ist aber letztendlich an der Unfähigkeit des Systems Ulrich gescheitert, sich an grundlegende Regeln und Verfahren innerparteilicher Demokratie zu halten. Ähnlich wie bei Lafontaine wird Ulrichs Weg in einem unwürdigen Abgang enden. Auf eine Person reduzieren sollte man die Probleme der Partei jedoch nicht. Viel schwerer wiegen die Methoden, die sich einstellen, sobald man eine Partei zur Selbstbereicherung zweckentfremdet. Mitglieder, die zwischen den Kreisverbänden verschoben werden, Drohungen, Manipulationen, ein Jugendverband, der grundsätzlich ausgegrenzt wird, Verbreitung von Fehlinformationen, öffentliche Denunziationen und dauerhafter Kriegszustand. Die Grünen Saar ähneln auch hier stark der Linkspartei. Im Nu folgt auf einen Patriarchen der nächste, wenn sich Struktur und Arbeitsweise nicht reformieren.

Inhaltlich bleibt den Grünen hierzulande ein begrenztes Spielfeld. Insbesondere die Beschäftigten im Automobilbereich, der Metallverarbeitung und der Schwerindustrie

wird die Partei nur schwer überzeugen können. Zu groß die Angst, den Job durch grüne Klimapolitik noch schneller zu verlieren. Der Fokus der Grünen auf die Ansiedlung neuer Technologien und Start-ups ist eher auf FDP- und CDU-WählerInnen gerichtet. Angesichts der Schwäche der Linken könnten die Grünen der SPD-Regierung bei der Armutsbekämpfung sowie Mieten-, Gesundheits- und Pflegepolitik auf die Finger schauen. Dabei die Glaubwürdigkeit zu behalten, dürfte angesichts der Koalitionsbeteiligung im Bund eine Herausforderung sein. Bleiben noch die Themen Grubenwasser, Energiewende, Verkehr, Umweltschutz und Landwirtschaft. Die Chancen stehen dennoch nicht schlecht, bei der nächsten Wahl in den Landtag einzuziehen. Trotz des Streits haben der Partei dieses Mal nur 23 Stimmen gefehlt. Genug, um den Grünen die Möglichkeit zu eröffnen, ihren Reformprozess fortzusetzen. Denn ein Einzug in den derzeit amtierenden Landtag hätte dem Ulrich-Lager weiter den Zugriff auf die finanziellen und personellen Ressourcen einer Landtagsfraktion erlaubt und die Selbstzerstörung der Partei fortgesetzt.

Das Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde hatte neben vielen anderen Ursachen wohl auch etwas mit bunt.saar zu tun. Der als Auffangbecken für enttäuschte Grüne gedachte Zusammenschluss erhielt bei der Landtagswahl 1,4 Prozent der Stimmen und verblieb unter den eigenen Erwartungen. Politisch will sich bunt.saar nun auf die Kommunalwahlen 2024 vorbereiten. Die Hauptanliegen der Gruppe – soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz – könnte insbesondere in Saarbrücken einige Menschen ansprechen. Die Linksfraktion im Stadtrat hat sich hier fachmännisch selbst zerlegt, die Grünen sind wegen anhaltenden Austritten beschädigt. Das Ende der Saarbrücker Jamaika-Koalition im Juni dieses Jahres bietet ihnen nun die Möglichkeiten, sich verstärkt in Wohnraum- und Sozialfragen zu profilieren und sich endlich von der bedingungslosen Juniorpartnerschaft mit der CDU zu lösen. Ob bunt.saar sich als politisches Korrektiv langfristig behaupten kann, bleibt demnach abzuwarten.

»Hauptsache für die Tiere« genügt nicht

Die Tier- und Umweltschutzbewegung und ihre mangelnde Distanz zum rechten Rand

Von Laura Weidig

Julia ist 28 und wohnt in Saarbrücken. Bei der vergangenen Landtagswahl hat sie die Tierschutzpartei gewählt. Warum? »Wegen der Wahlplakate.« Sie lacht. Und erklärt weiter: »Denen zufolge hat sich die Partei weg von dieser Ein-Punkt-Partei ›Tierrechte‹ – was mir auch sehr wichtig ist – entwickelt und auch soziale Probleme der Menschen angesprochen – zum Beispiel die Wohnungsfrage.«

Umwelt, Tiere, Soziales – Themen, mit denen sie bei Julia und 10.390 anderen Wählerinnen und Wählern im Saarland punkten konnten: 2,3 Prozent der Stimmen der Landtagswahl gingen an die Partei Mensch Umwelt Tierschutz, so ihr vollständiger Name. Damit hat sie zwar nicht den Einzug ins Parlament geschafft, aber einen Achtungserfolg hingelegt.

Ein erstaunliches Ergebnis – das findet auch Thomas Weber, der Landesvorsitzende. Vor allem angesichts der Umstände, dass man die Tierschutzpartei in den Medien totgeschwiegen habe und die Plakatierung eher dürftig ausgefallen sei, wie er sagt. Was war also der Grund für diesen Erfolg? »Ich denke, wir haben die richtigen Themen aufgegriffen und uns als echte Alternative zu den Grünen, die im Saarland keinen leichten Stand haben, herauskristallisiert«, analysiert Weber. Über die Jahre sei eine politische Lücke entstanden, weshalb der Wunsch, die entsprechende politische Kraft zu stärken, immer größer geworden sei.

Auch die ÖDP (Ökologisch-Demokratische Partei) steht für Umwelt- und Naturschutz. Und hätte von der Schwäche der Grünen im Saarland profitieren können. Theoretisch. Praktisch reichte es bei der Landtagswahl lediglich für 0,1 Prozent – gerade einmal 613 Wählerinnen und Wähler konnte die Partei von sich überzeugen.

Sowohl die Tierschutzpartei als auch die ÖDP gelten als Kleinstparteien, die als alternativ und irgendwie links wahrgenommen werden. Auch bei jungen, umweltaffinen Wählerinnen und Wählern wie Julia. Doch stimmt das? Fakt ist: Gerade Natur- und Tierschutz sind Themen, die anschlussfähig für rechte Positionen sind. Entsprechende Kritik daran wird von Teilen der Szene jedoch reflexartig abgewehrt.

Proteste gegen eine Schlieffenanlage am Neunkircher Zoo

Das jüngste Beispiel: Die Mahnwache am Neunkircher Zoo. Am 7. August hatten dort etwa 130 Personen gegen ein geplantes Fuchsgehege demonstriert. Kern der Kritik: Die Tiere, die darin untergebracht werden sollen, sollen mehrmals im Jahr in sogenannten Schlieffenanlagen für die Ausbildung von Jagdhunden zum Einsatz kommen. Die Tiere sind in solchen Anlagen einem erheblichen Stress ausgesetzt.

Unter den Teilnehmern waren indes auch solche, die dem Corona-Leugner-Milieu und der extremen Rechten zugeordnet werden. Als ein freier Fotograf und in Folge die *Saarbrücker Zeitung* dies thematisierten, überlagert die Debatte das eigentliche Anliegen der Tierschützer. Der Groll der Tierschutz-Szene richtete sich ob dessen nicht etwa gegen die mutmaßlichen Neonazis – sondern in einer »Shoot-the-Messenger«-Manier gegen die Medien.

In den Kommentarspalten bei Facebook kochen die Emotionen hoch. Der Tenor: Es gehe bloß darum, Tierschützern eins reinzuwürgen. Für den Initiator der Mahnwache, Hartmann Jenal vom Verein WITAS

(Wildtier- und Artenschutz), ist die ganze Debatte »dummes Geplänkel«. Kritik an der Unterwanderung seiner Veranstaltung durch Rechte und Verschwörungsideologen zieht er ins Lächerliche: »Wir wollen keine Rechten oder Linken bei unserer DEMO!! Es ist aber heute modern, unangenehme Menschen gleich in die Rechte [sic] Ecke zu zwängen. Da benötigt man kaum Argumente, ein schwarz-weiß-roter Schlüsselbund genügt«, schreibt Jenal.

Dabei ging es keineswegs nur um einen Schlüsselbund. An der Mahnwache hatte unter anderem die Gruppe »Gemeinsam stark« mit einem großen Banner teilgenommen. Dabei handelt sich um eine Gruppierung aus dem Corona-Leugner-Milieu, in deren Umfeld regelmäßig Hooligans und Neonazis auftauchen. Eine der führenden Figuren der Gruppe, der Rentner Chris S., wurde wegen tätlichen Übergriffs auf einen Pressevertreter verurteilt: Der Mann – der ebenfalls bei der Mahnwache vor dem Zoo dabei war – hatte im Januar 2022 am Rande eines Protestes gegen die Corona-Maßnahmen in Homburg einen Journalisten attackiert und mit einem Kopfstoß in den Bauch verletzt.

Während die Tierschützer im Netz noch klagen (»Leider werden wir Tierschützer jetzt mit in eine radikale Ecke gestellt.«), zeigt Jenal laut eigener Aussage den Oberbürgermeister Jörg Aumann (SPD) wegen Beleidigung an. Warum? Aumann habe gesagt, dass eine im Chat mitdiskutierende Person zusammen mit Nazis demonstriert hätte. Zwar gab es auch Distanzierungen – man habe ja nicht wissen können, wer da neben einem stünde –, der überwiegende Teil der Reaktionen rutschte indes ins Absurde ab.

Es geht auch anders. Das PETA ZWEI Streetteam Saarbrücken, das auch vor Ort war, zeigte sich schockiert, dass die Demonstration zur Selbstdarstellung rechter Gruppierungen genutzt wurde. In einem öffentlichen Statement erklärte Streetteam-Leiter Noah Heinz, »Gruppierungen mit einer lebewesenverachtenden Weltanschauung« hätten erreicht, dass ihre Symbole in einem positiven Kontext in der Presse veröffentlicht wurden, während das eigentliche Anliegen – gegen die Misshandlung von Füchsen zu protestieren – in den Hintergrund geraten sei. Er vermisst ein ernsthaftes Interesse, gegen rechte

Demonstranten vorzugehen. Denn die versuchten durch solche gezielten Unterwanderungen, ihre Ideologien subtil zu normalisieren.

Offenbar mit Erfolg: Reaktionen im Netz offenbarten, dass der Großteil der Tierschützer kein Problem mit Neonazis, Verschwörungsideologien und extrem rechten Akteuren in ihren Reihen hat.

Die Autorin Mira Landwehr beschäftigt sich in ihrem Buch »Vier Beine gut, zwei Beine schlecht« mit dem Zusammenhang von Tierliebe und Menschenhass. Viele TierrechtlerInnen betonen, so Landwehr, ihre »unpolitische Haltung« und ihre Offenheit nach allen Seiten. »Angeblich engagieren sich diese Leute nur für die Tiere, und das soll die Hauptsache sein. Dabei merken sie leider nicht, dass sie sich gegenüber ganz merkwürdigen Kreisen und Interessen öffnen«, sagt Landwehr. Die Überzeugung, so die Autorin, dass es Tieren egal sei, ob ihre Fürsprecher die NPD wählen oder nicht, lade Menschenfeinde ganz bewusst ein – und dagegen habe die Vegan- und Tierrechtsszene auch keine funktionierenden Abwehrmechanismen entwickelt.

Ist die Tierschutzpartei »links«?

Auch die Tierschutzpartei war bei der Mahnwache in Neunkirchen dabei und distanziert sich von den rechten Teilnehmern vor Ort. »Wir als Partei lehnen die Instrumentalisierung des Tierschutzes durch rechte Gruppierungen oder Personen strikt ab«, betont der Bundesvorsitzende der Partei, Robert Gabler. »Wenn von Rechts für Tierschutzanliegen demonstriert oder geworben wird, so hat dies nie etwas mit echtem Interesse an Tierschutz oder Tierrechten zu tun. Es geht lediglich darum, sich bekannter zu machen, das Image zu verbessern oder einzelne Tierschutzaspekte für die eigene Agenda zu benutzen – beispielsweise beim Schächten. Daher ist es meiner Einschätzung nach außerordentlich wichtig, sich unverzüglich und umfassend von Rechts abzugrenzen, sollte bekannt werden, dass rechte Gruppierungen / Personen im Umfeld des Tierschutzes aktiv werden.«

Auch der Landesverband Saarland distanzierte sich in einem öffentlichen Statement umgehend von Rechts, verlangte aber im gleichen Atemzug eine Entschuldigung der

Saarbrücker Zeitung, weil die über die Anwesenheit der Neonazis berichtet hatte. Mit seinem Privataccount kommentierte der Landesvorsitzende Thomas Weber auf der facebook-Seite der *SZ*: »Mit Verlaub, das ist die mieseste journalistische Geschmacklosigkeit, die mir je untergekommen ist, und sollte die nicht vor einer weiteren Verbreitung zurückgezogen werden, wird sich der Presseerat darum kümmern. Also Vorsicht, es gibt 130 Zeugen, dass da nichts »unterwandert« wurde.«

Auf Nachfrage der *Saarbrücker Hefte* sagt Weber: »Es handelte sich bei der Mahnwache am 7. August um eine rein friedliche Veranstaltung. Die *SZ* berichtete daraufhin, es seien Rechte vor Ort gewesen. Jemand hat auf einem Foto ein Schlüsselbund in den Farben der Reichsflagge entdeckt, und ein Mitglied der Gelbwesten-Bewegung wurde auch gesichtet, das war alles.« Und schiebt hinterher: »Andererseits, warum sollte ein wie auch immer gesinnter Mensch nicht das Recht haben, sich gegen Tierquälerei starkzumachen? Solange nichts Extremes propagiert wird, sollte das keine Rolle spielen.« Sich selbst verortete die Partei als »eindeutig links«, sagt Weber. Auch wenn er findet: »Ich persönlich kann mit Ideologien überhaupt nichts anfangen.«

Peter Bierl ist ein Journalist und Buchautor aus München, der sich seit Jahren mit der deutschen Umweltbewegung beschäftigt. Die Verortung der Tierschutzpartei als links dürfte zutreffend sein, so Bierl – »insofern, als der Begriff ja ein sehr weites Spektrum umfasst mit einer gewissen Beliebigkeit. Die Unschärfe mancher linken Positionen, insbesondere verkürzte Kapitalismuskritik, Antiimperialismus, Nationalismus / Antiamerikanismus oder Antizionismus biete jedoch vielfache Anknüpfungspunkte für rechtes und verschwörungsideologisches Denken«.

Die Tierschutzpartei scheint für Rechte durchaus interessant zu sein. Etwa für Martin Buschmann: Der ehemalige NPD-Funktionär war seit 2015 hauptamtlich für die Tierschutzpartei tätig und zog 2019 für sie ins Europa-Parlament ein. Die Tierschutzpartei, die nach eigenen Angaben erst Anfang 2020 von der NPD-Vergangenheit Buschmanns erfuhr, forderte ihn zum Rücktritt auf.

Was ihre EU-Abgeordneten angeht, scheint die Partei kein glückliches Händchen zu haben. Vor Buschmann saß Stefan Bernhard

Eck für die Tierschutzpartei im EU-Parlament. Der war zugleich der Bundesvorsitzende, legte aber im Dezember 2014 sein Amt nieder und verließ die Partei – weil die ihm zu rechtsoffen sei. Der Homburger blieb nach seinem Austritt bis 2019 parteiloser Abgeordneter im Europa-Parlament und ist selbst keine unumstrittene Figur. Während seiner Zeit in der Tierschutzpartei, 2006, machte Eck mit einer antisemitischen Aktion vor der KZ-Gedenkstätte Dachau auf sich aufmerksam: Er postierte sich dort mit einer Tafel mit der Aufschrift »Für Tiere ist jeden Tag Dachau«. Anfang 2020 ist Eck in die ÖDP eingetreten.

Die ÖDP – von der rechten zu einer bürgerlichen Partei mit konservativem Einschlag

Ein Blick zurück die 1980er – in die Gründungsgeschichte der ÖDP. Die war zum damaligen Zeitpunkt durchaus in einem Atemzug mit rechten Parteien wie der DVU (Deutsche Volksunion) oder den Republikanern zu nennen. Die Gründung der ÖDP geht auf Herbert Gruhl zurück, der zusammen mit seiner Fraktion bis 1990 das Profil der ÖDP maßgeblich prägte. Gruhl, der zuvor – bis 1978 – für die CDU im Bundestag saß und dort als umweltpolitischer Sprecher agierte und anschließend den Grünen angehörte, stand auch für völkische und rassistische Positionen. 1990 verließen Gruhl und einige seiner Anhänger die ÖDP und fanden ihre politische Wirkungsstätte bei den Republikanern. Gruhl gründete die Unabhängigen Ökologen Deutschlands (UÖD). Erst 1993 entfernte die ÖDP rechtslastige Passagen aus ihrem Programm.

Nach Ansicht von Peter Bierl hat sich die ÖDP in den mehr als 30 Jahren ihres Bestehens von rechts in die bürgerliche Mitte entwickelt. »Meilenstein war die Abgrenzung von rechts, von Republikanern und NPD, um 1990, die zu einer Abspaltung des rechten Flügels um Herbert Gruhl, Baldur Springmann und anderen führte«, sagt Bierl. Inzwischen sei die ÖDP eine bürgerliche Partei mit einem etwas konservativeren Einschlag. »Das zeigt sich programmatisch vor allem an der Betonung von Ehe und Familie, wobei

homosexuelle Verbindungen nicht diskriminiert werden, jedenfalls laut Programm. Betont wird der ›Schutz des ungeborenen Lebens‹, wobei eine klare Haltung zum Abtreibungsparagrafen § 218 vermieden wird«, so Bierl weiter.

Die ÖDP-nahe Stiftung »Stiftung für Ökologie und Demokratie« unterstützt jedoch offen den sogenannten »Marsch für das Leben« in Berlin. Auf der Webseite der Stiftung ist zu lesen, dass der Stiftungsvorsitzende Hans-Joachim Ritter 2015 dort eine »flammende Rede« gehalten habe. Darin outete sich Ritter, der der Stiftung bis heute vorsteht und auch einige Jahre Bundesvorsitzender der ÖDP selbst war, als Mitglied von ALfA (Aktion Lebensrecht für alle) und bezeichnete »Lebensschützer« und Ökologen als »strategische Partner«. Die ÖDP Nürnberg richtete 2020 ein freundliches Grußwort an den Marsch für das Leben in Berlin. Die ÖDP – eine Partei, die christlich-fundamentalistischen Abtreibungsgegnern nahesteht?

Manche Tier- und Umweltschutzgruppen haben ein Problem. Nicht nur wegen offensichtlicher antisemitischer Ausfälle

– Holocaustvergleiche werden heute zumindest von Teilen der Bewegung, anders als noch vor einigen Jahren deutlich zurückgewiesen. Es geht aber auch um subtilere Momente, die mehrheitsfähig sind und weit seltener Gegenstand einer Kritik werden. Das reicht von (neo-)malthusianischen Thesen einer angeblichen Überbevölkerung bis zum in der Pandemie populär gewordenen Gerede vom Menschen als »das eigentliche« Virus. RassistInnen, ÖkofaschistInnen und andere Menschenfeinde jedenfalls müssen an Infoständen oder auf Demonstrationen keine Furcht haben, abgewiesen zu werden – solange sie in den Ruf politisch naiver Aktivisten einstimmen: »Hauptsache für die Tiere!«

Weiterführende Literatur zum Thema:

Bierl, Peter: Unmenschlichkeit als Programm, Verbrecher Verlag (2022), 364 Seiten, 24 Euro.
Landwehr, Mira: »Vier Beine gut, zwei Beine schlecht«. Zum Zusammenhang von Tierliebe und Menschenhass in der veganen Tierrechtsbewegung, Konkret texte 77 (2019), 125 Seiten, 15 Euro.

»Die Nachrichten über die Klimakrise sind erschreckend«

Ein Gespräch mit Simone Peter, Präsidentin des Bundesverbandes Erneuerbare Energie

Von Klaus Gietinger

Der CO₂-Ausstoß ist weltweit wieder auf dem Niveau von 2019. Die vorhergesagten Katastrophen kommen noch früher als erwartet. Konferenzen wie die in Ägypten produzieren m. E. nur Papier und noch mehr CO₂, 44.000 Fluggäste. Finden Sie solche Konferenzen noch sinnvoll?

Ja, tatsächlich sind die Nachrichten über den Stand der Klimakrise erschreckend, und die wissenschaftlichen Fakten müssen ständig korrigiert werden, denn die Klima-Kipp-Punkte kommen näher, bei denen die Entwicklung nicht mehr zurückzudrehen ist. Ich habe die Klimakonferenzen früher auch immer kritisch gesehen, bevor ich vor gut 10 Jahren das erste Mal selbst auf einer Konferenz erleben konnte, dass es am Ende doch zu konkreten Beschlüssen und Maßnahmen kommt. Neben dem, dass viele Gespräche und Vernetzung möglich sind. Und war auch in Ägypten dabei, weil ich daran mitwirken will, dass das Pariser Klimaabkommen von 2015, das nach Kyoto das wichtigste Abkommen war, umgesetzt wird. Man muss die Unterzeichner darauf hinweisen: Ihr habt eine Unterschrift geleistet, 2 Grad, besser 1,5 Grad Erderwärmung nicht zu überschreiten! Und ihr seid alle weit davon entfernt.

Also, Sie denken, es bringt was?

Ja, es bringt etwas. Was mich allerdings hat aufschrecken lassen, dass 663 Lobbyisten der Kohle-Öl- und Gas-Industrie dort waren. Mit deren Zulassung sendet die Klimakonferenz falsche Signale aus. Dem wollten wir als erneuerbare Branche die Stirn bieten.

Wie sieht es mit der drohenden Klimakatastrophe im Saarland aus?

Das Saarland erlebte in diesem Jahr teils die heißesten und trockensten Monate aller Bundesländer. Durch Wasserknappheit sind kleine Bäche und Flüsse ausgetrocknet. Damit stirbt dann auch das Leben in diesen Flüssen.



Es gab in Deutschland viele Hitzetote, gerade ältere Menschen leiden unter Temperaturen von 40 Grad und mehr, auch im Saarland. Wir müssen viel stärker Städte und Dörfer umrüsten: mehr grüne Lungen für die Kühlung schaffen. Andererseits steckt uns noch die nahe Katastrophe im Ahrtal in den Knochen, und auch hier gab es in den letzten Jahren heftige Überschwemmungen.

Was läuft schief im Saarland bei der Bekämpfung der Klimakrise?

Das Saarland hat viel zu lange an den fossilen Energieträgern festgehalten. Als ich 2009 Umwelt- und Verkehrsministerin wurde, war der Fokus noch ganz auf die Kohle und den Verbrenner ausgerichtet. Da war zwar gerade der Kampf um das Kraftwerk Ensdorf für die CDU-geführte Landesregierung politisch verloren, aber die Weichen noch nicht Richtung erneuerbare Energien gestellt. Das war auch eine Chance. Wir haben viel angestoßen für den Ausbau von Wind- und Solaranlagen, aber das kam 10 Jahre später als in anderen Bundesländern, und das rächt sich jetzt. Wir könnten schon weiter als bei 20 % erneuerbaren Energien im Strombereich sein, andere Bundesländer sind uns weit voraus. Da haben wir viel nachzuholen.

Macht denn die jetzige Landesregierung genug?

Nein. Es gibt immer noch kein Klimaschutzgesetz, Windkraft im Saar-Forst wurde ausgeschlossen, und bei den Planungen für eine wichtige Batteriefabrik hat man die Bevölkerung gegen sich aufgebracht. Und mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine und der fossilen Energieversorgungskrise hat sich die Lage noch zugespitzt. Wir müssen jetzt schneller werden.

Hätten Sie denn einen Plan fürs Saarland?

Wir haben 2011 mit dem Masterplan Energie als Jamaika-Regierung einen sehr dezierten Plan vorgelegt, wie dieser Industriestandort klimafreundlich umgebaut werden kann. Daran hätte man in den letzten Jahren anknüpfen müssen. Wir brauchen ein umfassendes Programm für das Saarland, was die guten Beschlüsse auf Bundesebene für eine schnellere Energiewende umsetzt. Wir müssen schneller zu Flächen und Genehmigungen kommen. Und wir müssen unseren alten Hausbestand sozialverträglich sanieren. Und natürlich braucht es auch neue Ansiedlungen, gerade wenn Ford geht, die den Klimaschutz und den Standort wieder voranbringen.

Der Austausch des Verbrenner-Motors durch einen E-Motor allein bringt so gut wie gar nichts. Die Verkehrswende steht im Saarland in den Sternen.

Stimmt, aber es ist ein wichtiger Teil der Verkehrswende. Aber das Saarland hat den Ausstieg aus der Automobilindustrie riskiert, statt ihm Zukunftsfähigkeit zu geben. Die früheren Landesregierungen haben viel zu lange am Verbrenner festgehalten, obwohl international E-Autos auf dem Vormarsch waren. Dass Ford geht, Zulieferer Probleme haben und der Standort zurückgefallen ist, hat auch damit zu tun. Gut, dass ZF stärker auf Elektromobilität setzen wird. Zur Verkehrswende gehört aber auch die stärkere Fokussierung auf ÖPNV und Rad. Bei der Bahn hängen wir bei vielen Strecken als Zipfel an Rheinland-Pfalz, was es nicht immer einfach macht. Aber klar ist: Fern- und Nahverkehr müssen attraktiver werden. Und Städte wie Paris zeigen uns, was alles möglich ist, um Fahrrädern Vorfahrt zu gewähren. Auch die älter werdende Bevölkerung fährt weniger Auto und muss dort abgeholt werden, wo sie wohnt. Da ist also noch eine ordentliche Schippe draufzulegen.

Zahlreiche Bahnstrecken könnten hier reaktiviert werden. Doch außer permanenten positiven Untersuchungen geschieht nichts. Auch, was die Elektrifizierung angeht.

Auch das stimmt. Man muss aber neben den Instandsetzungskosten auch die Fixkosten stemmen können. Aber gerade die Anbindung des ländlichen Raumes und die Vernetzung der Großregion Saar-Lor-Lux erfordern, dass wir die Reaktivierung und neue Strecken voranbringen. Ja, und auch die weitere Elektrifizierung. Damit der Umstieg attraktiver wird, muss das Angebot auch günstiger sein. Wir haben gerade mit dem 9-Euro-Ticket erlebt, dass die Menschen mitfahren, wenn die Bahn bezahlbar ist.

Aber müssten da die Grünen gerade im Saarland nicht offensiver werden, eine andere Verkehrspolitik fordern?

Ich denke, das tun sie. In den Kommunalparlamenten, in denen sie vertreten sind, und auch im letzten Landtagswahlprogramm standen viele gute Forderungen drin, weit mehr als bei den meisten anderen Parteien. Das Problem ist, dass sie knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert sind und das im Land nicht umsetzen können.

Die geplante Batteriefabrik auf dem Linslerfeld wird in ein Wasserschutzgebiet gesetzt ohne Bahnanschluss, obwohl eine stillgelegte Linie, bei der die Schienen noch liegen, vorbeiführt. Sollte jetzt dort tatsächlich die Fabrik entstehen, wird dann alles mit Lkws abgewickelt.

Ich begrüße die Ansiedlung der Batteriefabrik grundsätzlich, obwohl wir dringend auch mal europäische Hersteller und eine EU-Industriestrategie bräuchten, um nicht in weitere Abhängigkeiten, wie hier von Asien, zu geraten. Den Standort halte ich auch für hochproblematisch. Bei den genannten Punkten gebe ich Ihnen völlig recht. Es wurde jahrelang versäumt, geeignete Industrieflächen zu schaffen.

Aber die Grünen im Saarland sagen: »Da kann man jetzt nichts mehr ändern am Standort.«

Nein, das ist nicht deren Position.

Habe ich selbst im Wahlkampf gehört.

Das Wahlprogramm dieses Jahres bekennt sich zu dieser Ansiedlung, verweist aber auf bessere Standorte. Aber richtig ist, wenn

eine Landesregierung dieses Projekt als alternativlos mit dem Investor vorantreibt, sind schon zentrale Weichen gestellt. Das macht die Alternativsuche nicht einfacher.

Durch Aussagen wie »Man kann nichts mehr machen« von der Spitzenkandidatin der Grünen sind natürlich dann solche Wählergemeinschaften wie bunt.saar entstanden, die dann mit dafür gesorgt haben, dass die Grünen nicht in den Landtag gekommen sind.

bunt.saar hat bei der Wahl vor allem davon profitiert, dass die kleinen Parteien hier an der Saar zerstritten wirken und damit als nicht wählbar erscheinen.

Der Zustand der Linken und Grünen im Saarland ist desaströs, versuchen Sie, da einzugreifen, zu helfen?

Die gute Nachricht bei den Grünen ist, es ist nicht mehr desaströs, weil sich eine ganz breite Gruppe junger, aber auch erfahrener Leute gut vernetzt hat, die in den Kommunen fest verankert sind und eine attraktive grüne Politik auch im Land wollen. Sie haben es geschafft, zur Wahl ein eigenständiges Personalangebot zu machen, jenseits der Gruppe um den früheren Landesvorsitzenden, der in der Öffentlichkeit und in der Partei schon lange nicht mehr tragbar war und ist. Dem Reformbündnis ist es gelungen, auf den Parteitag Mehrheiten zu organisieren und die Partei nach vielen Jahrzehnten auf einen guten Kurs zu bringen.

Also, der ehemalige Landesvorsitzende Hubert Ulrich hat keine Macht mehr?

Nein, die Macht ist gebrochen.

Auch nicht im Hinterzimmer?

Der letzte Parteitag vor wenigen Wochen, den ich auch kurz besucht habe, um meine Solidarität gegenüber der neuen Gruppe auszudrücken, hat gezeigt, dass die Mehrheiten jetzt andere sind. Endlich waren mal wieder Inhalte Thema statt Personalstreitereien. Diese Kraft muss jetzt an Fahrt gewinnen.

Dann glauben wir das mal. Kapitalismus und grünes Wachstum sind antagonistische Widersprüche. Sehen Sie das anders?

Grünes Wachstum alleine wird sicher nicht ausreichen. Wir sind zudem aufgefordert, Veränderungen bis hin zur Suffizienz

vorzunehmen, also über Effizienz hinausgehen. Ein Beispiel ist der Abschied aus der fossilen Industrie. Aber wir erleben auch, dass neue Produkte, also auch das grüne Wachstum, die Effizienz erhöhen. Im Gegensatz zu den Fossilen brauchen große Teile der Erneuerbaren keine Brennstoffe mehr. Die sind immer verfügbar, wie Sonne und Wind, und die Materialkosten werden immer günstiger. Die Erneuerbaren sind mittlerweile heute für ein paar Cent pro Kilowattstunde zu haben, während die Fossilen nie im Preis gesunken sind. Das sind schon Effizienzsprünge. Hätten wir in den letzten 20, 30 Jahren global stärker auf erneuerbare Energien, E-Mobilität, auch auf Verkehrsvermeidung und Energieeinsparung gesetzt, dann hätte die Klimakrise nicht dieses Ausmaß angenommen.

Ohne Wachstum gibt's Krisen, kann der Kapitalismus nicht existieren. Effizienz führt aber auch zu Rebound-Effekten, also immer mehr Energie wird verbraucht. Und das ist eben endlich.

Unendlich verfügbare, saubere Energieträger wie Sonne, Wind oder Erdwärme haben einen geringeren Umwelt-Effekt als fossile oder atomare Brennstoffe. Aber natürlich müssen wir auch endlich Energie einsparen, um das Mehr an Verbrauch einzudämmen.

Ein Perpetuum mobile gibt's nicht.

Stimmt. Bislang hat der überbordende Verbrauch die Effizienz aufgefressen. Effizienz und Schrumpfung – was die Einsparung ja faktisch ist – gehören zusammengedacht. Klima- und umweltschädliche Produkte müssen verschwinden, sie haben keine Zukunft. Und das muss auch kein Komfortverlust, kein Wohlstandsverlust sein. Viele Menschen, die in Städten auf das Auto verzichten, kommen komfortabler, schneller und günstiger in einem gut vernetzten System mit Fahrrad- oder Autoverleih, gut angebundenen S- und U-Bahnen sowie Bussen von A nach B. Ich kenne in Berlin fast niemanden, der ein Auto hat. Es ist zu umständlich, ein Parkplatz zu teuer und die Alternativen einfach besser.

Aber z. B. beim Elektroauto haben Sie das Problem der Batterie, das den Dreck nach außen verlagert, z. B. wenn der Strom nicht erneuerbar hergestellt wird. Und die Batterie-Rohstoffe werden dann in Chile oder sonst wo gefördert oder in China.

Natürlich ist das Thema Ressourceneffizienz ein ganz großes – bei allen Technologien, ebenso wie geringere Abhängigkeiten und Vermeidung von Verschwendung und Überproduktion. Da müssen auch das E-Auto und die Mobilität insgesamt noch besser werden. Aber E-Autos sind nahezu wartungsfrei und im Leichtbaustil sehr effizient. Mein Vater war schon vor 35 Jahren mit Sonnenstrom unterwegs.

Wenn man sich die Zahlen anguckt, die Autodichte nimmt zu, auch im Saarland, das die größte Autodichte hat. Im Verkehrssektor passiert gar nichts, was die CO₂-Reduktion angeht.

Also, diese Kritik teile ich. Straßen und Autos hatten die letzten Jahrzehnte immer Priorität gegenüber Schiene, Bus und Fahrrad. Aber warum nicht auch in Saarbrücken die Uferstraßen beruhigen und Hauptverkehrsachsen, wie die Rue de Rivoli in Paris, zur Fahrradstraße machen. Wir werden aber auch nicht ganz auf die motorisierte Individualmobilität verzichten. Und dann sollten die Zukunftsaautos doch auch in Europa gebaut werden.

Sie glauben also an das grüne Wachstum?

Ich habe was anderes gesagt: Wir kommen um Vermeidungsstrategien nicht herum, aber wir haben auch die Chance von Effizienzerfolgen durch die erneuerbaren, unendlichen Energieträger.

Aber wo kommt der Strom dann her?

Heute schon zu 50 % aus erneuerbaren Energien, 2030 nach Plänen der Ampel zu 80 % und bald danach zu 100 %. Locker. Wir können noch so viele Potenziale heben!

Und für den Wasserstoff?

Natürlich auch. Der muss ja grün sein, um die Klimaziele zu erreichen. Aber hier können heute schon Bundesländer im Norden mit einem Anteil von über 100 % Ökostrom Wasserstoff produzieren. Noch fehlt hier ein geeigneter Gesetzesrahmen.

Für was wir alles Strom brauchen.

Ja, genau, die Elektrifizierung nimmt stark zu: der eigentliche Strombedarf, die Wärmepumpen, E-Autos, grüner Wasserstoff, das braucht viel grünen Strom, aber das ist

grundsätzlich kein Problem. Die Bundesregierung hat dafür jetzt die Weichen gestellt, jetzt braucht es den Ausbau vor Ort mit mehr Flächen und Genehmigungen. Stattdessen dauert das oft noch Jahre. Und absurderweise werden erneuerbare Anlagen im Norden abgeschaltet, weil fossile Energien die Netze belegen. Hier braucht es mehr Mut für eine konsequente Energiewende und eine klare grüne Handschrift.

So klar wie beim Tempolimit?

Das sind leider bittere Pillen einer Koalitionsregierung. Die FDP will das nicht.

Wieso haben die Grünen sich das gefallen lassen? Sie hatten mehr Prozent als die FDP.

Ja, aber nicht 50 %. In einer Koalition setzt man aber eben nicht alles durch. Aber vieles geht auf das grüne Konto.

Vor den Verhandlungen hat die FDP gesagt, kein Tempolimit. Wie kann man das zulassen?

Das hat viele Grüne geschmerzt, aber es ist ein Verhandlungspunkt von vielen. Dafür wurden andere Dinge durchgesetzt, wie der finale Atomausstieg, die neuen Energiewendeziele und vieles mehr. Zusammen regieren ist immer Geben und Nehmen. Aber vielleicht siegt ja mal die Vernunft.

Zurück zum Kapital, das muss akkumulieren und braucht ständig Wachstum, wie kommt man damit klar?

Wie schon gesagt, es ist schwierig. Aber wie kommen wir ohne klar, wäre meine Gegenfrage? Ich kenne da bislang kein Modell, das in der Realität funktioniert.

Ihre Kollegin Ulrike Herrmann hat ein Buch geschrieben »Ende des Kapitalismus«.

Sie ist Journalistin, aber sicher grün-affin. Sie stellt darin viele kluge Fragen, aber sie kann auch nicht überzeugend beantworten, wie sich Ökonomie und Weltrettung zusammenbringen lassen.

Das ist die große Frage, ja.

Gemeinwohlökonomie kommt dem wohl am nächsten. Die Klimakrise und die endlichen Ressourcen zwingen uns, zu effizienteren Technologien überzugehen, alle Einsparpotenziale zu nutzen und gleichzeitig den sozialen Zusammenhalt zu sichern.

Energiewende? Nein danke!

Von Dominik Dix

Im Ländervergleich des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) steht das Saarland bei den Anstrengungen zum Klimaschutz auf dem letzten Platz.

Nur 20 Prozent des im Saarland erzeugten Stroms stammen aus Windkraft, Photovoltaik (PV), Biomasse und Wasserkraft. Deutschlandweit sind es 42 Prozent. Laut einer aktuellen wissenschaftlichen Studie des Global Carbon Project hat die Menschheit noch neun Jahre Zeit, ihren CO₂-Ausstoß so zu reduzieren, dass der Anstieg der Erderwärmung auf 1,5 Grad begrenzt wird. Um dies zu verwirklichen, wurde in der Bundesrepublik das Erneuerbare-Energien-Gesetz, EEG, noch einmal reformiert. Die verschärften Regelungen sollen ab Januar 2023 dafür sorgen, dass der Anteil der regenerativen Energien bis 2030 auf einen Anteil von 80 Prozent am gesamten Strommix steigt. Der Ausbau von Windkraft- und Photovoltaik-Anlagen wird vereinfacht. Die Nutzung aller erneuerbarer Energien, so die Begründung, liegt im überragenden öffentlichen Interesse und dient der öffentlichen Sicherheit.

Professor Dr. Uwe Leprich, Energieexperte an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW), hält nichts von immer ehrgeizigeren Zielen auf dem Papier. »Nach meiner Einschätzung ist das EEG 2023 nicht realistisch. Die Politik tut sich keinen Gefallen damit, immer schärfere Klimaziele zu formulieren, solange es an der Umsetzung hapert«, kritisiert der Wissenschaftler.

Kohle und Gas? Ja bitte!

Das ehemalige Bergbauland Saarland greift noch immer auf Steinkohle als Hauptenergieträger zurück. Laut den Angaben des Statistischen Landesamtes wurden im Jahr 2020 insgesamt 2,1 Millionen Megawattstunden (MWh) Energie produziert. Trotz wiederholter Nachfragen beim Wirtschaftsministerium wurden bis zum Redaktionsschluss keine

belastbaren Zahlen zur Aufschlüsselung nach Energieträgern geliefert. Das Statistikportal statista gibt zum Strommix im Saarland lediglich Auskunft über das Jahr 2017. Demnach steuert die Steinkohle mit rund 55 Prozent den Löwenanteil des Stroms bei. Die erneuerbaren Energieträger liefern rund 19 Prozent, Erdgas 18 Prozent. Die verbleibenden acht Prozent laufen unter »Sonstige«. Aus den Angaben des Wirtschaftsministeriums geht hervor, dass hierunter zumindest anteilig die Verstromung von Heizöl und Dieselkraftstoff fällt.

Die wichtigsten erneuerbaren Energieträger im Saarland sind Windkraft- und Solaranlagen. Laut Wirtschaftsministerium gibt es aktuell 213 Windräder mit einer installierten Leistung von 520 MW. Laut Bundesnetzagentur erzeugen PV-Anlagen rund 599 MW. Insgesamt gibt es 28.000 Anlagen, die Solarenergie nutzen, die meisten davon auf oder an Gebäuden. Die 120 Solarparks kommen auf eine Nennleistung von 215 MW. Biomasse und Wasserkraft steuern nur einen verschwindend geringen Teil zur Stromerzeugung bei. Dennoch nimmt sich das Wirtschaftsministerium weiter Zeit und will, so die Auskunft von Sprecherin Kathrin Fries, die Voraussetzungen des Ausbaus erneuerbarer Energien »erneut beleuchten und prüfen«.

Als eines der letzten Bundesländer will das Saarland 2023 auch ein Klimaschutzgesetz verabschieden. Dieses soll die eklatante Lücke schließen, die zwischen den Zielvorgaben der Bundesregierung und den bisherigen saarländischen Ergebnissen klappt. Wesentliche Eckpunkte darin sollen der weitere Ausbau von Windkraft- und Solaranlagen sein. Konkrete Maßnahmen wurden bisher noch nicht angekündigt. Auch Ulrich Commerçon, seit Jahrzehnten verantwortlicher SPD-Landespolitiker, bekommt es allmählich mit der Angst

zu tun. »Wir werden alle Klimaziele verpassen«, sagte er Anfang November bei der Landespressekonferenz, »wenn wir nicht gegensteuern.«

So sieht das auch HTW-Professor Leprich. Für ihn sind die Mängel beim Ausbau der erneuerbaren Energien offensichtlich, da wesentliche Bereiche des Energiesystems, wie der Verkehr und die Fernwärme, weiter mit fossilen Energien arbeiten. Für die Zukunft, so Leprich, seien die Sanierung des Netzes, die Installation von Wärmepumpen in privaten Haushalten und die Verdichtung und der Ausbau des Netzes, etwa durch die Nutzung von Großwärmepumpen, industrieller Abwärme und Geothermie, wichtig. Um die Ziele bis 2030 zu erreichen, müsse die Politik klare Vorgaben machen.

Eine weitere große Herausforderung sind die Emissionen aus dem Verkehrssektor. Im »Autoland Saarland« sind mittlerweile 651 Pkw auf 1.000 Einwohner zugelassen. Das ist bundesweiter Rekord. Das Eisenbahnsystem ist marode, und der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs kommt nur schleppend voran. Auch hier ist ein »Weiter so« nicht möglich. Ohne eine Verkehrswende besteht keinerlei Chance, die Klimaziele bis 2030 zu erreichen.

Stromfresser Industrie

Im Saarland werden rund 8 Millionen MWh Strom pro Jahr verbraucht. Davon fallen rund 5,2 Millionen MWh auf Industriebetriebe mit mehr als 20 Beschäftigten. Um dieser Situation entgegenzuwirken, hat die vorherige Landesregierung noch 2021 den Energiefahrplan 2030 verabschiedet. Darin heißt es, dass »der spezifisch hohe Stromverbrauch im Saarland auf den überproportional dichten Industriebesatz zurückzuführen« sei. Dort liegt ein gewaltiges Einsparpotenzial.

Für Energieexperte Leprich ist klar, dass nicht alle Industrieunternehmen den notwendigen Umbau der Wirtschaft hin zu einem ambitionierteren Klimaschutz überleben werden. »Es kann sein«, befürchtet Leprich, »dass manche Industrieunternehmen dann nicht mehr tragbar sind.« Eine Chance für die enorm energieintensive Stahlindustrie sieht er im Wasserstoff. Der müsse aber unbedingt grün sein, dazu gebe es keine Alternative.

»China produziert rund 900 Millionen Tonnen pro Jahr. Das Saarland gerade mal vier Millionen. Wenn der Saarstahl vom Weltmarkt verschwindet, merkt das zunächst mal keiner. Außer, der Stahl ist weiterhin qualitativ hochwertig – und grün produziert«, so Leprich. Dann gäbe es dafür auch zukünftig auf dem Weltmarkt eine Nachfrage.

Keine Wende in Sicht

Doch nicht nur am Energieverbrauch der Industrie muss sich etwas ändern. Auch der Ausbau der erneuerbaren Energien muss vorangetrieben werden. Die neue Landesregierung will 50 Prozent des Energieverbrauchs aus erneuerbaren Energien decken. Konkrete Ziele sind ein Zubau von rund 750 MW Leistung bei den PV-Anlagen sowie eine Verdoppelung der Leistung der Windkraftanlagen auf 1.000 MW.

»Neue Zielvorgaben auf Landesebene sind schnell mal formuliert, aber die Rahmenbedingungen sind problematisch«, kritisiert HTW-Professor Leprich die neuerliche Ankündigung. »Im Saarland fehlt schlicht der politische Wille, etwas für den Klimaschutz zu tun, und das seit Jahren. Es müsste eine Pflicht zur Installation von Solaranlagen auf allen öffentlichen Gebäuden und privaten Neubauten geben.«

Es verwundert nicht, dass es im Saarland bisher kein eigenes Förderprogramm für die Installation von Solaranlagen gibt. Auch hier wird, wie seit Jahrzehnten, weiter »geprüft«.

Auch auf die Windkraft wird im Saarland kein Wert gelegt. Lediglich 213 Windkraftanlagen wurden installiert. Der Ausbau ist im Jahr 2022 fast zum Erliegen gekommen – nur zwei Anlagen wurden ans Netz angeschlossen. Für 22 weitere laufen derzeit Genehmigungsverfahren. Nun sollen weitere Flächen erschlossen werden. Über die genauen Standorte wird im Saarländischen Landtag erbittert gestritten, eine Einigung gibt es bislang nicht.

Klima außer Kontrolle

Fluten, Stürme, Hitze –
Wie sich Deutschland
schützen muss



Buchvorstellung mit Susanne Götze und Annika Joeres

Wie gut ist Deutschland vorbereitet, wenn Bäche zu reißenden Strömen werden, Städte in immer heißeren Sommern unbewohnbar werden oder sich das Meer die Küste zurückerobert?

Die Journalistinnen Susanne Götze und Annika Joeres haben in ganz Deutschland recherchiert, wie wenig Bund, Länder und Kommunen tun, um uns alle vor den Folgen der Klimakrise zu schützen. Sie decken auf, wie ausgeliefert wir der neuen Klimarealität sind: Unsere Städte sind schlecht auf Hitzewellen vorbereitet, Krankenhäuser nicht ausreichend vor Stromausfällen geschützt und flussnahe Eigenheime oftmals kaum gegen Überschwemmungen gewappnet. Auch unsere Natur, Äcker und Wälder können sich nicht so schnell auf die neuen Wetterverhältnisse einstellen. Die Autorinnen zeigen konkrete Wege auf, die künftig unser Überleben sichern können – mit und nicht gegen die Natur. Fest steht: Es bedarf einer gewaltigen Anstrengung, doch die Anpassung an die Klimakrise ist möglich und nötig.

Donnerstag, 19. Januar 2023 / 19:00 Uhr

Stadtbibliothek Saarbrücken, Gustav-Regler-Platz 1

Eine Veranstaltung in Kooperation mit der
Stadtbibliothek Saarbrücken
Mehr Infos: boell-saar.de

www.stadtbibliothek.saarbruecken.de



Heinrich-Böll-Stiftung Saar

Sommermärchen zu neun Euro

Klimaschutz durch die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs

Von Werner Ried

Jetzt sollen es also 49 statt neun Euro werden. So viel Geld muss man voraussichtlich ab April 2023 monatlich hinlegen, um einen Fahrschein mit dem Effekt des Sommermärchens von 2022 zu erhalten. Denn der Sommer 2022 bot ein bundesweit in Bussen und Bahnen gültiges Ticket für nur neun Euro monatlich: kein Nachdenken mehr über Tarif-Grenzen und Verkehrsverbünde, keine Orientierungsnot mehr im Fahrschein-Dschungel mit Waben und zeitlichen Begrenzungen und vor allem keine Frage mehr, ob ich mir eine Fahrt überhaupt leisten kann. Reisen mit der Bahn wurde zum Flatrate-Preis auch für Menschen erschwinglich, die sich das vorher kaum leisten konnten. Das Neun-Euro-Ticket zeigte zudem, wie charmant ein einfacher und deutschlandweit gültiger Zugang zum umweltfreundlichen System des öffentlichen Verkehrs aussehen kann. Die darüber ausgelöste Debatte hat, wie kaum eine andere, nicht nur unsere Medien beschäftigt.

Was die Ampel-Regierung für drei Sommermonate aus dem Hut gezaubert hat, schnitt in der Gesamtbewertung erfreulich ab. Ganz anders als der Tankrabatt. Er steigerte den CO₂-Ausstoß nicht nur bei SUV- und Porschefahrern, sondern war ein LKW-Bonbon oder eher ein Dolchstoß für den Schienengüterverkehr. Das Sommer-Ticket schaffte es hingegen, die Auslastung von Bussen und Bahnen wieder deutlich über das Niveau der Vor-Corona-Zeit zu heben. Einige der Neun-Euro-Fahrgäste – Größenordnung 20 % – haben den ÖPNV zuvor nicht genutzt und ganz neu Erfahrungen gesammelt. Meine Frau berichtete sogar von einer Kollegin, die nahe der Haustür eine Bushaltestelle entdeckt habe. Sie zählt nun zu einer Hälfte des vorgenannten Nutzerkreises, der das Ticket

auch im Alltag genutzt hat – und weiter nutzen will, gerade auf dem Weg zur Arbeit. Es gab somit tatsächlich Umsteiger, die ihren PKW haben stehen lassen, allein schon aus Kostengründen. Andere trugen zu einem Verkehrsaufkommen bei, das ohne Billig- und Einfach-Ticket nicht entstanden wäre. Die Experten nennen das »induzierten Verkehr«. Das Beste am Neun-Euro-Ticket war aber sicher, dass viele in den Genuss des einfachen und günstigen Reisens kamen und die Diskussionen um Qualität und Zukunft des öffentlichen Verkehrs nicht aufhörten.

Auf der Negativseite der Bilanz stehen die Erfahrungen mit überlasteten Regionalexpress-Zügen. Gerade auf Hauptachsen zwischen dem Saarland und den Knotenbahnhöfen im Rheintal sowie auf touristischen Strecken war das zu beklagen. In solchen Fällen gab es auch überlastete Toiletten, Reinigungsdefizite und Einschränkungen bei der Fahrradmitnahme.

Trotz kürzester Vorlaufzeiten haben die beauftragten Betreiber und ihre Mitarbeiter für Busse und Bahnen im Saarland, darunter DB Regio, VLEXX und Saarbahn, einen sehr guten Job gemacht. Die DB konnte sogar Doppelseinheiten bei den Regionalbahn-Triebwagen zum Einsatz bringen. Die sind dann zwar länger als so mancher saarländische Bahnsteig. Für die Bewältigung der Nachfrage hat es aber genauso geholfen wie die neuen Busangebote aus dem Verkehrsentwicklungsplan: Fahrplan-Verdichtung am Wochenende und neue Plusbuslinien stärken seither den Saar-ÖPNV. Und so hatten die meisten Züge und Busse im Saarland ihre Auslastungsgrenze auch im Sommer NICHT erreicht. Außerhalb der Spitzenzeiten war immer noch Platz für weitere Fahrgäste.

Für Verkehrsplaner war das Neun-Euro-Ticket ein Sprung in die Zukunft. Denn bis zum nächsten Jahrzehnt soll sich die Nachfrage im öffentlichen Verkehr verdoppeln. Und so wie im Sommer 2022 wird es dann wohl öfter einmal auf deutschen Bahnhöfen aussehen. Gerade die Verkehrsstationen kommen da an ihre Grenzen. Umsteigeknoten wie Mannheim oder Köln brauchen dann zum Beispiel mehr Zugänge zum Bahnsteig.

Da wundert es mich schon lange, warum die Bahnsteigrampen der einstigen Gepäckbeförderung gerade in Saarbrücken Hbf und Mannheim nicht für den barrierefreien Zugang zum Bahnsteig hergerichtet werden. Egal, ob mit Kinderwagen, Fahrrad oder Rollstuhl, da wäre ein schnelleres und bequemer Umsteigen bzw. der Zugang zum System Bahn einfacher möglich.

Eine wichtige Erkenntnis für viele Neun-Euro-Fahrgäste waren genau solche organisatorischen und technischen Defizite im öffentlichen Verkehr. Der historisch gewachsene Fahrplan im saarländischen Verkehr zeigt seine Lücken gerade für die Freizeit-Fahrgäste am späteren Abend oder an den Feiertagen. Stark ausgedünnt sind dann die spätabendlichen Abfahrten selbst von und nach der Landeshauptstadt. Die Kulturszene und das Gaststättengewerbe würden sich über einen systematischen Taktverkehr

bis mindestens 24 Uhr ebenso freuen wie Quer-Durchs-Saarland-Reisende über eine bessere Anschluss-Vernetzung.

Die unzureichende Kapazität der Schienen-Infrastruktur war angesichts extrem schlecht gemanagter Baustellen bei der Bahn unübersehbar. Erhebliche Verspätungen und Zusatzkosten entstanden. So verpassten nicht nur viele Reisende ihre Anschlüsse, vielmehr lief auch die Einsatzplanung für das Fahrpersonal völlig auf dem Ruder. Zugausfälle oder fehlendes Personal vom Bistro bis zum Lokführer waren zu beklagen.

Die Kosten steigen infolge der kriegsbedingten Inflation und Lieferprobleme immer weiter. Ersatzteile und Betriebsstoffe bei den Fahrzeugen werden nicht wie gewohnt geliefert. Vom Zusatzstoff »AdBlu« für die Dieselsebusse bis zur Schraube im Schienenfahrzeug zeigt die Versorgungslogistik immer neue Herausforderungen. Hohe Energie- und Personalkosten führen nun zur neuen Debatte, wie Länder, Kreise und Kommunen zukünftig überhaupt noch das Angebot finanzieren können. Die Mittel des Bundes reichen nicht mehr aus für das Bestandsangebot, geschweige denn für die Ausweitung der Fahrpläne und Aufrüstung der Infrastruktur.

Das Bahnstrompreis war schon seit mehr als einem Jahr stark gestiegen, teilweise auf das Sechs- bis Zehnfache. Ebenso die

Saarbrücken Hbf, Gleis 12 am 18. Juli 2022. Foto: Werner Ried



Personalkosten: Busfahrer, Fachpersonal für die Schiene sind kaum zu finden, und die Lohnkosten steigen. Die ersten mittelständischen Busunternehmen mussten bereits wegen der hohen Energiepreise Insolvenz anmelden. Auch die Lage der Eisenbahnverkehrsunternehmen droht sich weiter zu verschlechtern. Die saarländische Verkehrsministerin Petra Berg hatte bereits erwogen, das Angebot an Bussen und Bahnen auszudünnen. Auch die Kommunen und städtischen Verkehrsbetriebe schlagen Alarm mit Blick auf sinkende Einnahmen.

Diese Beispiele zeigen, dass die Finanzierung des Verkehrs dringend verbessert werden muss. Ein Umschichten des Verkehrstats auf allen Ebenen wäre ein Ansatz, denn derzeit gibt es noch immer eine bevorzugte Finanzierung des Straßenverkehrs. Auch im Saarland sind noch immer Straßenbauprojekte in Diskussion, was gar nicht mehr zur Klimapolitik passt.

Überfällig ist auch die saarländische Umsetzung für eine bundesweite Regelung beim »Gebührenrahmen für Bewohnerparkausweise«. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern steht die saarländische Regelung noch aus, die es den Kommunen erlaubt, einen höheren und zumindest kostendeckenden, am

besten sogar restriktiv-klimafreundlichen Gebührensatz für das Anwohner-Parkticket festzulegen. Der Tarif könnte dann nach Flächenbedarf oder Gewicht gestaffelt sein. Der saarländische Gebührensatz von aktuell lächerlichen 30 Euro im Jahr ist nicht mehr zeitgemäß. Das entspricht 8 Cent am Tag für das Abstellen eines SUV ... Selbst der Vorschlag der Deutschen Umwelthilfe von einem Euro am Tag ist moderat. In Stockholm sind es zum Beispiel 1.300 Euro ... Diese Gebühr wäre eine gute Quelle zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs. Und eine massive Reduzierung des Autoverkehrs hilft auch, auf den Neubau von Straßen und Parkhäusern und -plätzen zu verzichten. Das sind ernst zu nehmende Einsparpotenziale. Das Geld für den ÖPNV liegt somit auf der Straße!

Der erste Tag nach der Stilllegung der Saarbrücker Stadtautobahn im Jahr 2030. Foto: Sadija Kavđić



Die schwarze Kunst lebt!

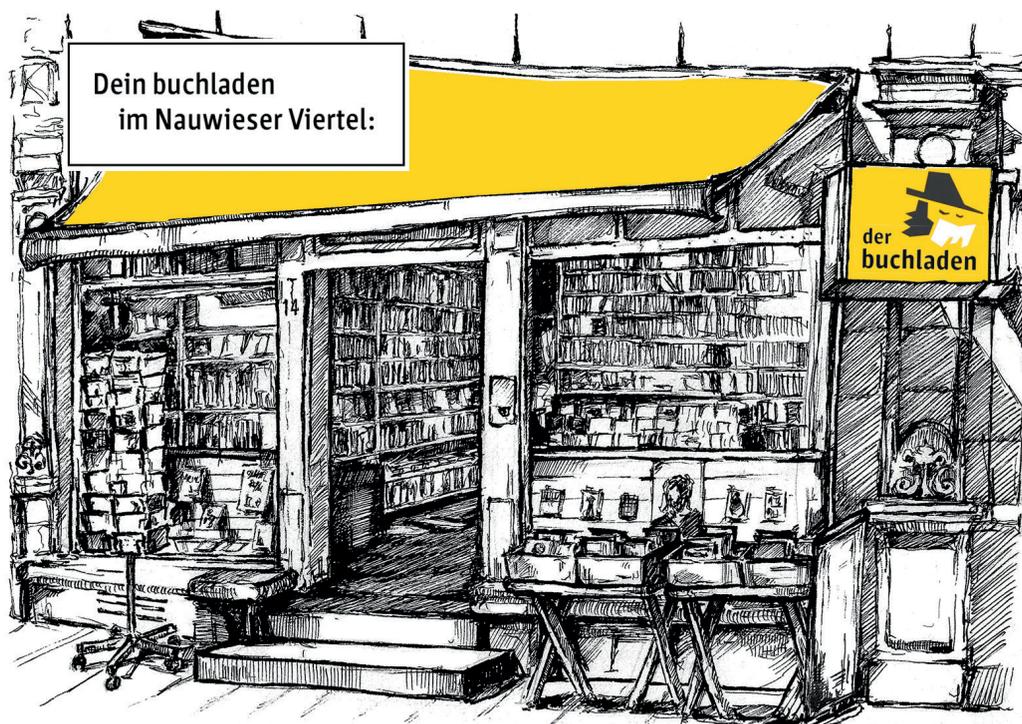
Hochwertige Druckerzeugnisse auf außergewöhnlichen Papieren bekommt Ihr in der BLATTLAUS-Druckerei.

Wir kombinieren moderne Technik mit traditionellem Druckhandwerk.

Ob Buch, Visitenkarte,
Plakat oder Grußkarte.
Wer etwas Besonderes will,
ist bei uns richtig.



BLATTLAUS Druck und Verlag
Ludwigstraße 29 - 66115 Saarbrücken
0681 - 37 21 75
www.blattlausverlag.de



Försterstr. 14 | 66111 Saarbrücken | 0681 · 3 11 71 | derbuchladen.com | mail@derbuchladen.com

Parkplätze in Gärten verwandeln

Saarbrücker Nachhaltigkeitsinitiativen verändern die Stadt

Von Ekkehart Schmidt

Das Leben von Menschen, Tieren und Pflanzen ist bedroht. Klar ist: Wir müssen unser ökonomisches System ändern. Aber warum? Neben den globalen Erfordernissen des Klimaschutzes muss sich ein Gemeinwesen auch auf bislang undenkbbare Gefährdungen vorbereiten. Saarbrücken z. B. hat schon Erfahrungen mit extremen Wetterphänomenen wie Dürreperioden oder Starkregen mit Überschwemmungen, wie in Kleinblittersdorf 2018, aber auch Hitzewellen mit bedrohlichen Folgen für die Gesundheit durchlitten. Auch die Energie- und Verkehrsinfrastruktur der Stadt ist in hohem Maße von äußeren Faktoren und überregionalen Netzen abhängig. Neben dem Klimawandel hat auch die aktuelle Energiekrise die Augen dafür geöffnet, wie notwendig der Umbau städtischer Ökonomie und Ökologie ist.

Diese zwingenden Veränderungen auf lokaler Ebene betreffen vor allem die Bereiche Energie, Verkehr, Landwirtschaft, Ernährung sowie Bildung. Wie also können die Betriebe und BewohnerInnen Saarbrückens unabhängiger von fossilen Energien werden und vor Systemzusammenbrüchen geschützt werden? Was muss die Gemeinde unternehmen, um dieser doppelten Herausforderung zu begegnen?

Konzepte gibt es genug. Zunächst sollte die Stadt den im Juni 2019 ausgerufenen Klimanotstand mit konkreten Maßnahmen und Programmen füllen. Dabei ist sie auf die Unterstützung der BürgerInnen angewiesen. Hier hat sich viel Kompetenz im Naturschutz angesammelt. Dazu sind in den letzten Jahren viele neue Vereine und Initiativen entstanden, die in der Stadt aktiv sind, neue Ansätze erproben und politische Forderungen erarbeiten. Sie sollen hier vorgestellt werden.

Die etablierten Verbände

Der 1955 gegründete NABU Saar ist mit 18.000 Mitgliedern die größte und älteste Umweltorganisation im Saarland. Seine Stärke ist die aktive Basis in 34 Ortsgruppen und 15 Kinder- und Jugendgruppen der Naturschutzjugend (NAJU). Der NABU setzt sich für die Erhaltung der biologischen Vielfalt ein. So retten die AktivistInnen des Saarbrücker NABU unzählige Amphibien bei ihrer gefährlichen Wanderung zur Laichzeit, sie helfen den Mauerseglern mit dem Bau von Nestern, geben Tipps für den Aufbau von Vogeltränken. Sie bringen den Boden zum Blühen, z. B. auf dem Burbacher Waldfriedhof, und behüten die wildwachsenden Orchideen auf den St. Arnualer Wiesen.

Große FreundInnen der Bienen sind die 35 ImkerInnen des 1906 gegründeten Saarbrücker Imkervereins. Um das Bienensterben zu stoppen, hat dieser eine Reihe von Rettungsaktionen initiiert. Der Verein sucht UnterstützerInnen bei Hauseigentümern und Garten- und Friedhofsämtern, um neben den bereits im Stadtgebiet lebenden 185 Bienenvölkern weitere anzusiedeln.

1971 wurde die Saarbrücker Ortsgruppe des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) gegründet. Damals in Zeiten erster beunruhigender Meldungen über den sauren Regen und Kritik an der Atomenergie wurde der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen zu einem zentralen Anliegen. Der Verein erlebte ein stetiges Wachstum auf heute 5.500 Mitglieder. Ein Meilenstein war 2001 der Kauf einer Immobilie am heutigen Cora-Eppstein-Platz, die zum »Haus der Umwelt« umgewandelt wurde. Dort befinden sich neben der BUND-Geschäftsstelle auch



Bürräume anderer Vereine und Initiativen wie Greenpeace, der Verein Mehr Wert, das Bio-Restaurant moccachili und der Weltladen Kreuz des Südens.

Seit 1973 bemüht sich die Fairtrade Initiative Saarland, dass Kaffee, Tee, Gewürze und viele andere Produkte zu einem Preis verkauft werden, der den ProduzentInnen ein Leben in Würde ermöglicht. 1990 wurde am St. Johanner Markt mit dem Weltladen ein Fachgeschäft für fair gehandelte Produkte eröffnet. Getragen wird der Laden im Haus der Umwelt vom Verein Kreuz des Südens. Längst gibt es auch andere Geschäfte mit einem ähnlichen Angebot, wie der CONTIGO Fairtrade Shop, die Spielbar sowie Läden mit fairer Kleidung wie Grünstreifen, Loup, Marienkäfer, Work & Wear oder Zweigesicht.

Das 1989 gegründete Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland e. V. (NES) ist der Dachverband von 40 Vereinen und Initiativen. Die Arbeit konzentriert sich auf die Bereiche Globales Lernen und Nachhaltiger Konsum. Das NES hat an den entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes mitgearbeitet.

Der bundesweit 1986 und im Saarland 1988 gegründete Verkehrsclub Deutschland (VCD) versteht sich als Anwalt für viele Verkehrsteilnehmer, denen eine umweltverträgliche Mobilität am Herzen liegt. Der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club Landesverband Saarland (ADFC) setzt sich für die gleichen Ziele ein, legt dabei aber den Schwerpunkt auf das Radfahren. Er engagiert sich seit 1991 für verbesserte Bedingungen für das Radfahren in der Landeshauptstadt. Im Dialog und im Konflikt mit Verwaltung und Politik sowie mit vielfältigen Aktionen, wie einer Gebraucht Fahrradbörse oder Vorschlägen

zum Ausbau des Radwegenetzes, konnten einige Verbesserungen durchgesetzt werden.

Die ADFC-Initiative »Freie Lastenräder« ermöglicht die kostenfreie Ausleihe von Lastenrädern für alle. Leihen statt Kaufen. Zum anderen geht es um ein Umdenken in der urbanen Mobilität mit Blick auf Ressourcenschonung und Verkehrsberuhigung. Mit dem »Molschder Muli« am Malstatter Stadtteilgarten, dem »Radlader« des Regionalverbands beim ADFC und anderen Anbietern kann man ausprobieren, schwere Lasten innerstädtisch auch ohne Auto zu transportieren.

Neue Initiativen

Nach der Pariser Klimakonferenz 2015 entstanden neue, dezentral agierende Initiativen, die mit ihren Projekten und Forderungen zunehmend die öffentliche Wahrnehmung prägen. Vor allem die Klimaschutzdemos seit 2019 zeigten: Die sich verschärfenden globalen Krisen erzwingen radikalere Forderungen auch an die lokale Politik.

Neue Initiativen wie »Clean-up«, »Critical Mass«, »Foodsharing«, die »Saar Veggies«, »Transition Town Saarbrücken« oder die »Weltveränderer«, aber auch Geschäfte wie der 2017 eröffnete Unverpackt-Laden oder Rettich – Der Retterladen leiteten den Wandel ein. Sie konzentrieren sich auf die Lebensmittelproduktion und -rettung, nachhaltige Ernährung sowie den Umbau des städtischen Verkehrs.

Für sie ist klar: Die in den 1960er-Jahren gebaute »autogerechte Stadt« Saarbrücken mit ihren überdimensionierten Straßen ist zwingend zurückzubauen, um den Bedürfnissen von Fußgängern, Rad- und Scooterfahrern

gerecht zu werden. »Es wird vermehrt Trinkwasser öffentlich zur Verfügung gestellt« fordert Fridays for Future 2019 und verlangt weiter, »angenehme Plätze zum Verweilen und kommunikationsfördernde Sitzgruppen auf Plätzen« zu schaffen. Um Platz geht es auch beim »Parking Day«, der seit 2015 in Saarbrücken stattfindet. An einem Tag im September werden punktuell Straßenparkplätze zum Verweilen statt zum Parken genutzt.

Nirgendwo in Deutschland wird so wenig Rad gefahren wie im Saarland. Es existieren z. B. kaum Radwege, auf denen Kinder gefahrlos fahren können. Neben der Lobbyarbeit für eine fahrradgerechte Stadt stieg im März 2016 das informelle Radelkollektiv auf die Drahtesel und schloss sich der internationalen Aktion »Critical Mass« an. Seit 2021 gibt es auch in Saarbrücken »Kidical Mass«. Sie wollen erreichen, dass Kinder und Jugendliche sicher mit dem Rad durch die Stadt fahren können.

Verschwendung vermeiden

Der 2017 gegründete Verein Weltveränderer bietet in Malstatt Stadtführungen an, unter dem Motto »Malstatt global nachhaltig«. Dazu werden monatlich von BUND und Weltveränderern »Repair Cafés« in der Breite 63 angeboten. Einer der Vorreiter, der so etwas schon vor gut 15 Jahren angeboten hat, war das Stadtteilbüro der Diakonie in Malstatt. Es geht darum, Geräte vor dem Schrott zu bewahren und gegen die

Wegwerfgesellschaft zu agieren. Fahrradwerkstätten bietet neben dem ADFC auch das Stadtteilbüro Alt-Saarbrücken an.

Unter dem Motto »Einfach. Jetzt. Machen« erprobt der Verein Transition Town Saarbrücken, wie es sich anders und besser leben lässt. 2017 haben sie einen Gemeinschaftsgarten am Staden angelegt, organisieren große Verschenkbörsen und haben 2021 die erste Verschenkütte des Saarlandes an der elija-Kirche eröffnet, die rund um die Uhr zugänglich ist. Zu erwähnen sind auch die oft in Privatinitiative errichteten »offenen Bücherschränke«, in denen man Bücher abgeben und sich kostenlos andere mitnehmen kann. Diese gibt es u. a. am Schlossplatz, im Werkhof Nauwieser 19, im Theater im Viertel, neben der Stiftskirche St. Arnual oder beim »Open Book Contest« in der Heinrich-Böcking-Straße.

Für ein anderes Konsumverhalten und insbesondere die Wiederverwertung nicht mehr verkäuflicher Lebensmittel setzen sich in Saarbrücken auch Dutzende Menschen ein, die ursprünglich an den Abfalltonnen von Supermärkten »containert« haben, dann aber einen Ortsverein der bundesweit 2012 entstandenen »Foodsharing«-Initiative ins Leben riefen. Während das Containern diskret abläuft, da es in Deutschland noch illegal ist, ist das Teilen von Lebensmitteln dessen legale Weiterentwicklung. Viele Betriebe, vorwiegend inhabergeführte, erklären sich gegenüber Foodsharing bereit, aussortierte, aber noch genießbare Lebensmittel zu spenden, statt sie wegzuerwerfen. Diese werden an vier



»Fairteilern« kostenlos zur Verfügung gestellt: an der eli.ja-Kirche, an St. Jakob, im Kultur- und Werkhof und an der Evangelischen Kirche Malstatt.

Die Stadt ist seit 2022 auch Teil der bundesweiten Initiative »Städte gegen Food Waste«, die bis 2024 laufen wird. Hier wirkt auch die schon 1998 am Burbacher Markt gegründete Tafel Saarbrücken mit, die aus solchen Lebensmitteln Speisen für Bedürftige kocht. In der Praxis bedeutet das: Seit 1999 leiten über 100 ehrenamtliche MitarbeiterInnen den vorhandenen Überschuss nicht mehr verkäuflicher Lebensmittel insbesondere von Supermärkten an sechs Tagen pro Woche dorthin, wo Bedarf besteht. Im August 2020 machte im Nauwieser Viertel Rettich – Der Rettermarkt auf, in dem günstig erworbene Waren mit abgelaufenem Haltbarkeitsdatum zu fairen Preisen verkauft werden.

Gemeinsam gärtnern

Innerstädtische Gärten sind wichtige Bausteine des Klimaschutzes, weil ihre Bäume und Gartenböden als CO₂-Speicher dienen. In privaten und gemeinschaftlich betriebenen Gärten lernen Menschen viel über eine nachhaltige Gartengestaltung. Im Stadtverband gibt es neben einigen Kleingärten auch sechs Gemeinschaftsgärten: den »Garten Eden« an der eli.ja-Kirche, ein vor allem als sozialer Treffpunkt konzipierter »Quartiersgarten« in der Lebacher Straße in Malstatt, zwei Gärten in der Halbergstraße – das Beet am Staden und das Parkbeet am »Raum4« – sowie einen in Ludweiler. Angesichts der Forderung von Fridays for Future, dass es in jedem Stadtteil solche Gärten geben sollte, ist dies erst ein Anfang.

Eine Gruppe rund um die drei Jahre nach der Schließung des Fridel-Marktes in der Halbergstraße entstandene Coworking-Space Halle4 begann im Herbst, auf dem Dach ein kleines Gewächshaus mit Pflanzkübeln und selbst gebauten Hochbeeten aufzubauen. Sie gründeten den Verein Parkbeet. Man möchte hier alle versammeln, die Lust haben, »einen nachbarschaftlichen Treffpunkt, Ort der Begegnung von Jung und Alt, Austauschplattform von Gartenwissen und Wohlfühlplatz gleichermaßen« zu errichten. Das Projekt ist eines der ersten, bei dem auf Gebäuden Lebensmittel gepflanzt werden.

Bildung for future

Seit 1998 gibt es ein Projekt der »solidarischen Landwirtschaft« aus dem 2015 der Stadtbauernhof im Almet entstand. Der Verein möchte die nachhaltige Erzeugung von Nahrungsmitteln erlebbar gestalten und dies vor allem Kindern und Jugendlichen vermitteln. Auf dem Hof wird Gemüse angebaut, das per Direktvermarktung verkauft wird. Hier gibt es auch Hühner und Bienen, »Kids in Gummistiefeln« und eine Upcycling-Werkstatt. Mit seinem kunterBUNDmobil, einem Bus, der als mobiles Klassenzimmer dient, ist der BUND seit 2000 an Schulen und Kindergärten aktiv. An Projekttagen in Schulen oder in der Natur werden Kinder mit naturkundlichen und Umweltthemen vertraut gemacht. Direkt in Schulen agiert auch Acker e. V.: Kinder lernen in Schulgärten, eigenes Obst und Gemüse anzubauen.

Diese Beispiele sind ermutigend, reichen aber keineswegs, einen grundlegenden Wandel in die Wege zu leiten. Dafür müssten sich viel mehr Menschen engagieren und die politische Mehrheit erringen, um den radikalen ökologischen und sozialen Umbau vorantreiben zu können.

Alle Fotos: Ekkehart Schmidt





Das Schweigen der Ausländerbehörde

Die Warteschlange in Lebach wird kaum kürzer

Von Sadija Kavgić und Bernhard Dahm

Seit zwei Monaten beginnt Hata D. den Tag mit einer Tasse Kaffee und damit, die Telefonnummer 0681 501-67832 zu wählen. Das ist die Nummer der Ausländerbehörde in Saarbrücken. Diese gibt es seit einem Jahr nicht mehr. Folglich landet der Anruf bei der Zentralen Ausländerbehörde in Lebach. Hata D. versucht jeden Vormittag, einen Kontakt zur Behörde herzustellen, um einen Termin vereinbaren zu können. Ende Oktober 2022 endete die Aufenthaltserlaubnis ihres Bekannten, der seit zwei Jahren für eine deutsche Firma an der Ausbesserung von Straßen und Kanälen arbeitet. Als bosnisch-herzegowinischer Staatsbürger braucht er eine gültige Aufenthaltserlaubnis.

»Da klingelt es immer nur, und niemand hebt ab. Als ich das erste Mal mit einer Frau am 27. Oktober sprechen konnte, hat sie mir versichert, dass mein Bekannter schnell einen Termin bekommen würde.« erzählt Hata D. »Zwischendurch wurde ich an den Sachbearbeiter durchgestellt, aber da hebt auch nie jemand ab. Inzwischen haben wir auch eine E-Mail geschickt, damit wir wenigstens einen schriftlichen Nachweis haben. Bisher kam nur eine automatische Antwort.«

Leben im Drei-Monats-Takt

Asim M. hat dagegen Probleme anderer Art. Er telefoniert nicht mehr mit Lebach, sondern lässt seinen Führerschein übersetzen. Er hat im Internet herausgefunden, dass er angeblich als KFZ-Fachkraft leichter eine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis bekommen kann. Schon 2019 hatte er ein Angebot, bei einem Hähnchen-Grill zu arbeiten. Damals gelang es ihm nicht, seinen Aufenthalt zu legalisieren. Obwohl er in Lebach wohnte, war es ihm nicht

möglich, einen Antrag zu stellen. Stattdessen wurde er aufgefordert, Deutschland zu verlassen und bei der Deutschen Botschaft in Sarajevo einen Antrag zu stellen. Er hatte allerdings Glück, und die Behörde in Saarbrücken nahm seinen Antrag an. Dies lag daran, dass diese offensichtlich bereit war, ihren »Ermessensspielraum« zugunsten des Antragstellers zu nutzen. Dennoch verließ Asim M. vor Ablauf seines dreimonatigen visafreien Aufenthalts das Land, ohne das Ergebnis abzuwarten. Er wollte kein Einreiseverbot riskieren, denn mittlerweile hat er hier eine Frau kennengelernt und mit ihr eine Familie gegründet. Und solange er keine Aufenthaltserlaubnis hat, lebt er in einem Drei-Monats-Takt. Das heißt für ihn, drei Monate visafreien Aufenthalt in Deutschland, dann Ausreise und dreimonatige Abwesenheit. Erst dann ist eine erneute Einreise nach Deutschland wieder erlaubt. Seit einem Jahr versucht er, wieder eine Arbeitserlaubnis zu bekommen. Er wird dabei von einem saarländischen Bäckermeister unterstützt, der händeringend Arbeitskräfte sucht. »Ich habe hier einen Mietvertrag«, sagt Asim M., »habe ein Auto auf meinen Namen angemeldet und die Krankenversicherung bei der AOK. Was mich verzweifeln lässt, sind die bislang unüberwindlichen Schwierigkeiten, eine Arbeits- bzw. Aufenthaltserlaubnis zu bekommen.«

Hallo, ist da jemand?

Wie es jemandem ergehen kann, der ein Dokument schnell benötigt, zeigt das Beispiel eines tunesischen Ehepaars. Sie hatten eine kurze Aufenthaltserlaubnis, die abgelaufen war. Ein Ehepartner erkrankte schwer, und sie konnten Deutschland nicht rechtzeitig

verlassen. Deswegen mussten sie das Amt bitten, ihnen eine sogenannte Duldung auszustellen. Das brauchte Zeit, die das Ehepaar nicht hatte: wegen eines familiären Notfalls mussten sie nach Tunesien fliegen. Das ging aber nicht, da sie dafür eine »Grenzübertrittsbescheinigung« brauchten. Dafür ist Lebach zuständig. Alle Versuche, auch die eines eingeschalteten Anwalts, die benötigte Bescheinigung zu erhalten, scheiterten. Am Ende dieser quälenden Prozedur stand für das Ehepaar ein Desaster. Am Frankfurter Flughafen wurden sie verhaftet und verhört, bevor sie nach Tunesien zurückkehren konnten. Eine erneute Einreise nach Deutschland ist damit fraglich geworden.

Auf die Missstände bei der saarländischen Ausländerbehörde wurde die Öffentlichkeit erst aufmerksam, als der verantwortliche Innenminister Klaus Bouillon (CDU) ohne Vorankündigung die Schließung der Saarbrücker Außenstelle zum 1. Januar 2021 anordnete. Dabei stand die Behörde schon am Limit, was die Arbeitsfähigkeit betraf, denn immer mehr Mitarbeiter waren aus unterschiedlichen Gründen ausgeschieden. Die vakanten Stellen wurden nicht mehr besetzt. 2020 waren es acht, ein Jahr später bereits elf Mitarbeiter.

Viele Verbände und auch der Saarbrücker Stadtrat übten an der Schließung der Behörde scharfe Kritik. Bouillon verweigerte darüber jede Diskussion. Auf ein kritisches Schreiben der Liga der freien Wohlfahrtspflege antwortete das Ministerium mit einem dreisten Eigenlob: »Mit der Zentralen Ausländerbehörde am Standort Lebach verfügt das Saarland«, so das Ministerium, »über ein allen aufenthaltsrechtlichen Belangen gerecht werdendes modernes und überaus leistungsfähiges Dienstleistungszentrum.«

Bürgernähe in weiter Ferne

Von dieser Leistungsfähigkeit merken die ca. 135.000 Menschen ohne deutschen Pass nur wenig. Allein in Saarbrücken gibt es 43.000 Menschen, die auf eine funktionierende Behörde angewiesen sind. Betroffen sind auch die gewerbliche Wirtschaft, Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser und Dienstleister aller Art, deren ArbeitnehmerInnen sich

aufgrund fehlender Bescheinigungen ständig am Rande der Illegalität bewegen. Die Abwahl von Bouillon im März 2022 war auch deswegen mehr als verdient und beendete eine von Skandalen und Unfähigkeit geprägte Amtszeit.

Nun ist seit Mitte des Jahres mit Reinhold Jost (SPD) ein neuer Innenminister im Amt. Die Saarbrücker Hefte haben das Ministerium angefragt, ob Verbesserungen geplant seien.

Im Jahr 2022, so die Antwort des Ministeriums, seien Finanzmittel zur befristeten Einstellung von 17 Personen bis zum 31. Dezember 2024 bereitgestellt und umgesetzt worden. Zudem seien weitere Finanzmittel zur befristeten Einstellung von 12 Personen bis 31. Dezember 2023 bereitgestellt worden. Aktuell gibt es, so die Auskunft des Ministeriums, Probleme bei der Besetzung der vakanten Stellen, weil wenige qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Deswegen bleiben Ausschreibungen erfolglos und müssen wiederholt werden. Trotz der angespannten Personalsituation und der hohen Belastung durch die Betreuung von fast 14.000 Menschen aus der Ukraine sei es, so das Ministerium, gelungen, die nicht bearbeiteten 40.000 Anträge um ein Drittel zu reduzieren.

Von einer Wiedereinrichtung der Zweigstelle in Saarbrücken ist allerdings keine Rede. Selbst die noch von Bouillon angekündigte Einrichtung einer Anlaufstelle für die Tausenden ausländischen Studierenden an der Saar-Universität wird immer noch geprüft.

Eine gute Nachricht zum Schluss. Die Hartnäckigkeit von Hata D. hat sich endlich gelohnt. Einen Tag vor Redaktionsschluss erhielt ihr – seit dem 31. Oktober ohne gültige Aufenthaltserlaubnis und damit auch illegal lebender und arbeitender – Bekannter kurz vor Weihnachten einen Termin in Lebach. Dann kann er seinen Antrag auf Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis abgeben.

Sozialproteste in der Krise

Appelle an die Regierung genügen nicht

Von Jonas Boos

Jede/r sechste SaarländerIn ist einem Armutsrisiko¹ ausgesetzt. Während Elendsverwaltungen wie Wärmestuben und Tafeln aufgrund des »Kunden«-Zuwachses reihenweise Aufnahmestopps verhängen, sind die Gehälter der Vorstände von DAX-Konzernen durch die Explosion der Gewinne im abgelaufenen Geschäftsjahr um knapp 25 Prozent gestiegen. Damit sich Verzweiflung, Existenzangst und Wut nicht gegen die politischen Entscheidungsträger entladen, versuchen diese, den »sozialen Frieden« zu wahren und dem vorherrschenden Leiden zunächst einen höheren Sinn zu verleihen. Schon im März meinte der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck, man könne »für die Freiheit auch einmal frieren«. Oder: »Wer Energie spart, stärkt das Land«, so Wirtschaftsminister Robert Habeck, den Standortnationalismus bedienend. Dabei können BezieherInnen niedriger Einkommen in der Regel nichts zurücklegen für »schlechte Zeiten«, da die Zeiten für sie nie gut sind. Politische Appelle an Unternehmen, auf Gewinn zu verzichten, bleiben indes weitgehend aus. »Wir« müssen jetzt zusammenhalten und gemeinsam Opfer bringen – so auch die zentrale Botschaft der »Konzertierten Aktion«, zu der Bundeskanzler Scholz die Spitzen der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände einlud. Der Auftrag an die Gewerkschaften ist dabei klar: sich mit Lohnzurückhaltung in den Dienst der bedrohten Konjunktur sowie der Inflationsbekämpfung stellen.

Jörg Hofmann, Vorsitzender der IG Metall, kündigte entsprechend an: »Die IG Metall handelt vernünftig. Wir haben das Wohl des ganzen Landes im Blick.« Deutsche Gewerkschaftspolitik fungiert also einmal mehr als Ordnungsmacht der bestehenden Verhältnisse im Bündnis mit Staat und Kapital statt

als soziale Gegenmacht. Dass es auch anders geht, zeigt der Blick ins Ausland: In Belgien drohen die Gewerkschaften mit einem Generalstreik, in Großbritannien werden die heftigsten Arbeitskämpfe seit Jahrzehnten geführt. In Frankreich kam es im Herbst zu landesweiten Streiks – beginnend mit den Beschäftigten der Öl-Raffinerien, traten weitere in den Arbeitskampf, u. a. aus der Autoindustrie, den AKWs und dem Erziehungssektor. In Spanien kam es bereits im Frühjahr zu heftigen Protesten gegen Preissteigerungen – die Regierung bemühte sich daraufhin, die Krisenkosten sozial zu begrenzen.

Genug ist genug!

In Deutschland startete im September die bundesweite Kampagne »Genug ist genug!« (G!G) nach dem Vorbild von »Enough is Enough« aus Großbritannien – dort ist es gelungen, Tausende BürgerInnen, Gewerkschafter und AktivistInnen auf die Straße zu bringen. Auch im Saarland gründete sich ein regionaler Ableger von »G!G«. Neben ersten kleinen Aktionen und der Erarbeitung eines Forderungskatalogs fand am 12. November eine Kundgebung unter dem Motto »Reden. Vernetzen. Protestieren« statt. Gut 80 Menschen versammelten sich in Saarbrücken vor der Europagalérie und konnten in teilweise wütenden, teilweise bedrückenden Statements eines Erziehers, eines Schreinerlehrlings, eines Studierenden, einer Rentnerin und eines Arbeiters aus dem Baugewerbe erfahren, wie sehr die Krisen insbesondere diejenigen im Alltag trifft, die von Armut betroffen sind und die für höhere Löhne kämpfen. Das Bündnis strebt eine weitere Vernetzung mit Arbeitskämpfen an. Darüber hinaus rief

im Saarland ver.di für den 29. September zur Bildung eines breiten Bündnisses für Sozialproteste auf – über 60 Gruppen versammeln sich unter der Überschrift »Nicht mit uns – wir frieren nicht für Eure Profite«. Bundesweit initiierte ver.di einen Aktionstag am 22. Oktober mit, unterstützt von GEW, attac, BUND und weiteren. Die Anzahl an Protestierenden blieb mit insgesamt ca. 24.000 Personen deutlich hinter den Erwartungen zurück – anscheinend fehlt einem Großteil der unmittelbar Krisenbetroffenen der Glaube an die Wirkmächtigkeit von Protesten sowie deren Appelle an die Regierung und damit auch die Motivation zur Beteiligung. Im Saarland fand keine Aktion statt – hierzulande wird zu einer Demonstration am 3. Dezember mobilisiert; ob es gelingt, eine gewichtige Teilnehmerschaft auf die Straßen Saarbrückens zu bringen, wird sich zeigen. Aktuell hätte insbesondere die IG Metall mit ihrem hohen Organisationsgrad und ihrer Kampferfahrung die besten Möglichkeiten, Sozialproteste zu unterstützen, sie sogar in die entscheidende Phase ihrer Tarifrunde mit einzubinden und damit gesamtgesellschaftspolitische Verantwortung zu übernehmen.

Ob die Gewerkschaften dauerhaft eine Führungsrolle bei den Protesten der kommenden Monate einnehmen und es schaffen, die Bevölkerung zu mobilisieren, bleibt abzuwarten. Bisher wirken die gewerkschaftlichen Initiativen eher beschränkt auf »konstruktive Verbesserungsvorschläge«, pflichtschuldig und unbestimmt. Im »Nicht mit uns«-Bündnis heißt es: »Wir fordern eine Gesamtstrategie für eine nachhaltige, bezahlbare Grundversorgung: Energie, Mobilität, Ernährung und Wohnen sowie soziale und kulturelle Teilhabe müssen für alle bezahlbar sein.« Doch auch konkretere Forderungen wie von »Genug ist Genug« – bspw. die Einführung eines Preisdeckels für Energie und Mieten, das Verbot von Gas-, Strom-, und Wassersperren oder die Verstaatlichung der gesamten Energieversorgung – sind letztlich Hilferufe an den Staat, der das Leiden verringern soll.

Natürlich scheint es angesichts der existenziellen Krisensituation als sinnvoll, Umverteilung von oben nach unten zu fordern und gegen eine Politik zu kämpfen, die Reiche reicher und die Arme ärmer macht. Doch nicht die Verteilung des Reichtums und nicht die Verfügungsgewalt über die Unternehmen



Foto: Jonas Boos

sind ursächlich für Armut, Ausbeutung und Krisen, sondern der Zweck der kapitalistischen Produktionsweise: Ziel ist die Geldvermehrung und nicht die Produktion gesellschaftlich notwendiger Dinge wie Nahrung, Kleidung oder Wohnungen. Die sich zuspitzenden Krisen schreien daher geradezu nach solidarischen, gesellschaftlich planvollen Lösungen, die die Bedürfnisse der Menschen über die privatkapitalistische Waren- und Marktlogik stellen.

Krisenlösung von Rechts

In der sogenannten Migrationskrise 2015 und der Covid-19-Pandemie hat sich gezeigt, wie anfällig große Teile der Bevölkerung für Verschwörungsmythen und rechte Parolen sind. Im Saarland hat das aus den Corona-Protesten hervorgegangene Aktionsbündnis »Wir sind die rote Linie« inzwischen auch Forderungen zur Energiekrise mit aufgenommen: Neben dem sofortigen Stopp der »Selbstzerstörung ihres Landes« fordern die Protestierenden u. a. die »Öffnung der Gaspipeline Nord Stream 2« und den »Stopp milliarden-schwerer Gewinne für Großkonzerne«. Die

Teilnehmendenzahl ist inzwischen zwar auf ca. 150 bis 200 Menschen gesunken, in ihrer Hochphase im Frühjahr 2022 brachten die »Rote-Linie«-Demos aber gut 5.000 Menschen auf die Straße – damals wie heute mitorganisiert und geprägt von Rechtsextremisten aus Reichsbürger-, Verschwörungs- und Neonazi-Milieu (siehe *Saarbrücker Hefte* 122). Dabei geht eine besondere Gefahr von verkürzter Krisenanalyse aus, weil sie die Existenz von bestimmten Menschengruppen verantwortlich für die soziale Krise macht. Demnach gefährden in Deutschland traditionell EinwanderInnen den Wohlstand und sollen am besten aus dem Land verschwinden. Dass diese überhaupt in Deutschland sind, so die Wahnvorstellung, ist das Werk mächtiger, in Verborgenen agierender Gruppen. Für die Krisen des Kapitalismus, für Kriege, Seuchen und Naturkatastrophen wird vor allem die »jüdische Weltverschwörung« verantwortlich

gemacht. Hier sei an die Weltwirtschaftskrise von 1929 erinnert, die zu einem weltweiten Vormarsch des Faschismus unter deutscher Führung, zum Zweiten Weltkrieg und zur Ermordung der europäischen Juden geführt hat. Statt vermeintlich Schuldige zu suchen, müssen in den Sozialprotesten die vorherrschenden Zwangsverhältnisse der kapitalistischen Produktionsweise kritisch hinterfragt werden. Dazu braucht es Menschen und Strukturen, die Aufklärung und Kritik organisiert in die Bewegungen tragen. Ob sich daraus eine relevante Gegenkraft zu rechten Krisenprotesten oder gar zur vorherrschenden Krisenpolitik entwickelt, wird sich zeigen.

- 1 Der Indikator Armutrisikoquote misst den Anteil der Bevölkerung, dessen Einkommen unterhalb der Armutrisikoschwelle liegt. Es zeigt, wie viel Menschen im Saarland weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens haben.

saarbrücker hefte *Die saarländische Zeitschrift für Kultur und Gesellschaft*

Mit einem Abonnement oder einer Spende an die *Saarbrücker Hefte* unterstützen Sie unsere Arbeit und sorgen für Pressevielfalt in der Region!

Nach Eingang Ihrer Spende bei uns (Verein Saarbrücker Hefte e.V., IBAN DE76 5905 0101 0078 1819 14, Sparkasse Saarbrücken, Verwendungszweck: »Unterstützungsfonds«) erhalten Sie (ab 20 EUR Spende) eine Spendenquittung, die Sie dem Finanzamt vorlegen können.

Der Verein Saarbrücker Hefte e.V. ist als gemeinnützig anerkannt.



Spenden per paypal

Der Aufmarsch der Gläubigen

Reaktionäre Katholiken demonstrieren in Saarbrücken

Von Karolina Kaltschnee

Es ist kurz nach Mittag, als die Vorbereitungen der Gegendemonstrierenden beginnen. Einige kommen in Gruppen, andere vereinzelt, viele von ihnen haben auch in den letzten Jahren mitdemonstriert. Vor Wochen kamen die ersten Aufrufe über Social Media – jetzt packen die Ersten Plakate und beschriftete Pappschilder aus Rucksäcken und Taschen.

Ein paar Frauen spannen bunte Regenschirme auf den Gehweg in der Heinstraße in Saarbrücken auf. »Geht beten, aber nicht hier« und »my body my choice« steht auf den Schirmen vor der Pro-familia-Beratungsstelle im Südosten der Stadt. Unter einem kleinen Zelt stehen Tische, darauf Sektgläser, Kuchen: »Wir feiern das Leben«, sagt eine der Frauen. In diesem Jahr haben sich mehrere Aktionsbündnisse zusammengeschlossen, um gegen den sogenannten Marsch für das Leben, der durch die Saarbrücker Innenstadt führt, zu demonstrieren. My Body my choice Saarbrücken, Omas gegen Rechts: Über 300 Menschen werden am Ende dabei sein.

Auf der anderen Seite der Kreuzung stehen Anhänger der Priesterbruderschaft St. Pius X – an diesem Samstag laufen in Saarbrücken Priester, Priesteranwärter und Gemeindemitglieder aus dem Saarland und anderen Regionen Deutschlands mit. Aber auch Gläubige aus Frankreich, extra für die Veranstaltung angereist. Die Frauen tragen lange Röcke, die Männer sind adrett gekleidet – eine Mischung aus Funktionskleidung und Altherren-Beige. In den ersten Reihen stehen Kinder und Jugendliche. Sie halten Schilder und Transparente: »Mami, gib mir die Chance zu leben«. Angemeldet hat die Veranstaltung Peter F.. Der Impfgegner äußert sich öffentlich homophob und bezeichnet pro familia als »kinderzerfleischende Organisation«. F. ist gläubiger Katholik – und zählt zum Umfeld der Pius-Brüder.

Die Piusbruderschaft wurde um 1970 herum vom streng konservativen Priester Marcel Lefebvre gegründet. Sein Lehrer, Henri Le Floch, war Anhänger der demokratiefeindlichen und nationalistischen Action Française, die Verschwörungsmythen und antisemitische Hetze verbreitete – viele Inhalte der Ideologien finden sich auch heute noch in Schriften und Reden der Piusbruderschaft.

Pius-Brüder in Saarbrücken

Das Saarbrücker Priorat St. Maria zu den Engeln besteht seit 1978 und gilt mit 500 Mitgliedern als größte Gemeinde in Deutschland. Weltweit unterhalte die Bruderschaft mehr als 60 Niederlassungen. Abgeschottet und praktisch unsichtbar seien sie, sagen SaarbrückerInnen auf die Frage, ob sie Gemeindemitglieder häufiger sehen würden. Diese Parallelgesellschaft schaffe sich eigene Realitäten und Gesetze, zumeist unerkannt von der Öffentlichkeit, und erzieht Kinder und Jugendliche in ihrem Sinne.

Zwei Schulen der Piusbruderschaft existieren allein in Saarbrücken – ein reines Jungeninternat, das zu einer Erweiterten Realschule gehört, und eine Grundschule. Insgesamt werden 80 Kinder nach den streng katholischen Glaubenssätzen unterrichtet, mit Schulkleidung, Orgelunterricht und einer Pfadfindergruppe. Die Glaubensgemeinschaft betreibt mehrere Schulen in Deutschland, vor allem in Baden-Württemberg, Bayern und dem Saarland. Und im bayrischen Zaitzkofen liegt das internationale Priesterseminar Herz Jesu. Mit 25 Priesteranwärtern meldeten sich so viele neue Männer an, dass nicht mehr für alle ein Einzelzimmer verfügbar sei, schreiben die Brüder auf ihrer Homepage.

Ein großes goldfarbened Kreuz, Transparente und ein Ziehwagen mit in Plastik



Wegen der Auftaktrede des Marschs für das Leben ermittelt jetzt der Staatsschutz. Laut Staatsanwaltschaft Saarbrücken besteht der Verdacht der Volksverhetzung. Foto: Kai Schwerdt

eingewickelten Lautsprechern – die Pius-Brüder sind gut vorbereitet. Der erste Redner, Christian Adamski, steht auf einem Holzkasten in Sichtweite der pro familia. Zwanzig Minuten lang spricht er, immer wieder übertrönt von Rufen aus der Gegendemonstration. Die Pro-familia-Beratungsstelle töte jedes Jahr 1.200 Kinder, sagt er ins Mikrofon. Kinder, die als Problem behandelt würden, ermordet von ihren Müttern. Kinder, die Deutschland fehlen würden. »Überall hören wir vom Fachkräftemangel«, merkt er an und rechnet vor: Wären all diese Kinder, 40.000 in den letzten Jahren, nicht ermordet worden, sie könnten jetzt die so dringend benötigten Fachkräfte sein.

An diesem regnerischen Oktobertag stehen über 200 Pius-Anhänger einer Gruppe von über 300 Gegendemonstrierenden gegenüber. Die Plakatträger der ersten Reihen sind Jungen aus dem Jungeninternat der Pius-Brüder – beinahe drei Stunden lang tragen sie die Schilder durch die Stadt, auf denen

Abtreibung als Mord bezeichnet wird. Die Schilder sind aus den Vorjahren – keine sind neu hinzugekommen, Rechtschreibfehler geblieben. Adamski arbeitet seine Punkte von einer Liste ab. Gründe, warum sie hier stehen. Gründe, warum er sich persönlich engagiert – Anekdoten von den Anfängen seines Aktivismus. Und dann fordert er die Teilnehmenden auf, die Pflastersteine vor sich zu zählen.

»Schauen Sie mal bitte alle nach unten auf den Fußboden. Wir haben hier Steine, wir haben dort Teer und hier überall Pflastersteine rundherum. Stellen wir uns bitte mal vor, pro Kind, das getötet wurde, eine Messingplatte.« Die Messingplatte, über die Adamski spricht, sind die sogenannten Stolpersteine – in den Boden eingelassene Messingplatten mit den Namen jüdischer MitbürgerInnen, die von den Nationalsozialisten deportiert und ermordet wurden. Gedenkplatten vor den Häusern, in denen sie lebten. Die Menschen senken ihre Köpfe, einige Sekunden Stille – hinter den Polizisten rufen und schreien die Gegendemonstrierenden. »Das sind jetzt 100 und dann 1.000. Und dann haben wir das, was nach einem Jahr hier neu an Plättchen verlegt werden müsste. Um festzuhalten, was dort in dem Haus geschieht. 1.200 Plättchen, Jahr für Jahr«, zählt Adamski vor. »Bei Sonnenschein müssten wir eine Sonnenbrille anziehen, weil wir uns vor lauter glänzendem Fußboden hier nicht mehr zurechtfinden würden.«

Es sind diese Aussagen, aufgrund derer in den Wochen nach der Demonstration sowohl Staatsanwaltschaft als auch der saarländische Beauftragte für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus, Roland Rixecker, tätig werden. Wegen des Anfangsverdachts einer Volksverhetzung ermittelt jetzt der Staatsschutz – gegen Unbekannt.

Rechte Hetze gegen Beratungsstellen

Verharmlosung und sogar Holocaust-Leugnung finden immer wieder Raum auf Veranstaltungen sogenannter Pro-Life-Aktivistinnen. Eine Variante, betroffene Frauen unter Druck zu setzen. Aber auch in Gottesdiensten, auf Plakaten und über kirchliche Medienkanäle werden Frauen, die eine Schwangerschaft abbrechen wollen oder müssen, beleidigt und

herabgesetzt oder auf offener Straße angesprochen. Doch oft sind nicht nur die Frauen das Ziel. Die selbst ernannten Lebensschützer veröffentlichen auch Privatadressen von Medizinerinnen, schicken Drohbriefe an Kliniken und verleumdete Klinikpersonal. Oder Mitarbeitende von Beratungsstellen.

Mit Begriffen wie »Mordzentrale« und »Tötungsstation« sollen die Beratungsstellen diffamiert werden – dabei erfüllen Beratungsstellen wie die der pro familia einen gesetzlichen Auftrag. Sie beraten Schwangere und: Die Beratung ist verpflichtend, möchte eine Frau eine Schwangerschaft abbrechen. Immer häufiger werden genau diese Orte zum Ziel von Anfeindungen.

Eva Szalontai ist Leiterin der Beratungsstelle in Saarbrücken. Dass sie und ihr Team sich dieses Jahr besonders am Gegenprotest engagieren, liege an der Belästigung: »Für uns war der Grund dieser massive Protest vor unserer Haustür«, sagt sie mit Blick auf die gegenüber stehenden Pius-Brüder. Die neben dem alljährlich stattfindenden Marsch monatlich eine Mahnwache vor der Beratungsstelle abhalten.

In Saarbrücken ist der Beratungsstelle ein medizinisches Zentrum angeschlossen. Hier finden neben der Beratung auch Vasektomien und Schwangerschaftsabbrüche statt. Schlimm seien die Diffamierungen: »Das medizinische Zentrum wird bezeichnet als Kinder-Tötungsklinik. Es wird auch behauptet, dass Überreste abgebrochener Föten für Corona-Impfungen nötig wären. Abstruses Zeug.« Solche Verleumdungen sollen verunsichern und treffen deutschlandweit viele Beratungsstellen und Kliniken.

In Deutschland dürfen 1.246 staatliche Beratungsstellen einen Beratungsschein ausstellen. Sie sind verpflichtet, die Frauen ergebnisoffen zu beraten – im Gegensatz zu kirchlichen Beratungsstellen. Die Versorgungsdichte mit Beratungsstellen ist gesetzlich vorgeschrieben. Doch seit Jahren wachsen die Probleme. In ländlichen Regionen und im Süden Deutschlands haben Frauen Schwierigkeiten, sich umfassend beraten zu lassen. Von 294 Landkreisen (und 106 kreisfreien Städten) in Deutschland haben elf keine staatlich anerkannten Beratungsstellen. Neun davon liegen in Bayern, zwei in Rheinland-Pfalz. 37 Landkreise haben lediglich konfessionelle Beratungsstellen.

Die AfD hetzt mit

Bei einer Recherche des Recharteteams Correctiv Anfang 2022 wurden die vier saarländischen städtischen Kliniken mit Gynäkologie angefragt, ob sie Abtreibungen vornehmen – eine verweigerte die Auskunft, eine weitere nimmt gar keine Abtreibungen vor, in einer dritten Klinik werden gelegentlich Abbrüche bis zur 20. Woche nach medizinischer Indikation vorgenommen. Lediglich eine der vier Kliniken mit gynäkologischer Abteilung nimmt den Eingriff auch bei Beratungsindikation vor. Aber knapp 96 % aller Abtreibungen in Deutschland beruhen auf der Beratungsindikation. Der vorwiegende Teil der Frauen, die eine Abtreibung brauchen, sind damit medizinisch unterversorgt – angefangen von zu wenigen Beratungsstellen, bis hin zu Beratungsstellen, die keine Scheine ausstellen, und schlussendlich ein geringer Anteil an Kliniken, die den Eingriff dann übernehmen.

Dass die Piusbruderschaft in Saarbrücken so verbissen gegen die pro familia vorgeht, hat mehrere Gründe. Die Beratungsstelle in Saarbrücken und die Kliniken im Saarland stellen eine wichtige Schlüsselfunktion dar: Nicht selten müssen Patientinnen aus anderen Bundesländern aufgenommen werden – mehr als ein Drittel der Frauen, 38,7 %, aus Rheinland-Pfalz, die 2021 eine Abtreibung vornehmen ließen, ging dafür in ein anderes Bundesland. Meist ins Saarland. Mitunter werden auch Patientinnen aus weiteren Bundesländern aufgenommen oder nach Luxemburg weitervermittelt.¹

Ähnliche Märsche gibt es auch in Münster, München, Fulda und Freiburg. Organisiert von erzkatholischen Organisationen, an Orten mit großen christlichen Gemeinden. Der größte Marsch für das Leben in Deutschland findet seit 20 Jahren in Berlin statt. Das Umfeld von Pro-Life-Aktivistinnen ist international vernetzt und überschneidet sich personell immer häufiger mit konservativen Politikern. Menschen, die einem extremen Spektrum angehören, können durch diese Position auf Gesetzgebungen einwirken. Und immer wieder nehmen Menschen teil, die rechtsextremen Gruppierungen, etwa der NPD oder der Identitären Bewegung, zugeordnet werden können. Der Marsch in Saarbrücken gilt – neben den Corona-Protesten – als größte



Bunter Protest gegen die Pius-Bruderschaft. Foto: Kai Schwerdt

regelmäßige Veranstaltung des Saarlandes, der sich Rechtsextreme anschließen.

Dieses Jahr ist eine Bundestagsabgeordnete der AfD-Fraktion in Saarbrücken dabei. Zwischen Priestern, Internatsschülern und Kindern im Kindergarten-Alter fällt die Frau mit dem hellen Mantel auf: Nicole Höchst schüttelt Hände, läuft im vorderen Drittel des Lebensmarsches mit. Für 16 Uhr haben die Pius-Brüder eine Kundgebung vor der Europagalérie in Saarbrücken angemeldet. Höchst soll dort die Abschlussrede halten – eine Auszeichnung für alle.

Plastikembryonen als Werbematerial

Eine große transparente Plastiktüte baumelt an der rechten Hand einer älteren Dame, prall gefüllt. »Nehmen Sie sich davon!«, sagt ein lächelnder Teilnehmer mit Hut und Gehstock, der sich selbst als Mitglied der Pius-Brüder bezeichnet. Er zeigt auf die Tüte. »Das sind keine Süßigkeiten, das ist viel besser.« Die Dame mit der Tüte dreht sich herum und hält sie hoch. »Nehmen Sie direkt drei, dann können Sie die verteilen.« Die Frau kramt und holt drei kleine Plastikembryonen aus der Tüte – zum Anschauen und Verteilen.

Es ist bereits nach 16 Uhr, als der Marsch sich durch die Dudweiler Straße der

Saarbrücker Innenstadt drückt. Laut dröhnen die Gebete durch Boxen, Maria voll der Gnade. Sie bitten um Vergebung für die Morde an den Tausenden Kindern. Mit Pfeifen und Musik, lauthals brüllend, begleiten Hunderte Gegenprotestierende die Piusbruderschaft und ihre Anhänger auf den knapp zwei Kilometern bis zur Europagalérie. Auf einer Kreuzung, kurz bevor die finale Kundgebung stattfinden soll, fassen sich die Gegendemonstrierenden an den Armen, brüllen in Richtung des Kreuzes, der Lautsprecher, der betenden Menge. Zwischen ihnen und den Pius-Anhängern stehen Einsatzkräfte der Polizei. Und ganz vorne die Plakatträger. Die vielleicht 14-jährigen Jungen halten auch dann die Plakate hoch, als die Polizei mit Gewalt die Blockade auflöst.

Für die Gegendemonstrierenden ist der Tag erfolgreich gewesen. Man habe Haltung gezeigt, gestört, die Aktion verzögert. Doch sehr wahrscheinlich werden auch nächsten Monat wieder einige Gemeindeglieder vor der Beratungsstelle an der Heinestraße stehen und beten. Sie werden das ungeborene Leben betrauern – und dabei das Leben vieler Frauen missachten, die Hilfe suchen.

Anmerkung:

1 Journal of Health Monitoring 2/2022 des RKI

Die Polizistenmorde von Kusel

Behördenversagen und Ignoranz der Jagdvereine führten zum Doppelmord aus Profit-Gier

Von Michael Kohler

Am Montag, dem 31. Januar, gegen 4 Uhr 20: Im Landkreis Kusel werden eine junge Polizistin und ein junger Polizist bei einer Fahrzeugkontrolle in verstörend brutaler Art und Weise erschossen. Beide wohnten im Saarland, der 29-jährige Polizeioberkommissar Alexander K. in Freisen, die 24-jährige Yasmin B. in Homburg.

Um 4 Uhr 19 meldet der Kollege an die Einsatzzentrale, sie wollten zwei »dubiose Personen« in einem Transporter kontrollieren, in dem sich getötetes Wild befinde. Direkt danach fallen Schüsse; bevor der Kontakt abbricht, sagt der Polizist noch: »Kommt schnell. Die schießen auf uns.« Als Einsatzkräfte zehn Minuten später eintreffen, finden sie ihre Kollegin tot vor, der Polizist stirbt, noch bevor der Krankenwagen eintrifft.

Name und Adresse eines der mutmaßlichen Täter sind rasch ermittelt: Man findet vor Ort seine Ausweis- und Fahrzeugpapiere. Auch das Tatmotiv liegt auf der Hand: Die Morde waren geschehen, um Wilderei zu vertuschen.

Mittags wird Andreas S. zur Fahndung ausgeschrieben und kurz nach 17 Uhr vor seinem Haus in Sulzbach im Saarland bei seinem mit Einschusslöchern übersäten weißen Renault-Kastenwagen festgenommen. Wenig später wird auch der zweite Verdächtige, Florian V., verhaftet. Presseberichten zufolge soll er gerade dabei gewesen sein, mit einer Metzgerschürze bekleidet das in der Nacht erlegte Wild zu zerteilen. An mehreren Orten werden mehr als ein Dutzend Waffen gefunden, unter ihnen auch die vermutlichen Tatwaffen.

Ein Schuss, der nach hinten losgeht

Etwa zu der Zeit, während der die beiden festgenommen werden, versendet der Präsident des Landesjagdverbandes Rheinland-Pfalz, Dieter Mahr, eine Sprachnachricht an seine Jagdkollegen, die am Mittwoch der Tageszei-

tung *Die Rheinpfalz* zugespült wird. Sie enthält Informationen, die auf verstörende Hintergründe der Morde hinweisen.

Es heißt dort, Andreas S. habe schon 2004 jemanden mit einer Schrotladung schwer verletzt und deshalb den Jagdschein verloren. Tatsächlich wird der damals 21-Jährige und Besitzer eines Jugendjagdscheins nach dieser Tat wegen grober Fahrlässigkeit zu einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen à 50 Euro verurteilt, den Jagdschein muss er aber nicht abgeben. Dies erreicht er u. a. durch einen Umzug, wodurch eine andere Jagdbehörde für ihn zuständig wird, die es erst sechs Jahre später schafft, den Jagdschein einzuziehen. Schon zwei Jahre später erhält er ihn aber wieder zurück und jagt bis 2020 ganz legal weiter. Dann wird die Verlängerung abgelehnt, vermutlich, weil gerade mehrere Verfahren gegen ihn laufen. Er soll unter anderem 100.000 Euro Lohngehälter seiner Angestellten veruntreut, seine Insolvenz verschleppt und aus versicherungstechnischen Gründen einen Raubüberfall auf seine eigene Bäckerei sowie einen Brandschaden an seinen Fahrzeugen inszeniert haben. Jetzt müsste er seine Waffen abgeben oder einer Person übergeben, die berechtigt ist, Waffen zu besitzen. Er übergibt die Waffen – seiner Frau, die ebenfalls einen Jagdschein besitzt. Die Waffen verbleiben in dem Haus, das die beiden gemeinsam mit ihren vier Kindern bewohnen, in dem Schrank, in dem sie vorher schon waren. Auf der Waffenkarte der Ehefrau wird man später genau die Waffen ordentlich eingetragen finden, die als die Tatwaffen von Kusel gelten.

In der Sprachnachricht heißt es weiter, Andreas S. betreibe seit Jahren Wilderei äußerst professionell, mit modernster Militärtechnik wie Nachtsicht- und Zielgeräten und mit vier Jagdhunden. Er wildere im grünen Lodenmantel und mit abgesägter Schrotflinte in rund 480 Jagdrevieren, auch neben Mahrs eigenem Revier. Später wird Mahr mitteilen, er habe dort schon oft Schüsse gehört, die wohl von Andreas S. stammen könnten. Jährlich würde dieser 400 bis 500 »Stück Schalenwild« absetzen. (»Schalenwild« steht in der Jägersprache für Paarhufer, also v. a. Rehe, Hirsche und Wildschweine; ein von ihnen gejagtes Tier wird von Jägern als »Stück« bezeichnet.) Er rät seinen Kollegen zur Vorsicht, falls sie ihm begegnen: »Im Notfall mit der Waffe im Anschlag ans Auto zurückkehren, wenn man ein ungutes Gefühl hat.«

Am Schluss der Nachricht teilt Mahr mit, dass es zwar von den Medien zahlreiche Anfragen an den Jagdverband gebe, in denen es aber derzeit nur um das »fürchterliche Verbrechen« gehe und nicht um die »Jagerei« oder um »legalen oder illegalen Waffenbesitz«, und gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass das auch so bleibt.

Die Mitteilungen des Jagdpräsidenten beinhalten Beunruhigendes:

- Warum befürchtet er Pressefragen zum Waffenbesitz und zur Jagd an sich?
- Warum teilte er die Informationen, über die er offensichtlich schon vor der Tat verfügte, erst nach dem Doppelmord mit?
- Andreas S. war bereits fünfmal wegen Wilderei angezeigt worden. Jäger wissen: »Bei Wilderern Vorsicht – die schießen sofort.« Warum warnte der Jagdpräsident seine Kollegen nicht früher?
- Am 22. Februar sagt Kreisjagdmeister Bernhard Sona aus dem pfälzischen Harthausen zur *Rheinpfalz*, es ärgere ihn, dass es Leute gab, die offenbar wussten oder ahnten, welche Gefahr von Andreas S. ausging, aber nicht »aus der Deckung« gekommen seien. Was sagen Jägervereinigungen zu dieser Einschätzung? Und v. a.: Was sagen Ermittlungsbehörden hierzu?
- Trifft es zu, dass auch viele Polizisten Mitglieder der Jagdvereine sind und deshalb möglicherweise bestimmte Strafanzeigen, wie es *Die Rheinpfalz* stilvollendet formuliert (s. u.), »nicht ausermittelt« werden?

Wilderei: Hoher Profit bei geringem Risiko

Im Kühlhaus des Andreas S. finden sich mehrere Tonnen toter, verkaufsfertig zubereiteter Tiere sowie 20 ausgeweidete Wildkadaver und Tierabfälle. Auch sein Transporter ist mit mehreren Zentnern verkaufsfertigem Wildfleisch beladen. An zwei weiteren Orten finden sich Wildfleisch und Schlachtabfälle. Es lässt sich leicht ausrechnen: Bei bis zu 500 Hirschen, Rehen, Wildschweinen muss der jährliche Fleischumsatz im zweistelligen Tonnenbereich gelegen haben. Ohne das Fleisch, das er, wie weiter bekannt wird, vom Landesbetrieb Saarforst dazukaufte. 2017 bis 2019 sollen es etwa 6,3 Tonnen gewesen sein. Er erzielte Verkaufspreise von 50 bis 70 Euro und bis zu 120 Euro pro Kilo und damit monatliche Gewinne im fünfstelligen Bereich.

In seinen Distanzierungsbemühungen versucht der Jagdpräsident, den ökonomischen Aspekt der Wilderei zu verharmlosen und Andreas S. stattdessen als psychopathischen Kriminellen darzustellen: »Ihm geht es schlicht und einfach nur darum, so viel Wild wie irgend möglich zu töten. Er agiert nicht als Waidmann, sondern als Krimineller. Das hat wirklich überhaupt nichts mehr mit Jagd zu tun.« Die Argumentationsweise ist bei vielen Arten der Gewaltausübung bewährt: Wer die hinter der Gewalt stehenden ökonomischen Interessen, Machtbestrebungen und systemischen Gesetze unkenntlich machen möchte, greift zu personalisierenden und psychologisierenden Deutungen.

Dabei sind die PR-Strategien der Jagdverbände zur Wilderei auffallend widersprüchlich. Wilderer werden einerseits pathologisiert, andererseits wird das Ausmaß der Wilderei heruntergespielt. Beide Strategien dienen dazu zu verbergen, worauf jetzt von verschiedener Seite hingewiesen wurde: Wilderei ist auch unter Jägern weit verbreitet. Der Sprecher des Deutschen Jagdverbandes, Thorsten Reinwald, antwortet auf die Frage »Ist Wilderei in Deutschland ein großes Problem?« das Folgende: »Nein, das spielt eher eine untergeordnete Rolle.« Dies begründet er damit, dass pro Jahr im Durchschnitt etwa 1.100 bis 1.500 Fälle von Wilderei ermittelt, bei der legalen Jagd aber über zwei Millionen Wildtiere »erlegt« würden. Die Argumentation erinnert

an Bertolt Brecht: »Der Bankraub ist eine Initiative von Dilettanten. Wahre Profis gründen eine Bank.«

Aber zusätzlich sind die Zahlenangaben sowohl für die Wilderei als auch für die legale Jagd, vorsichtig ausgedrückt, irreführend. Die eigene Jagdstatistik des Jagdverbandes weist nicht zwei, sondern über vier Millionen getötete Tiere aus. Der Verein Wildtierschutz hierzu: Die Jagdstatistik des Deutschen Jagdverbandes weist mit etwa 4,5 bis 5 Millionen getöteten Wildtieren (2020/21 coronabedingt Rückgang auf etwa 4 Millionen) nur einen Teil der gesamten Jagdstrecke aus. Pro Jahr werden in Deutschland etwa sechs bis sieben Millionen Tiere im Rahmen der Jagd legal oder illegal getötet.

Auch die Angabe von 1.100 bis 1.500 ermittelten Fällen von Wilderei ist unaufrichtig, insofern, als sie die riesige Dunkelziffer unterschlägt. 2020 wurden in Rheinland-Pfalz 88 Fälle von Wilderei polizeilich erfasst und im Saarland 19. Wenn man nun bedenkt, dass dort Andreas S. alleine bis zu 500 Tiere pro Jahr erschoss, lässt sich ahnen, wie groß das Dunkelfeld und entsprechende Verdienste sein mögen.

Mitwisser?

Andreas S. war schon mindestens dreimal beim Wildern erwischt und fünfmal auch angezeigt worden. Zweimal hatte er versucht, die Personen, die ihn erwischt und erkannt hatten, zu überfahren. Konsequenzen: keine. Freunde oder seine Frau geben ihm jedes Mal Alibis, die anscheinend nicht überprüft wurden. Zum Zeitpunkt des Doppelmordes sind beide mutmaßlichen Täter zwar polizeibekannt, aber nicht vorbestraft.

Mehr als drei Monate nach der Tat entscheidet sich die Staatsanwaltschaft, die Ermittlungen auszuweiten. Dass es aber seit Jahren Mitwisser und Mittäter gegeben haben muss, wird spätestens durch die Mitteilungen des Jagdpräsidenten ersichtlich. Gegen Andreas S., der seit Anfang März als alleiniger Schütze bei den beiden Morden gilt, gab es 24 Ermittlungsverfahren, von denen kein einziges zu einer Verurteilung führte. Die falschen Alibis hätten durch Zeugen – darunter einen Polizisten – leicht widerlegt werden können. *Die Rheinpfalz* hierzu: »Es

besteht der Eindruck, dass die Wilderei-Vorfälle nicht ausermittelt wurden.«

Aber auch der Umfang der Geschäfte lässt es als ausgeschlossen erscheinen, dass es weder Mitwisser noch Mittäter gab. Alle jährlich bis zu 500 getöteten Tiere mussten ausgenommen, verarbeitet, verkauft, ausgeliefert und schließlich zubereitet werden. Daran mussten Dutzende, wenn nicht Hunderte Personen direkt oder indirekt beteiligt gewesen sein. Andreas S. war in der Gegend wohl bekannt. Seine »Jagdleidenschaft« und seine anderen Machenschaften ebenfalls.

Zusammen mit dem Fleisch wurden auch Verkaufsbelege gefunden. Es ist aber nicht bekannt, dass auch nur gegen einen der »Kunden« – hauptsächlich Gastronomen, viele von ihnen selbst Hobbyjäger – ermittelt worden wäre. Beispielsweise wegen Hehlerei. Das Strafgesetzbuch besagt im einschlägigen § 259: »Wer eine Sache, die ein anderer gestohlen oder sonst durch eine gegen fremdes Vermögen gerichtete rechtswidrige Tat erlangt hat, ankauft oder sonst sich oder einem Dritten verschafft, sie absetzt oder absetzen hilft, um sich oder einen Dritten zu bereichern, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.« Warum wird hier nicht ermittelt? Weil es zu viele sind? Oder weil dies bestimmte Interessen nicht zulassen? Zwei weitere Umstände irritieren: Bereits im Februar berichten Medien von einer

Der Tatort bei Kusel Foto: BeckerBredel



bedenklichen Nähe saarländischer Behörden zur Jägerschaft. Der saarländische Landesjagdverband besitzt Hoheitsrechte und darf als einziger Landesjagdverband Jagdscheine ausgeben und verlängern. Der für Andreas S. zuständige Sachbearbeiter im Landratsamt Neunkirchen ist gleichzeitig stellvertretender Landesjägermeister und Kreisjägermeister in Neunkirchen. Diese Doppelfunktion übt der Betroffene seit 38 Jahren aus, laut Neunkircher Landrat Sören Meng (SPD) besteht »keine Besorgnis der Befangenheit«, im Gegenteil seien seine »Fachkenntnisse im Bereich des Jagd- und Forstwesens« ausdrücklich erwünscht. Hier wäre zu fragen, warum dann nicht auch Präsidenten von Motorradclubs die Motorradführerscheine ausstellen. Die entsprechenden Fachkenntnisse wären ja wohl vorhanden. Die zweite Irritation: Am 12. Oktober wählte der Saarländische Landtag trotz anhaltender Kritik von Tierschützern Dr. Arnold Ludes zum Tierschutzbeauftragten. Ludes ist Tierarzt und – leidenschaftlicher Hobbyjäger. Besonders seine als zynisch empfundenen Äußerungen zu einer im Neunkircher Zoo geplanten Schließanlage entsetzten Tierschützer. Dort sollen Jagdhunde an gefangenen Füchsen auf die Jagd trainiert werden. Das sei für Füchse kein Stress, deshalb habe er mit einer solchen Anlage keine Probleme. Ludes ist übrigens in der saarländischen Jägervereinigung Vorsitzender des Ausschusses für Wildbretvermarktung.

Verbindungen zu rechten Szenen

Drei Wochen nach der Tat interviewt *Die Rheinpfalz* den Experten für Reichs- und Verschwörungsideologien Benjamin Winkler zu den sogenannten Spaziergängen und spricht ihn auch auf die Polizistenmorde an: »Nach dem Doppelmord an zwei jungen Polizisten bei Kusel gab es Hetze bis hin zu Mordaufrufen. Wäre das auch ohne Corona passiert? In rechtsextremen Kreisen werden Polizisten als ›Söldner‹ der ›Corona-Diktatur‹ geschmäht.« Winkler antwortet: »Die beiden mutmaßlichen Täter passen meiner Meinung nach perfekt in das Profil von ›Reichsbürgern‹, auch wenn es bislang keine Belege gibt, dass sie dieser Szene angehörten.«

In »sozialen« Medien eröffnen rechte Szenen einen Sturm des Hasses und der Hetze

– gegen die Opfer. Die Staatsanwaltschaft registriert über 500 widerliche Beleidigungen, in denen die Ermordeten beispielsweise als »Systemhuren« bezeichnet werden, die »ins Gras gebissen« hätten.

Ein den Reichsbürgern nahestehender Mann aus Idar-Oberstein ruft dazu auf, PolizeibeamtInnen auf Feldwege zu locken und dort zu beschießen; für einen »Fangschuss« verspricht er 500 Euro Prämie. Polizei und Verfassungsschutz ermitteln mehr als hundert Verantwortliche, gegen die zunächst aber mit einer Ausnahme keine Anklage erhoben wird. Es wird angegeben, man wolle die Hinterbliebenen nicht belasten, die nach geltendem Recht jeden Hasskommentar einzeln anzeigen müssten, damit Anklage erhoben werden kann.

Eine Woche vor den Morden von Kusel hatte bereits eine andere Tat in der Region Entsetzen ausgelöst: Ein 18-Jähriger hatte in der Heidelberger Universität das Feuer eröffnet, acht Personen verletzt und eine 18-jährige Biologiestudentin aus der Pfalz getötet.

Die Rheinpfalz interviewt hierzu den Kriminalpsychologen Jens Hoffmann. Er sieht ebenfalls Parallelen zu den Morden von Kusel. So antwortet er auf die Frage: »Was hätte man tun können?« (um den Amoklauf zu verhindern): »So etwas hat einen langen, manchmal jahrelangen Vorlauf, währenddessen sie (die späteren Täter) zunehmend auffälliger werden. In dieser Zeit geben die späteren Täter meist Hinweise auf das, was sich anbahnt. Es gibt typische Muster in ihrem Verhalten. Kriminalpsychologen sprechen von Warnverhalten.« »Worin zeigt sich das?« »Etwa durch verbale Drohungen, die wiederholt werden ... Es kann auch sein, dass Menschen handgreiflich werden, sie wirken insgesamt leicht reizbar, sind aggressiv ... Häufig inszenieren sie sich, posieren gerne mit Waffen im Internet, kleiden sich besonders.«

Andreas S. wird von Mitjägern charakterisiert als hervorragender Schütze, aber auch schräger Typ, zuweilen zwar gesellig, aber auch unberechenbar. »Der konnte ausrasten wie Rumpelstilzchen.« Er zeigte sich bei Gesellschaftsjagden mit einer Trappermütze aus Marderfell, die dreimal so groß wie sein Kopf war und an deren Ende ein Schwanz baumelte. Er trug einen langen Jagdmantel, unter dem er seine Jagdwaffen im Holster stecken hatte. Hoffmann weist darauf hin, dass

spätere Gewalttäter sich auch schon vorher immer wieder aggressiv verhalten, Grenzen verletzen und keine Angst vor den Konsequenzen ihres Tuns haben. Darauf angesprochen, dass Andreas S. auch als liebevoller vierfacher Familienvater galt, sagt Hoffmann: »Hört sich beinahe so an, als habe dieser Mensch zwei Gesichter. Das ist nicht so ungewöhnlich. Viele Gewalttaten werden begangen in einem Zustand kalter Aggression, ganz berechnend, das Mitgefühl ist ganz heruntergefahren. Der Täter befindet sich dann gleichsam im Jagdmodus.«

Nicht nur die Wilderei, auch die Jagd ist gewalttätig

Die beiden Mordopfer werden unter großer Anteilnahme der Bevölkerung beigesetzt. Der Leiter der Polizeihochschule, an der die junge Polizistin ausgebildet worden war, sagt in seiner Trauerrede: »Die Brutalität und die Kaltblütigkeit der Morde macht uns fassungslos. Wir suchen nach Antworten.«

Hierbei sollte wohl auch auf die Jagd geschaut werden.

Unter den derzeit 403.000 Jägern in Deutschland (gestiegen von 311.000 im Jahre 1990 auf 351.000 in 2010) sind nur etwa 1.000 Berufsjäger, die anderen 402.000 betreiben Jagd als »Hobby«. In Deutschland befinden sich mehr als 5 Millionen Schusswaffen in Privatbesitz, Tendenz stark steigend. Die meisten davon, nämlich 3,8 Millionen, sind sogenannte Gewehre und Flinten, v. a. für Jagdzwecke. Die in höchsten und höchst konservativen Kreisen schon immer geschätzte und geschützte Hobbyjagd wird für viele zu einem neuen Statussymbol, zum »neuen Golfen«.

Jagd, am offensichtlichsten die sich ausbreitende »Trophäenjagd«, ist ein Hobby, das an sich bereits gewalttätig, grausam und brutal ist, eine Front im Ausbeutungskrieg gegen die Natur, die in einer jahrhundertealten gesellschaftlichen und kulturellen Tradition der rücksichtslosen Herrschaft über Mensch und Tier steht.

Jagdpanzer nach dem Einsatz



Mord in Idar-Oberstein

Warum die »Corona-Demos« den Resonanzraum für die Tat bildeten

Von Laura Weidig

Am 18. September 2021 tötet ein 49-jähriger Maskenverweigerer in Idar-Oberstein einen jungen Tankstellenmitarbeiter. Der Täter ist jetzt zu lebenslanger Haft verurteilt worden.

Es ist Samstagabend, der 18. September 2021. Der zum damaligen Zeitpunkt 49-jährige, selbstständige IT-Fachmann Mario N. betritt ohne Maske eine Tankstelle in Idar-Oberstein, um Bier zu kaufen. Nach einem Hinweis auf die geltende Maskenpflicht durch den Mitarbeiter, den 20-jährigen Alex W., verlässt N. mit einer drohenden Geste die Tankstelle. Fast zwei Stunden später kommt er mit zurück – und hat eine illegale Schusswaffe dabei. Die Maske trägt er provokant unterm Kinn. Wieder will er Bier kaufen und stellt das Sixpack auf den Tresen. Als Alex W. N. erneut auffordert, die Maske anzuziehen, erschießt dieser den Kassierer gezielt von vorne in den Kopf. W., der als Aushilfe in der Tankstelle jobbte, ist sofort tot.

Im September 2022 ist der Täter vor dem Landgericht im rheinland-pfälzischen Bad Kreuznach zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Das Gericht folgte in seinem Urteil dem Antrag der Staatsanwaltschaft. Rechtsgültig ist der Schuldspruch indes noch nicht. Sowohl Staatsanwaltschaft als auch die Verteidigung kündigten an, in Revision gehen zu wollen.

Unabhängig von der letztinstanzlichen juristischen Beurteilung haben sich Wissenschaftler verschiedener Disziplinen und Experten aus dem Umfeld von Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus um Ursachenerklärungen bemüht – wie kommt es zu solchen Taten? Die Analyse führt zu zwei zentralen Thesen: Erstens lässt sich der Mord an Alex W. als rechter Terror einordnen, und zweitens steht er in einem wesentlichen Zusammenhang zur autoritären Bewegung der

Corona-Proteste, die die Pandemie und / oder die von ihr ausgehenden Gefahren leugnen und Infektionsschutzmaßnahmen teils aggressiv ablehnen.

Mario N. glaubte zwar an die Existenz des Corona-Virus – aber negierte dessen Gefährlichkeit. Das ergibt sich aus der Gerichtsverhandlung, die vom unabhängigen Weblog NSU-Watch begleitet und akribisch dokumentiert wurde.

Nachdem er verschiedenen Quellen gefolgt sei, habe sich für ihn, so N., ein Bild ergeben, dass eine Infektion mit dem Virus nicht gefährlicher sei als eine Grippe. Deshalb lehnte er die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie ab. Im Laufe der Zeit und mit zunehmender sozialer Isolierung sei er »immer tiefer in die Blase gerutscht«. Seine Schwester und weitere Bekannte hätten sich von ihm distanziert. Auf der Suche nach »Verantwortlichen« habe er sich in seinen Social-Media-Gruppen »mitreißen« lassen. Die »Schuldigen« seien ihm in diesen »Foren« präsentiert worden. (NSU-Watch zum 2. Verhandlungstag am 25. März 2022)

Anstiftung zum Mord

Nicola Rosendahl von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus betont: »Wir konnten schon bei den Corona-Protesten auf den Straßen und in den diversen digitalen Gruppen beobachten, wie seit Beginn der Pandemie einzelne Menschen für die Maßnahmen verantwortlich gemacht und als Feinde markiert wurden.« Nicht selten sei dies mit

Gewaltfantasien verbunden worden. »Die Proteste waren getragen von einer sich verschärfenden Widerstandsrhetorik«, so Rosen-dahl weiter. Der Mord an Alexander W. zeige deutlich, dass solche Formen von rhetorischer und digitaler Gewalt auch in reale Gewalt umschlagen können – bis hin zum Mord.

Der Strafprozess in Bad Kreuznach zeichnete das Bild eines Täters, der sich schon vor der Corona-Pandemie in einer extrem rechten Lebenswelt bewegt hat. Im Netz äußerte er Hass, Gewalt- und Vernichtungsfantasien gegenüber MigrantInnen und vermeintlichen politischen GegnerInnen – verantwortliche PolitikerInnen etwa habe er »in die Gaskammer schicken« oder »an Straßenlaternen aufhängen« wollen.¹ Auch die im Prozess vernommene Oberpsychologierätin des Landeskriminalamtes (LKA) sprach von der langjährigen rassistischen Gesinnung des Angeklagten und nannte seine politische Motivation als handlungsleitend für die Tat.

N. hing Narrativen an, wie sie in einschlägigen Chats und Kanälen der Corona-Leugner-Szene weit verbreitet sind. Als der Täter seine Waffe ergriff, handelte er seinem Weltbild nach stellvertretend für viele andere, die auf »Corona-Demos« den Resonanzraum für seine Tat bildeten. Die rechten Einstellungen des Täters von Idar-Oberstein sind mithin belegbar, und da seine Absichten auf die Beendigung der Infektionsschutzmaßnahmen zielten, kann von rechtem Terror gesprochen werden.

Der Vollstrecker

Eine Einschätzung, der sich auch NSU-Watch anschließt. »Unserer Auffassung nach braucht es nicht unbedingt eine organisatorische Einbindung beispielsweise in die Neonazi-Szene, um eine Tat als rechten Terror zu qualifizieren. Es handelt sich aber auch beim Täter von Idar-Oberstein nicht einfach um einen ›Einzeltäter‹. Die Tat von Idar-Oberstein war unserer Einschätzung nach das, was oft als stochastischer Terrorismus bezeichnet wird: Es ist bei diesem Tätertypus zwar kaum vorherzusagen, wann, wo und vom wem es aufgrund von rechten Kampagnen und Mobilisierungen – wie der PandemieleugnerInnen-Szene – zu Gewalt kommt, aber irgendwann schreitet jemand zur Tat«, erklären Sebastian Schneider

und Caro Keller von NSU-Watch auf Anfrage der Saarbrücker Hefte.

Die Einschätzung, dass es sich bei dem Täter von Idar-Oberstein um einen rechten Täter handelt, habe sich im Laufe des Prozesses in Bad Kreuznach bestätigt – »und zwar deutlicher, als wir zuvor angenommen hatten«, so die Prozessbeobachter. »Der Täter vertritt ein klar rassistisches, verschwörungsideologisches und misogynes Weltbild. Anhand von Chatinhalten lässt sich die ideologische Entwicklung des Täters nachvollziehen, und es zeigt sich, dass sie nicht erst in der Pandemie einsetzte, sondern sich bis mindestens 2015 zurückverfolgen lässt, also bis zur rechten und rassistischen Mobilisierung im Gefolge des Sommers der Migration.«

Wichtig erscheint Schneider und Keller, dass es auch bei einem Täter wie dem Mörder von Alex W. immer sogenannte Ermöglichungsstrukturen gebe: »Der Täter von Idar-Oberstein wurde nicht nur durch Online-Inhalte in seinen Ansichten bestärkt, sondern zum Beispiel auch durch Gespräche, die er mit Bekannten beim Gassigehen mit dem Hund hatte. Diese Bekannten hatten seine rassistischen Ansichten in Bezug auf Geflüchtete noch unterstützt, er wandte sich erst von ihnen ab, als sie sich gegen Covid-19 impfen ließen. Der Schwager des Täters – ein US-Polizist – war bis zuletzt sein wichtigster Kontakt, aus der Kommunikation mit dem Schwager stammen die meisten der in den Prozess eingebrachten Chatinhalte. Der Täter äußerte in seinem Umfeld mehrfach Mordfantasien, gegenüber dem Schwager kündigte er sogar konkret die Tat an, aber niemand schritt ein. Er bewegte sich in einem gesellschaftlichen Milieu, in dem diese Art des Sprechens offenbar normalisiert war. Ganz praktisch konnte er bei einem Besuch bei Schwester und Schwager in den USA das Schießen üben. Und schließlich verfügte er – ohne selbst eine Erlaubnis dafür zu haben – über scharfe Waffen.«

Der Mord in Idar-Oberstein zeigt: Die Protestbewegung führt nicht »nur« zu einer abstrakten Gefährdung der Demokratie und ihrer Institutionen, sondern zu einer unmittelbaren Bedrohung für einzelne Menschen – in ihrer Eigenschaft als vermeintliche oder reale SystemvertreterInnen. Dabei geht dieses entgrenzte Feindbild – in dem alle Opfer werden

können – über »klassische Zielgruppen« der extremen Rechten hinaus. Mit den Corona-Protesten hat sich ein aktionsbereites und aktionsfähiges Potenzial verstetigt.

Den Teilnehmenden erscheinen die Corona-Proteste als Widerstandsakt gegen vermeintliche diktatorische Maßnahmen des autoritären Staates. Dabei plädieren die Demonstrierenden aufgrund ihrer eigenen autoritären Dispositionen für antidemokratische Lösungen der Krise – ihre vorgeblich basisdemokratischen Forderungen etwa laufen auf den Ausschluss von Minderheiten, wie vulnerablen Gruppen, hinaus. Die Betroffenen selbst halten sich selten für rechts oder autoritär.

Ganz normale Rassisten

Neben den gegen Geflüchtete gerichteten Aktivitäten ist die Corona-Pandemie der bedeutendste Katalysator rechter Mobilisierung der letzten Jahre. Der extremen Rechten und dem Rechtspopulismus ist es gelungen, die politische Basis ihrer Anhängerschaft auszubauen und demokratiefeindliche Positionen noch stärker und breiter zu verankern. Es ist davon auszugehen, dass die jetzt gegen die Corona-Schutzmaßnahmen aktivierten Akteure sich in Zukunft auch bei anderen Themenfeldern leichter re-mobilisieren lassen. Durch die erfolgreiche Integration von nicht dezidiert extrem rechten AkteurInnen und die Fähigkeit, auch andere Themen der politischen Agenda aufzugreifen, verschärft sich die demokratiegefährdende Lage. Es ist zu vermuten, dass im Zuge des durch den Angriffskrieg gegen die Ukraine entstehenden deutlichen Anstiegs von Lebenshaltungskosten und der daraus resultierenden Erhöhung sozialer Ungleichheit die Mobilisierungsfähigkeit von Demokratieskeptikern und -feinden weiter steigen wird.

Das Protest-Milieu verfügt über ein generelles Misstrauen gegenüber Institutionen oder etablierten Wissensbeständen. Die Themen sind dabei völlig austauschbar. Der harte Kern der Corona-Leugner-Szene hat sich längst von der Realität entkoppelt. Auch durch die Nutzung elektronischer sozialer Medien wie Telegram als Hauptinformationsquelle – die abgeschlossenen Begriffs- und Interpretationswelten fungieren als Kanäle für

Falschnachrichten und Hassbotschaften, wobei ihnen eine Radikalisierungsdynamik innewohnt. Und ein inhärentes Gewaltpotenzial. Auch das hat der Mord in Idar-Oberstein belegt.

Inwiefern jedoch hat die politische Dimension des Mordes vor Gericht eine Rolle gespielt? Im Strafprozess sei es selbstverständlich um die persönlichen und beruflichen Umstände des Täters gegangen, erklären die Prozessbeobachter von NSU-Watch. Auch um psychologische Fragen – wie etwa N.s offenkundigen Narzissmus. »Die politische Dimension kam dennoch auch in Bad Kreuznach sehr deutlich zum Vorschein. Die Chatinhalte waren mehrfach Thema im Verfahren. Und der politische Hintergrund der Tat wurde sowohl in den Plädoyers von Staatsanwaltschaft und Nebenklage als auch schließlich im Urteil thematisiert«, ziehen Caro Keller und Sebastian Schneider Bilanz. »Wir hätten uns allerdings sicherlich mehr erwartet. Eine sachverständige Einordnung der ideologischen Bezüge des Täters fehlte zum Beispiel.«

Transparenzhinweis:

Die Autorin ist an einer wissenschaftlichen Arbeitsgruppe zum Thema beteiligt. Ausschnitte des Beitrags basieren auf einem gemeinsam mit Luis Caballero und Paul Erleben erarbeiteten, wissenschaftlichen Artikel sowie einer gemeinsamen Stellungnahme der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Rheinland-Pfalz, der Fachstelle für Betroffenenstärkung und Demokratieentwicklung – m*power und des Vereins Netzwerk am Turm.

Anmerkung:

- 1 In der Beweisaufnahme des Strafprozesses wurde die Kommunikation des Täters mit seinem Bekanntenkreis offengelegt, siehe vertiefend www.nsu-watch.info/2022/08/prozess-zum-mord-an-alex-w-in-idar-oberstein-fortlaufend-ergaenzt/.

OLG Koblenz verhandelt Mord an Samuel Yeboah

Saarländisches Staatsversagen mit auf der Anklagebank

Von Roland Röder



Samuel Kofi Yeboah. Foto: Engel

Seit Mitte November 2022 wird der Mord an Samuel Yeboah vor dem Oberlandesgericht Koblenz verhandelt. Vor Gericht steht Peter S., der damals der rechten Szene angehörte. Er sitzt seit 4. April 2022 in U-Haft und soll für den Brandanschlag am 19. September 1991 auf das Asylbewerberwohnheim in Saarlouis-Fraulautern verantwortlich sein. Dabei starb Samuel Yeboah, 20 BewohnerInnen überlebten und blieben traumatisiert zurück. Täter wurden damals nicht ermittelt. Dieses Ermittlungsergebnis deckt sich mit vielen weiteren Brand- und Bombenanschlägen im Saarland seit den 1980er-Jahren. 30 Jahre lang geschah seitens der Landesregierungen – Oskar Lafontaine, Reinhard Klimmt, Peter Müller, Annegret Kramp-Karrenbauer, Tobias Hans – nichts. Anklageführer ist die Generalbundesanwaltschaft (GBA). Die übernahm 2020, fast 30 Jahre nach dem Anschlag, die Ermittlungen und erteilte saarländischen Behörden den Arbeitsauftrag, ZeugInnen aus dem

Umfeld des Verdächtigen vorzuladen und zu befragen. Rund 200 Menschen wurden befragt, 44 sollen in der Anklageschrift vor dem OLG aufgeführt sein.

Warum wird jetzt ermittelt? Offiziell wird eine Zeugin angegeben, die von einer Selbstbezeichnung des Angeklagten berichtet. Allerdings haben dazu drei andere Entwicklungen entscheidend beigetragen, die in solch einem Prozess, der nach individueller Schuld sucht, gar nicht erst zur Sprache kommen. In den Jahren 2000 bis 2007 hat der »Nationalsozialistische Untergrund – NSU« neun MigrantInnen und eine Polizistin ermordet. Am 2. Juni 2019 wurde der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke (CDU) von einem bekannten Rechtsextremisten regelrecht hingerichtet. Diese Fälle zeigen, dass auch Vertreter des Staates von Rechts ins Visier genommen werden. Vor allem aber, dass rechte Gruppen bewaffnet und bereit sind zu schießen. Spätestens im NSU-Prozess (2013–2018) zeigte sich, dass mehrere staatliche Stellen in das NSU-Umfeld involviert waren: Neben dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) unter seinem Präsidenten (2012–2018) Hans-Georg Maaßen, das unter anderem NSU-Akten schredderte und sie damit dem Prozess vorenthielt, waren es drei weitere Inlandsgeheimdienste aus Hessen, Thüringen und Sachsen.

Unfreiwillig geriet Maaßen zum Beschleuniger von staatlichen Ermittlungen gegen Rechts. Er machte keinen Hehl daraus, wie negativ er Flüchtlinge betrachtet bei gleichzeitigen Sympathien für die AfD und deren Umfeld. Er wurde zunehmend zur persona non grata und musste vom CSU-Innenminister Horst Seehofer entlassen werden. Gleichzeitig provozierte dies die Frage, warum er so lange Behördenchef sein konnte. Das staatliche Legitimationsproblem im Umgang mit rechter Gewalt war offensichtlich.

Seit 30 Jahren Ruf nach Aufklärung und Gerechtigkeit

Seit dem Mord an Samuel Yeboah haben drei Organisationen die Erinnerung an Samuel Yeboah wachgehalten und sich der staatlichen Schweige- und Bagatellisierungs Spirale verweigert: der Saarländische Flüchtlingsrat, die Aktion 3. Welt Saar und die Antifa Saar / Projekt AK. Diese drei haben mit Unterstützung von anderen Gruppen und Personen 30 Jahre lang eine Fülle von Aktivitäten kreiert und auf der Tastatur der politischen Öffentlichkeitsarbeit gespielt. Letztlich haben sie sich mit diesem saarländischen Staatsversagen, das sich im Aussitzen, Verschweigen und Wegschauen äußerte, nie abgefunden und kontinuierlich Aufklärung eingefordert.

Das aktive staatliche Desinteresse an Aufklärung lässt sich exemplarisch an drei Veranstaltungen belegen. Als am 8. Oktober 1996 im Saarlouiser selbstverwalteten Jugendzentrum KOMM die einzige kritische Veranstaltung zur akzeptierenden Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen stattfand, mussten die 120 BesucherInnen durch ein Polizeispalier zum Veranstaltungsort gehen. Dieses Projekt war mitverantwortlich dafür, dass die rechte Szene in Saarlouis zeitweise gesellschaftsfähig wurde. Als am 19. September 2001 nach einer Gedenkkundgebung und -demonstration am Rathaus Saarlouis eine Gedenktafel (»In Erinnerung an / Samuel Yeboah / Flüchtling aus Ghana / am 19. September 1991 durch / einen rassistischen / Brandanschlag in / Saarlouis ermordet«) angebracht wurde, wurde sie sofort von der Stadt abmontiert. Die Veranstalterin wurde von der Stadt Saarlouis vier Jahre lang mit einem Prozess wegen Sachbeschädigung des Rathauses überzogen. Saarlouis bekam am Ende 134,50 € Strafe zugesprochen.



Die Gedenktafel. Foto: Aktion 3. Welt Saar

Als am 19. September 2006 eine Schwester von Samuel Yeboah an der Gedenkveranstaltung in Saarlouis teilnahm, zusammen mit VertreterInnen aus Mölln und Solingen, die berichteten, wie man dort mit den rechtsradikalen Anschlägen umgeht, weigerte sich die Stadt Saarlouis, diese zu empfangen. Im September 2021 stellte die Stadt Saarlouis am Tatort eine Informationstafel auf, mit der sie zum ersten Mal zugab, was nach den GBA-Ermittlungen nicht mehr zu leugnen war: Es war Mord. Gleichzeitig bleibt sie ihrer Linie »Erinnern ohne Vergangenheit« treu und blendet ihr eigenes Wegschauen sowie die damalige Existenz einer rechten Szene in Saarlouis weiterhin aus. Und es gab noch zwei weitere »offizielle« Gedenkveranstaltungen: Kranzniederlegung und Ökumenischer Gottesdienst. Der Saarlouiser OB Peter Demmer (SPD), der zum Tatzeitpunkt Polizist in Saarlouis war, nahm an keiner der drei teil. Ebenso verweigert Saarlouis bis heute den Dialog mit dem Flüchtlingsrat, der Antifa Saar und der Aktion 3. Welt Saar.

Ein Prozess ist keine politische Aufarbeitung

Der Prozess am OLG Koblenz kann eine juristische Aufarbeitung leisten und die individuelle (Nicht-)Schuld klären. Was er aber per se nicht leisten kann, ist die politische Aufarbeitung des saarländischen Staatsversagens. Das Problem der Existenz von rechten Strukturen und der von ihnen ausgehenden Gewalt lässt sich weder pädagogisch durch Sozialarbeit noch juristisch durch Verfahren bekämpfen. Ein politisches Problem lässt sich am besten politisch lösen.

Die gesellschaftliche und parteipolitische Mitte gab um 1990 die nationalistischen Stichworte vor, die von Rechtsaußen als Aufforderung zur Gewalt verstanden wurden. Flüchtlinge wurden sprachlich entmenschlicht, als Fluten, Wellen, Ströme dargestellt und mit Heuschrecken assoziiert, die über das arme, schutzlose Deutschland herfallen. Medien wie *Spiegel* und *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* machten den Spruch »Das Boot ist voll« der Rechtsaußenpartei »Die Republikaner«, mit dem schon 1942 jüdische Flüchtlinge aus Deutschland von der Schweiz abgewiesen wurden, populär. Der

saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine befeuerte diese Debatte mit nationalistischen Parolen, stichelte gegen Flüchtlinge und Aussiedler, sah den deutschen Arbeiter bedroht und besorgte letztlich die SPD-Stimmen, um im Bonner Bundestag im Mai 1993 den Artikel 16 des Grundgesetzes »Politisch Verfolgte genießen Asyl« zu entkernen.

Die Aufnahme der Ermittlungen durch die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe hat ein bis dato nie da gewesenes Medieninteresse am Mordfall Yeboah geweckt. Viele überregionale Medien wie *Spiegel*, *Stern*, *Zeit*, *Süddeutsche Zeitung*, die ARD-Tagesthemen berichten seitdem ausführlich. Ebenso die *Saarbrücker Zeitung* und Saarländischer Rundfunk. Allerdings kommt die politische Einordnung des Mordes manchmal zu kurz vor. Stattdessen wird die Tat aus dem Kontext gelöst und nur einer Person zugeschrieben.

Entschädigung und Gedenken

Nach 30 Jahren öffentlicher Auseinandersetzung um die Ermordung Samuel Yeboahs und den versuchten Massenmord im Saarlouiser Flüchtlingsheim müssen das Saarland und die Stadt Saarlouis endlich auch eine Wiedergutmachung für die Überlebenden leisten. Wegschauen im Mordfall Samuel Yeboah heißt eben auch, die anderen Opfer der Mord- und Brandnacht 30 Jahre lang zu ignorieren und keine Empathie zu zeigen. Des Weiteren wäre ein Untersuchungsausschuss vom Saarländischen Landtag einzuberufen. Dieser Ausschuss müsste unter

Berücksichtigung der neuen Ermittlungsergebnisse das damalige Agieren staatlicher Polizeistellen im Saarland beleuchten. Was wussten der Saarländische Verfassungsschutz und andere Polizeistellen über die Nazistrukturen? Warum wurden zwischen den 1980er- und den 2000er-Jahren so viele Brand- und Bombenanschläge gegen Links und gegen Migranten nicht aufgeklärt? Die jetzige Generation an SPD-Regierungsmitgliedern, wie Anke Rehlinger, Reinhold Jost, Magnus Jung, Ulrich Commerçon, Petra Berg, könnte dies mit politischer Leichtigkeit auf den Weg bringen. Sie waren damals bestenfalls im Ju-so-Alter und parteipolitisch für das Verhalten »ihres« Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine und »ihres« Innenministers Friedel Läßle nicht verantwortlich. Aber sie müssten den Mut haben, sich mit dem Regierungshandeln ihrer Partei zu beschäftigen. Dafür wäre die Freigabe aller Akten durch die Landesregierung und den Verfassungsschutz ein erster Schritt. Diesen machte auch der saarländische Polizeipräsident Norbert Rupp am 4. April 2022, als er sich für das Versagen der saarländischen Polizei im Mordfall Yeboah entschuldigte. Nähere Angaben machte er dazu nicht. Oder sollte die Entschuldigung nur von weiteren Fragen ablenken?

Bis heute weigert sich die Stadt Saarlouis, innerstädtisch, zum Beispiel am Rathaus, an den ermordeten Samuel Yeboah zu gedenken. Zum einen müsste man dann den InitiatorInnen von 2001 recht geben und, was noch schwerer wiegt, damit würde die eigene Vergangenheit des Leugnens und des Bagatellisierens rechter Gewalt sichtbar werden.

Kundgebung und Medienvertreter zur Prozesseröffnung vor dem OLG Koblenz.



Chronik des Mordfalls Yeboah

19. September 1991 Samuel Kofi Yeboah wird in Saarlouis-Fraulautern durch einen rassistischen Brandanschlag ermordet. In dem brennenden Haus befinden sich 20 weitere Personen, die sich vor dem Feuer retten können, zwei Menschen werden schwer verletzt.

21. September 1991 Antifaschistische Demonstration mit 800 Teilnehmenden in Saarlouis als Trauermarsch für Samuel Yeboah. Rechte Skinheads provozieren die Demonstranten.

26. September 1991 »Eine richtige Szene gibt es hier nicht«, sagt der Saarlouiser SPD-Bürgermeister Alfred Fuß der *taz* auf die Frage zur eskalierenden Welle rechter Gewalt in Saarlouis und dass die vielen Asylbewerber »natürlich« in der Bevölkerung nicht gerne gesehen werden. Auch Hubert Ulrich von den Grünen leugnet eine rechte Szene: »Dass Skinheads ›mal einen Penner im Park zusammenschlagen haben«, ja, ›aber das ist Ewigkeiten her.«

28. September 1991 Demonstration gegen Fremdenfeindlichkeit in Saarlouis mit 250 Teilnehmenden aus einem Bündnis von Parteien und Organisationen.

3. Oktober 1991 Wie damals üblich ermittelt die Kriminalpolizei in alle Richtungen. OB Richard Nospers (SPD) erklärt, dass Saarlouis kein besonderes Zentrum für Rechtsextreme sei, allerdings die Grenze für Asylbewerber erreicht sei.

10. Oktober 1991 Beerdigung von Samuel Yeboah auf dem Friedhof »Neue Welt« in Saarlouis. Unter den 200 Trauergästen sind auch Familienmitglieder des Ermordeten.

11. Oktober 1991 Aufmarsch von Skinheads mit Schlagwaffen vor dem Wohnheim für Geflüchtete in der Gutenbergstraße in Saarlouis, wohin Überlebende aus Fraulautern verbracht worden sind. Die BewohnerInnen des Heimes verteidigen sich und können den Mob abweisen.

13. Oktober 1991 Demonstration gegen Naziterror und Asylrechtsbeschränkung in Saarbrücken mit 3.000 Teilnehmenden.

1. April 1992 Die Akte zum Brandanschlag geht vom Kriminalkommissariat Saarlouis zur Staatsanwaltschaft Saarbrücken.

29. August 1992 In der Nacht vom 28. auf den 29. August wird versucht, die Flüchtlingsunterkunft in der Gutenbergstraße in Saarlouis in Brand zu setzen. Die BewohnerInnen können das Feuer löschen.

24. September 1992 Im Landtagsausschuss sagt der SPD-Innenstaatssekretär Dewes: »Saarlouis ist

ein Schwerpunkt rechtsextremer Aktivitäten im Saarland geworden, dies gilt sowohl für Brandanschläge als auch für Sachbeschädigungen«

25. September 1992 Die Ermittlungen zum Fall Yeboah werden eingestellt.

1. Januar 1995 Der Musiker Wolf Maahn veröffentlicht auf seiner Platte »Libero« zur Erinnerung an Samuel Yeboah den Song »Samuel«. Am 23. Mai 2002 singt Maahn das Lied während eines ökumenischen Gottesdienstes zum Gedenken an Samuel Yeboah in der Evangelischen Kirche (Kaiser-Friedrich-Ring) in Saarlouis.

7. bis 13. Oktober 1996 Antifaschistische Aktionstage des »Aktionsbündnis Samuel Yeboah« mit Veranstaltungen, Filmvorführungen, Infotischen, einem Konzert und einer Demonstration in Saarlouis unter dem Motto »Dem reaktionären Konsens in der Gesellschaft etwas entgegensetzen!«. Die Kampagne wendet sich gegen die zunehmende Präsenz von Naziskins in Saarlouis, die mit Aufmärschen und Überfällen aus Saarlouis eine »national befreite Zone« machen wollten. Die Demonstration richtet sich auch gegen die Verharmlosung und zum Teil Rechtfertigung des Terrors aus der »Mitte der Gesellschaft«. Die Veranstaltungen finden unter hoher Polizeipräsenz statt.

19. September 2001 Kundgebung zum 10. Todestag von Samuel Yeboah in Saarlouis mit 150 Teilnehmenden. Diese fordern die Stadt Saarlouis und die Landesregierung auf, Samuel Yeboah endlich als Opfer rechter Gewalt anzuerkennen und an einem zentralen Platz in Saarlouis einen Ort des Gedenkens einzurichten. Nach der Kundgebung wird eine Gedenktafel zur Erinnerung an Samuel Yeboah am Rathaus angebracht. Der OB Hans-Joachim Fontaine (CDU) lässt diese umgehend entfernen. Der Staatsschutz ermittelt.

18. Februar 2002 Der Anmelder der Kundgebung zum 10. Todestag erhält einen Strafbefehl über 1.200 Euro wegen des unrechtmäßigen Anbringens der Gedenktafel am Saarlouiser Rathaus. Der Vorwurf lautet, »öffentliche Denkmäler beschädigt oder zerstört zu haben«.

17. Juni 2003 Bereits nach wenigen Minuten endet der Prozess wegen Sachbeschädigung des Saarlouiser Rathauses mit einem Eklat. Der Richter stört sich an der Anwesenheit der Unterstützer des Angeklagten. Er wolle nicht, dass »die Antifa in seinem Gerichtssaal eine Show abziehe«.

19. September 2003 Ein Flugblatt anlässlich des 12. Todestages von Samuel Yeboah macht auf die wachsenden Aktivitäten von Neonazis und rechten Skins in Saarlouis aufmerksam. Diese haben sich mittlerweile in Strukturen organisiert wie

z. B. in der »Kameradschaft Horst Wessel Saarlautern«, benannt nach einem zum Märtyrer stilisierten SA-Mann. Mittlerweile ist Saarlouis zu einer saarländischen Nazi-Hochburg geworden.

18. Februar 2005 Vier Jahre lang kämpfen die Stadt Saarlouis und die saarländische Justiz für die Verurteilung des wegen Sachbeschädigung am Saarlouiser Rathaus Angeklagten. Dann wird das Verfahren eingestellt.

5. Oktober 2005 Die Stadt Saarlouis lässt nicht locker und eröffnet ein zivilrechtliches Verfahren und verlangt Schadensersatz wegen Beschädigung des Rathauses durch das Anbringen der Gedenktafel. Im anschließenden Prozess bekommt sie 134,50 Euro Schadensersatz zugesprochen.

19. September 2006 Zum 15. Todestag von Samuel Yeboah hat der »Runde Tisch für ein öffentliches Gedenken an Samuel Yeboah« ein Gedenkwochenende mit Workshops, Konzerten und einem internationalen Fußballturnier unter dem Motto »15 Jahre Ignoranz sind genug« organisiert. Dabei wird ein Konzept für ein würdiges Gedenken entwickelt. OB Roland Henz (SPD) weist diesen »Saarlouiser Appell« zurück. Er weigert sich, die ange-reiste Schwester von Samuel Yeboah zu empfangen. Auch Vertreter der Stadt Mölln und Solingen, wo 1992/93 acht türkischstämmige Mädchen und Frauen dem neonazistischen Terror zum Opfer fielen und die auf Einladung von antirassistischen Gruppen zu der Gedenkfeier nach Saarlouis gekommen waren, werden von Henz nicht empfangen.

7. Oktober 2009 Als Reaktion auf die wiederholten Anfragen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag weist die CDU-geführte Bundesregierung den Brandanschlag in Saarlouis als rechtsmotivierte Gewalttat aus. Im Saarland wird diese Einstufung von der Landesregierung, der saarländischen Justiz und der Stadt Saarlouis einfach ignoriert.

24. September 2011 Zum 20. Todestag von Samuel Yeboah erinnern 200 Menschen in Saarlouis erneut an das ungesühnte Verbrechen. Am Standort des niedergebrannten Wohnheims werden Blumen niedergelegt. Nach wie vor fehlt jeder Hinweis auf Samuel Yeboah und die 20 überlebenden Opfer des Brandanschlags. Über ihr weiteres Schicksal ist fast nichts bekannt. Teilnehmer der Demonstration werden von Neonazis attackiert, wobei eine Person verletzt wird.

19. September 2014 Am 23. Jahrestag des Mordes versuchen engagierte Menschen erneut, die Stadt Saarlouis dazu zu bewegen, endlich des Ermordeten zu gedenken. Die Umbenennung der Saarlouiser Straße am Tatort in die Samuel-Yeboah-Straße bleibt symbolisch.

19. September 2015 Am 24. Jahrestag des Mordes versammeln sich viele Menschen in Saarlouis zum Gedenken an Samuel Yeboah. Auch die mittlerweile 189 Todesopfer rassistischer Gewalt in Deutschland seit 1990 sind in dem Gedenken mit eingeschlossen.

28. April 2016 Ein virtueller Gedenkstein wird eingerichtet unter samuel-yeboah.de. Verschiedene Gruppen und Initiativen übernehmen abwechselnd die Patenschaft.

2. September 2016 Sieben Jahre nachdem die Bundesregierung den Mord an Yeboah als rechtsradikal motiviert eingestuft hat, leugnet der Saarlouiser OB Henz dies nach wie vor. In seiner Antwort auf einen offenen Brief der Antifa Saar / Projekt AK erklärt er, warum er ein Gedenken an Samuel Yeboah ablehnt: »Aber bis heute, anders als anderswo, gibt es keine eindeutigen Beweise für einen rassistischen Anschlag. Insofern will ich meine / unsere Stadt nicht in Vergleich setzen mit Städten, in denen die Anschläge zweifelsfrei rassistischen Ursprungs waren.«

10. September 2016 Eine Plakatkampagne des saarländischen Flüchtlingsrats »Rassismus tötet – In Erinnerung an Samuel Yeboah« erinnert drei Wochen lang mit Großflächenplakaten an 15 Standorten, auch in der Landeshauptstadt Saarbrücken, an Samuel Yeboah. Die rechtsradikalen Aktivisten Markus M. und Ricarda R. posieren für einen Facebook-Post mit höhnischen Kommentaren vor dem Plakat und schänden damit das Andenken des Ermordeten.

15. September 2016 »Yeboah? Nie gehört«, antwortet der 1991 ermittelnde Staatsanwalt auf die Frage einer Journalistin des Deutschlandradios.

19. September 2016 Zum 25. Todestag erinnert ein breites Bündnis im Rahmen der Kampagne »Hass hat Konsequenzen« mit Veranstaltungen, einer Medienkampagne und einer Demonstration mit 250 Teilnehmenden in Saarlouis an Samuel Yeboah. Wie schon in den vergangenen Jahren werden die Menschen von Neonazis verbal bedroht. Am Grab von Samuel Kofi Yeboah findet ein stilles Gedenken mit Kranzniederlegung statt. Das Auto eines Teilnehmers wird beschädigt, ein Täter konnte nicht ermittelt werden.

Oktober 2019 Eine Zeugin meldet sich bei der saarländischen Polizei mit einem Hinweis. Auf einem Grillfest vor 12 Jahren habe Peter Werner S. damit geprahlt, dass er den Brand gelegt hatte und nicht erwischt wurde. Daraufhin nimmt die saarländische Staatsanwaltschaft die Ermittlungen wieder auf.

14. Juli 2020 Eine fünfköpfige Ermittlungsgruppe mit dem Namen »Causa« wird im Auftrag des Landespolizeipräsidiums eingerichtet. Sie soll mögliche »Ungereimtheiten« und »Verfehlungen« in der Ermittlungsarbeit aufarbeiten.

30. Juli 2020 Der langjährige Chef des saarländischen Verfassungsschutzes Helmut Albert will auch herausfinden, was seine eigene Behörde in den 1990er-Jahren gemacht hat, und setzt eine interne Ermittlungsgruppe ein, um Versäumnisse der eigenen Behörde aufzuklären.

5. August 2020 Die Generalbundesanwaltschaft übernimmt die Ermittlungen. Sie sieht »gravierende Anhaltspunkte, die auf einen rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Hintergrund des Anschlags schließen lassen«. Seitdem gibt es auch bundesweit ein hohes Medieninteresse.

19. September 2020 Gedenkkundgebung an Samuel Yeboah mit 150 Teilnehmenden auf dem Kleinen Markt in Saarlouis. Die TeilnehmerInnen fordern Gerechtigkeit für Samuel Yeboah.

28. Januar 2021 Nach weniger als einem Jahr Ermittlungen durch die Bundesanwaltschaft und fast 30 Jahren nach dem Mord kommt es in Saarlouis zur Hausdurchsuchung bei dem Hauptverdächtigen Peter Werner S. und vier weiteren Personen. Bereits 1991 wurden diese Personen verdächtigt.

17. Februar 2021 Eine erneute Hausdurchsuchung findet statt. Die Bundesanwaltschaft erhöht den Fahndungsdruck und lädt viele Angehörige der Nazi-Szene als Zeugen vor. Telefone werden überwacht und Gespräche abgehört.

7. August 2021 In einem Brief an den Saarlouiser Oberbürgermeister, diesmal heißt er Peter Demmer (SPD), bietet die Aktion 3. Welt Saar an, die Gedenktafel an Samuel Yeboah der Stadt Saarlouis zu übergeben. Die Stadt solle diese zum 30. Jahrestag der Ermordung Yeboahs zentral in Saarlouis anbringen, um einem würdevollen Erinnern an den Ermordeten gerecht zu werden. Im Vorfeld des 30. Jahrestags stellt die Stadt Saarlouis am Tatort eine Informationstafel auf. Die Kreisstadt Saarlouis, der Integrationsbeirat sowie die Evangelische Kirchengemeinde und die Katholische Pfarreiengemeinschaft rechts der Saar veranstalten eine gemeinsame Gedenkfeier am Grab von Samuel Yeboah.

13. August 2021 Die Kampagne »Rassismus tötet – In Erinnerung an Samuel Yeboah« mit 30 Großflächenplakaten in Saarbrücken und Saarlouis und an vielen weiteren Standorten wird wiederholt.

17. September 2021 Neben der Ermordung von Yeboah ist der Umgang der saarländischen Behörden mit den 20 Überlebenden des versuchten Massenmords nur als unmenschlich und rassistisch zu bezeichnen. Es ist bis heute nicht klar, wie viele der Betroffenen abgeschoben wurden, ohne überhaupt als Opfer wahrgenommen zu werden. Überlebende fordern Aufklärung und umfassende Akteneinsicht.

18. September 2021 Demonstration in Erinnerung an Samuel Yeboah von 180 Menschen in Saarlouis unter dem Motto »Kein Schlussstrich! Aufklären – Einmischen – Konsequenzen ziehen«.

4. April 2022 31 Jahre nach dem Mord wird der Hauptverdächtige Peter Werner S. in seiner Wohnung in Saarlouis verhaftet. Am gleichen Tag bitet der saarländische Landespolizeipräsident Norbert Rupp (CDU) um Entschuldigung. Er benennt nicht die handelnden Personen, erklärt nicht die Tatenlosigkeit der saarländischen Polizei und Justiz, bemängelt nicht das Fehlen jeder Empathie für die Opfer. Er bedauert lediglich »Defizite«. Er unterlässt es auch, sich ausdrücklich bei den traumatisierten und alleingelassenen Opfern zu entschuldigen. Von einer Entschädigung ist bis heute keine Rede.

30. April 2022 Eine Demonstration in Saarbrücken unter dem Motto »Kein Schlussstrich« mit 150 Teilnehmenden fordert vor dem Sitz des saarländischen Verfassungsschutzes angesichts des Versagens der zuständigen Behörden dessen Auflösung sowie die Offenlegung der Akten zum Fall Yeboah.

18. Juli 2022 Die Anklage gegen Peter Werner S. wird wegen Mord, versuchtem Mord in 20 Fällen sowie Brandstiftung mit Todesfolge und versuchter Todesfolge erhoben.

19. September 2022 31 Jahre nach dem Mord werden auf einer Kundgebung am Tatort in Saarlouis mit 70 Teilnehmenden die Offenlegung der Akten, Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, finanzielle Entschädigung der Opfer und ein würdiges Gedenken in der Saarlouiser Stadtmitte verlangt.

16. November 2022 Prozessbeginn gegen Peter Werner S. am Oberlandesgericht Koblenz. Vor dem Gerichtsgebäude gibt es eine Kundgebung von antifaschistischen Initiativen, viele sind aus dem Saarland angereist.

Kriegsverbrecher Ernst Röchling

Die Universität des Saarlandes hält in Treue fest zu ihrem Ehrensenator

Ein Kommentar von Dennis Kundrus

Im Mai 2021 hatte das Studierendenparlament der Universität des Saarlandes auf Initiative der Linken Liste einen Antrag verabschiedet, in dem die Studierenden einforderten, dass die Universität dem verurteilten Kriegsverbrecher Ernst Röchling die Ehrensenatorwürde entziehen sollte. Bereits vier Jahre zuvor hatten es mit derselben Prozedur antifaschistische Kräfte aus der Studierendenschaft erreicht, dass dem Ex-Gestapochof von Trier, Heinrich Welsch, diese Würde entzogen wurde. Doch diesmal kam es anders: Der Senat entschied sich ausdrücklich gegen die Aberkennung und, das mag verstehen, wer will, nur für eine Distanzierung von der Person Ernst Röchlings.

Danach erging man sich in Eigenlob. Universitätspräsident Manfred Schmitt, für den noch wenige Jahre zuvor die Ehrensenatorwürde von Heinrich Welsch »aus der Zeit gefallen« war, sprach vor der Presse von einem »sehr angemessenen und hochverantwortungsvollen Urteil für die Universität«. Auch der studentische Senator Lukas Redemann lobte das Ergebnis. Der AStA und das StuPa akzeptierten das Ergebnis, auch wenn deren Referat für Politische Bildung auf Anfrage dieses für falsch hält, »weil Ernst Röchling, als einem Opportunisten und Profiteur des Nationalsozialismus, keine Ehre zuteilwerden sollte«. In der Stellungnahme des Referats wird auch der massive Einsatz von Zwangsarbeit unter den Röchlings kritisiert.

Im Saarland blieben kritische Reaktionen weitestgehend aus. Diese kamen hingegen aus dem Nachbarland. Die französische Historikerin Françoise Berger, Historikerin an der Universität von Grenoble und Röchling-Forscherin, gab gegenüber dem SR an, dass sie die Entscheidung der Universität nicht nachvollziehen könne: »Es geht hier auch darum,

den jungen Generationen Vorbilder zu geben. Er [Anm.: Ernst Röchling] ist nicht einer der Schlimmsten, aber er ist kein gutes Vorbild.« Berger lehnt die Einstufung Röchlings als Mitläufer ab, dieser habe sich aktiv an den kriegsverbrecherischen Handlungen der Röchlings in Frankreich beteiligt und sich keineswegs zurückgehalten.

Die Rastatter Prozesse gehören zu den größten alliierten Kriegsverbrecherprozessen nach dem Zweiten Weltkrieg. Vor dem Tribunal Général im Rastatter Schloss fanden zwischen 1946 und 1949 insgesamt 235 Prozesse statt, hauptsächlich gegen das Personal der NS-Lager auf dem Gebiet der französischen Besatzungszone. Sie richteten sich nach dem Vorbild der Dachauer Prozesse. Dabei wurden 1.639 NS-Verbrecher verurteilt, 105 davon zum Tode. Heute sind die Rastatter Prozesse in Deutschland weitgehend aus der Erinnerung verdrängt. Der französische Staat hielt die Prozessakten bis 2015 unter Verschluss.

Für die Entscheidung scheint es mehr Gründe zu geben als historische Fakten. Die Familie Röchling genießt im Saarland immer noch teils hohes Ansehen, und deren Nachkommen sind mit Einfluss ausgestattet. Dies zeigt sich im Falle der Universität in einer finanziellen Abhängigkeit von der Ernst-Röchling-Stiftung. In deren Vorstand sitzt neben einem Nachfahren Röchlings auch der Universitätspräsident Manfred Schmitt. Die Aberkennung des Titels hätte auch eine Diskussion um die Stiftung nach sich gezogen, die nun erst mal abgewendet werden konnte. Das Referat für Politische Bildung greift in seiner

Stellungnahme die Arbeit der Stiftung auf: »Unseres Erachtens sollten jedoch die finanziellen Mittel, die aus den Geldern der Ernst-Röchling-Stiftung schöpfen, in die Aufklärung und Aufarbeitung der Verfehlungen der Familie Röchling und in die Antisemitismusforschung gesteckt werden. Möglicherweise ist die Familie ja selbst daran interessiert, die eigenen Untaten aufzuarbeiten.«

Am skandalösesten an dem gesamten Prozess ist ein anderer Aspekt: Der Senat begründete seine Entscheidung mit der in den beiden vom Senat selbst in Auftrag gegebenen Gutachten vertretenen Meinung, dass Ernst Röchling eigentlich gar kein Kriegsverbrecher gewesen sei. Dabei berief sich die Universität vor allem auf Prof. Dr. Gabriele Clemens, Historikerin an der UdS und Vorsitzende der Kommission für Saarländische Landesgeschichte. Clemens begründet diese Position damit, dass die Rastatter Prozesse nicht die gleichen Maßstäbe angelegt hätten wie die Nürnberger Prozesse und dass Röchling kein, wie das Urteil es feststellte, »Mittäter« sei, da er nur auf Geheiß seines Onkels Hermann Röchling gehandelt habe. Clemens maßt sich an, den Rastatter Prozess juristisch zu bewerten, und befindet über die Gewichtung von Zeugenaussagen. Die Historikerin, die bisher nicht durch Initiativen zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im Saarland aufgefallen ist, liefert wie im Falle des NS-Aktivisten und langjährigen Ministerpräsidenten Franz Josef Röder das übliche Gefälligkeitsgutachten, wenn es darum geht, saarländischen NS-Verbrechern einen nachträglichen Pardon auszustellen.

Eines kann nämlich festgehalten werden: Da das Völkerrecht sich in Bezug auf Kriegsverbrechen bisher nicht geändert hat, würde Ernst Röchling bei einem derartigen Prozess auch heute als Kriegsverbrecher verurteilt werden. Die Beurteilung, Röchling sei kein Kriegsverbrecher, kann nur beibehalten werden, wenn die gesamten Rastatter Prozesse und damit die französische Justiz und die am Prozess auch beteiligten internationalen Richter und Ankläger massiv in Zweifel gezogen werden. Diese Einschätzung kann Françoise Berger in keiner Weise nachvollziehen. Sie übte gegenüber dem SR harsche Kritik an der Einschätzung ihrer deutschen KollegInnen: »Die Akten waren sehr genau, es gab viele Zeugen. Man kann nicht einfach

in einigen Minuten oder mit ein wenig Lektüre die Arbeit mehrerer Wochen infrage stellen, die nach den Regeln des Völkerrechts gemacht wurden.« Dies sei gefährlich und verarmlosend, urteilt Berger.

Die Argumentation weist auch eine gefährliche Nähe zu rechtsradikaler Propaganda auf, die die juristische Aufarbeitung der deutschen Verbrechen gegen die Menschheit in Nürnberg, Rastatt, Dachau und anderswo als »Siegerjustiz« ablehnt: Ernst Röchling ist nun per Beschluss der Universität des Saarlandes kein Kriegsverbrecher mehr, sondern ein Opfer der französischen »Siegerjustiz«, der innerlich immer vom Nationalsozialismus distanziert gewesen sei. Diese »innere Haltung« wird im Saarland bis heute angeführt, um verbrecherisches Handeln zu beschönigen.

Die Universität kündigte nun an, eine Doktorarbeit forcieren zu wollen, welche die Rolle der Ehrensensoren der Universität des Saarlandes während der NS-Zeit und danach kritisch beleuchten soll. Wer diese Arbeit übernimmt, wer sie betreut und wann sie beendet sein wird, ist offen. Dabei sind alle Fakten bekannt. Was fehlt, ist der politische Wille, die Ehrung von Kriegsverbrechern zu beenden. Der Schaden, der durch dieses Verhalten der saarländischen Demokratie und der guten Nachbarschaft zu Frankreich zugefügt wird, scheint nur wenige im Land zu beunruhigen.

»Dafür haben wir diese Leute nicht nach Saarbrücken geholt«

Der »Notstands«-Konflikt 1968 an der Universität des Saarlandes.
Zugleich ein Beitrag zur Röder-Debatte

Von Rainer Eisfeld

Der Politikwissenschaftler und Publizist Professor Rainer Eisfeld hat für die Saarbrücker Hefte einen Aufsatz über das Jahr 1968 an der Saar-Uni geschrieben. Neben erhellenden Details zur Geschichte der Universität schildert er den heute weitestgehend vergessenen Konflikt zwischen dem rechts-katholischen Lager um den damaligen Ministerpräsidenten Franz-Josef Röder und dem bekannten linksliberalen Politologen Christian Graf von Krockow. In diesem Heft drucken wir den ersten Teil des Aufsatzes; der zweite Teil folgt in der Sommerausgabe der Hefte.

1968 veröffentlichten die saarländische Studentenzeitung *speculum* und der nach Berliner Vorbild gegründete Republikanische Club Saarbrücken gemeinsam in 5.000er-Auflage einen vierseitigen Sonderdruck, betitelt: Unfranzösische Zustände oder die Auseinandersetzung des Grafen Krockow mit dem hiesigen Landesvater. »Französische Zustände« à la Pariser Mai auch für die Bundesrepublik sollte der Saarbrücker Lehrstuhlinhaber für Politikwissenschaft, Christian Graf von Krockow, angeblich auf einer Kundgebung gegen die Notstandsgesetze gefordert haben. Sie bildeten das Reizwort, das durch eine Kontroverse geisterte, welche sich im Anschluss an eine Pressekonferenz Franz-Josef Röders entwickelte. Der Konflikt wirft Licht auf Röders politisches Gebaren während seiner dritten Ministerpräsidentenschaft (1965–1970) ebenso wie auf die saarländische Medienlandschaft jener Jahre.

Die Universität

Mehr als 6.000 Studenten zählte die Universität des Saarlandes Mitte der 1960er-Jahre. Fast 40 % stammten aus anderen Bundesländern. Was motivierte sie, sich für das abgelegene Saarbrücken zu entscheiden?

Vorweg natürlich die niedrigen Studiengebühren. An Westdeutschlands Universitäten entrichtete man damals »Unterrichtsgelder«, die sich samt Sozialbeiträgen auf 150 (Heidelberg 1960) bis 250 DM (Frankfurt 1969) pro Semester beliefen. In Saarbrücken betrug die Semestergrundgebühr gerade mal 18 Mark. Inklusive Versicherung und Studentenwerksbeiträgen kam man auf 40 DM. Für Studenten in ewigen Finanznöten kein geringer Unterschied.

Zu derart handfesten Erwägungen gesellte sich jene »Verlockung«, von der Ralf Dahrendorf, 1954–1957 Assistent an Saarbrückens Universität, später in seinen Erinnerungen schwärmen sollte (Dahrendorf 2002: 13): »Paris 399 km« verhiess ein Wegweiser im Stadtzentrum.

Nicht nur Schlapperpullover à la Saint-Germain mit »Exi«-Note, nicht bloß »Dösche-wos«, alias »Enten«, mit gewöhnungsbedürftiger Gangschaltung lieferte das Nachbarland. Auch schwarze Zigaretten (vorzugsweise Gauloises Caporal, in der blauen Packung mit gallischem Flügelhelm) und kratziger algerischer Rotwein (»Château Migraine«) stammten von dort. Nicht zu vergessen, die schnoddrigen Filme Eddie Constantines, die unter begeisterten Zwischenrufen (»Bleib sauber, Eddie«) unentwegt im Studentenkino liefen. Ein erfolgreiches Programm kino, die

»Camera«, gab's obendrein, das Jean Cocteau's La Belle et la Bête zeigte, Louis Malles Die Liebenden oder Jean-Luc Godards Une femme est une femme.

Die Universität selbst konnte mit Dr. jur. Franz Josef Degenhardt (»Väterchen Franz«) aufwarten, 1961–1969 Assistent für Europäisches Recht. Seit 1963 sang er im Saarbrücker »Hades« von den Schmuttelkindern, von bundesdeutscher Pseudoidylle (»Da frierst du vor Gemütlichkeit«) und vom trügerischen Paradies, das Tonio Schiavo und andere, aus dem Mezzogiorno kommende Malocher »irgendwo bei Herne« vorfanden.

Saarbrücken war eine Campus-Universität »avant la lettre«, längst ehe der Begriff sich eingebürgert hatte – von dem Augenblick an, als sie 1948 die Below-Kaserne (benannt nach einem Weltkrieg-I-General) im Stadtwald nahe Dudweiler bezogen hatte. Erhalten aus der Gründungszeit blieb auch hier ein Stück durchgängige Frankreich-Orientierung. Den Rotwein (laut Wolfgang Koeppen Algeriens »Rache am französischen Mutterland«) konnte man im Mensaladen erstehen, die Flasche für 65 Pfennig. Camembert kostete ein Drittel mehr. Abends hatte die Mensa eine Stunde geöffnet. Meist gab's Bauernfrühstück, von Witzbolden zu »Arbeiter- und Bauernfrühstück« verfremdet.

Bereits im Herbst 1955 war die erste Ausgabe der Studentenzeitung speculum erschienen. Spätere prominente Journalisten wie Heiko Flottau (Jahrgang 1939, Süddeutsche Zeitung) und Robert Leicht (Jahrgang 1944, ZEIT) verdienten sich dort ihre Sporen als Chefredakteure. Spätestens seit der Spiegel-Affäre nahm auch beim speculum die Rolle politischer Kritik zu. Zum studentischen Reizthema entwickelte sich verklemmte Sexualmoral, die zwanghafte Prüderie des »gesunden« Volksempfindens. Im Mai 1967 druckte speculum das ganzseitige Foto einer von Kopf bis Fuß in Nonnentracht gehüllten Audrey Hepburn unter der Überschrift »Sex an der Saar«. Hinzugefügt war der verfremdete Leitspruch »Mir wisse, was gudd is«, mit dem Saarländer sich als bekennende Genießer zu offenbaren pflegten.

Der SDS freilich blieb, aller studentischen Politisierung zum Trotz, in Saarbrücken schwach. Im Wintersemester 1968/69 zählte er ganze 22 Mitglieder, darunter 6 Frauen (Pilzwegger 2015: 80 Anm. 52). Hier wie

allerorten zerlegte er sich nach dem Abebben der eigentlichen Studentenrevolte in dogmatische Politsekten. Den Spaltungen fiel auch speculum, mittlerweile von einem Redaktions»kollektiv« gestaltet, zum Opfer: 1971 zerstritten Blattmacher und AStA sich heillos.

Hauptakteure (1): Der Wissenschaftler

Dreispartig druckte die ZEIT am 9. August 1968 unter der Überschrift »Kein Abschiedessen« die ungewöhnliche Leserzuschrift eines saarländischen Juristen ab. Sie galt einem jüngeren Wissenschaftler, der – »des kollegialen Rückhalts beraubt« – der Universität Saarbrücken vorzeitig den Rücken gekehrt hatte, um einem Ruf nach Frankfurt als Nachfolger Carlo Schmid's zu folgen, und dem niemand »auch nur ein Abendessen bereitet« hatte, ehe er Saarbrücken verließ.

Verfasst hatte die Zuschrift der 58-jährige Staats- und Verwaltungsrechtler Herbert Wehrhahn. Während des Krieges als Anwalt in Berlin tätig, hatte er sich der Bekennenden Kirche als Rechtsberater zur Verfügung gestellt. Wie schon in seiner Vorlesung rügte er, dass der Akademische Senat sich in der Sache, um die es ging, distanziert verhalten hatte. Die gleiche Kritik übte sein juristischer Kollege, der 45-jährige Rechtsphilosoph und Strafrechtslehrer Arthur Kaufmann. Der Wissenschaftler, um den es dabei ging, war der Politologe Christian Graf von Krockow, 1965 von der Pädagogischen Hochschule Göttingen nach Saarbrücken berufen. Die entsprechende Professur war, wie in anderen Bundesländern, errichtet worden nach langjährigen Bemühungen um die Einführung des Schulfachs Sozialkunde. Schubkraft verliehen hatten ihnen 1959 die antisemitischen Aktionen großenteils jugendlicher Täter – beschmierte Gedenksteine und Synagogenwände, geschändete jüdische Friedhöfe, »Juden raus«-Parolen.

Der »Fall«, der Kaufmann und Wehrhahn beschäftigte, begann mit einer Rede, die Krockow auf Saarbrückens Theatervorplatz bei einer Kundgebung gegen die Notstandsgesetze hielt. Aus seiner grundsätzlichen Einstellung hatte er in einem speculum-Interview gleich 1965 kein Hehl gemacht. Auf die Frage »Werden Sie sich in Ihren Übungen und

Seminaren mit Missständen im Verfassungsleben der Bundesrepublik auseinandersetzen?« hatte er erwidert:

»Soweit sie [das] Problem der freiheitlich-demokratischen Grundordnung berühren, verfehle ich meinen Lehrauftrag, wenn ich mich mit diesen Tendenzen nicht kritisch auseinandersetze. Und dass wir uns heute in Richtung auf eine schleichende autoritäre Aushöhlung der freiheitlichen Ordnung bewegen, das scheint mir kaum zu übersehen zu sein.«

Krockow war dabei, sich in seinem Fach einen Namen zu machen. Entsprechend gewirkt hatten seine beiden ersten Bücher – Die Entscheidung, eine brillante, 1990 wieder aufgelegte Auseinandersetzung mit einer so zentralen wie fatalen Kategorie im Denken Ernst Jüngers, Carl Schmitts und Martin Heideggers; anschließend Soziologie des Friedens, eine für die damalige Zeit kaum minder bemerkenswerte Studie über gesellschaftliche Entwicklungen, die eine Überwindung des Ost-West-Konflikts ermöglichen könnten.

Beigetragen zu Krockows Bekanntheit hatte außerdem ein Aufsatz mit dem programmatischen Titel »Staatsideologie oder demokratisches Bewusstsein. Die deutsche Alternative«, erschienen 1965 in der Politischen Vierteljahresschrift. Darin setzte er sich mit Ernst Forsthoff auseinander – jenem Juristen, der 1933 den »Ehrgeiz« entwickelt hatte, sich »als Deuter, Stichwortgeber und Propagandist des Nationalsozialismus einen Namen zu machen« (Meinel 2011: 71), auf mehrere Professuren gelangt, 1937 der NSDAP beigetreten war. Obgleich er »sich auf das Grundgesetz nie ernsthaft eingelassen« hatte, war Forsthoff nach 1949 »zu einem der gefragtesten und erfolgreichsten Rechtsgutachter und Regierungsberater in seinem Fach« avanciert (Meinel 2011: 356). Krockow nahm kein Blatt vor den Mund: Nachdem er »auf die fatale Kontinuität eines Denkens« verwiesen hatte, das »bereits unter anderen Vorzeichen gesellschaftsbestimmte Demokratie und Staatsautorität zur Alternative erklärte«, fügte er hinzu: »Vgl. Forsthoff: ›Der Totale Staat‹, Hamburg 1933, S. 24 ff.«

Das war nicht bloß deutlich. Es fiel auch aus dem Rahmen: An die braune Vergangenheit von Wissenschaftlern oder Politikern vor respektablem Publikum zu erinnern, galt in weiten Kreisen als unschicklich. Mit seinem

Aufsatz hatte Krockow sich im Sinne einer Politologie positioniert, die sich emphatisch als Demokratiewissenschaft verstand.

Der Vorgang

Nun also die Notstandsgesetzgebung – oder, präziser, die von mehreren Bundesregierungen betriebene weitreichende Grundgesetzänderung für den Fall innen- oder außenpolitischer Krisen. Auf die Pläne fiel jedoch der Schatten des Notverordnungs-Artikels 48 der Weimarer Verfassung. Dessen missbräuchliche Ausweitung durch Reichspräsident Hindenburg hatte die Zerstörung der Weimarer Republik forciert. Das Vorhaben stieß deshalb auf den Widerspruch von SPD und Gewerkschaften. Zunehmend regte sich Protest auch an den Universitäten, erst recht im Gefolge der Spiegel-Affäre.

In dem Maß, in dem der Widerstand gegen die Notstandsgesetze bei SPD und Gewerkschaften zu bröckeln begann, versteifte er sich an den Hochschulen. Als CDU / CSU und SPD 1966 die erste Große Koalition schlossen, vereinbarten sie die Verabschiedung einer Notstandsregelung. Im Parlament standen gerade noch 49 Oppositionsvertreter der FDP einer Mehrheit von 469 regierungsnahen Abgeordneten gegenüber. Was Wunder, dass das Ungleichgewicht eine außerparlamentarische Opposition (APO) entstehen ließ, die teilweise antiparlamentarische Züge annahm.

Besänftigend auf die Notstandsgegner wirkte auch nicht unbedingt, dass der Kanzler der Großen Koalition, Kurt Georg Kiesinger, am 1. März 1933 der NSDAP als Pg. Nr. 2 633 930 beigetreten war. Unter Ribbentrop war er beim Auswärtigen Amt aufgestiegen zum Ministerialdirigenten und Vizechef der Rundfunkpolitischen Abteilung, »kraft Amtes beteiligt« an einer Auslandspropaganda, die »mit antisemitischen Versatzstücken in unterschiedlicher Intensität und Färbung operierte« (Kiesinger-Biograf Philipp Gassert; vgl. Gassert 2006: 128, 141). Sein Anteil an dem, was man als Elitenkontinuität vor und nach 1945 bezeichnet hat, trug dem Kanzler den bekannten Backenstreich Beate Klarsfelds ein.

Nicht bloß Studierende mobilisierten an den Hochschulen gegen die Notstandsgesetze. Für den Notstand der Demokratie betitelten

Frankfurter Kongress im Herbst 1966 fungierte ein Kuratorium als Veranstalter, dem außer Schriftstellern wie Heinrich Böll, Erich Kästner und Martin Walser knapp zwei Dutzend Professoren angehörten. An der Abschlusskundgebung nahmen mehr als 20.000 Menschen teil. Anderthalb Jahre später, beim Sternmarsch der Notstandsgegner auf Bonn am 11. Mai 1968, hatte die geschätzte Zahl sich verdoppelt.

Doch so friedlich der Sternmarsch verlief: Die Grundstimmung hatte sich verändert, und das nicht erst seit dem Attentat auf Rudi Dutschke vier Wochen zuvor. Beim Schah-Besuch in Westberlin am 2. Juni 1967 hatte die Polizei sich »als wildgewordenes Rollkommando« (ZEIT-Korrespondent Kai Hermann) gebärdet. Gemeinsam hatten Senat und Polizei nach Benno Ohnesorgs Erschießung durch einen Polizisten, so Herrmann, »durch Falschmeldungen (und) Verweigerung von Informationen« die Umstände der Tötung »verschleiert«. Nichts aber hatte Öffentlichkeit und APO so aufgewühlt wie der Mordversuch an Dutschke (an dessen Spätfolgen er ein Jahrzehnt später starb). Quer durch die Bundesrepublik kam es Mitte April 1968 zu den heftigsten Zusammenstößen seit ihrem Bestehen zwischen Hunderttausenden von – teilweise militanten – Demonstranten und mehr als 20.000 Polizisten.

Wie sollten Politik und Gesellschaft auf die »Osterunruhen« reagieren? Am 13. und 14. April 1968 sprachen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) und Bundesjustizminister Gustav Heinemann (SPD) über Rundfunk und Fernsehen. Heinemann beschwor als gemeinsames Band das »große Angebot« des Grundgesetzes, das es als »Lebensform« im Sinne demokratischen Verhaltens zu verwirklichen gelte. »Wir alle« seien zur Besinnung aufgerufen, »wir Älteren« hätten uns zu fragen, ob wir für »Teile der Jugend unglaublich« geworden seien.

Doch wie stand es um dieses Grundgesetz? Würden die geplanten Regelungen sich verfassungsergänzend auswirken oder am Ende doch verfassungsdurchbrechend – eine Befürchtung, der Krockow in seiner Rede vor dem Stadttheater Saarbrücken Ausdruck gab (Krockow 1968a; ders. 1968b, auch zum Folgenden):

»... Ist ein Notstandsgrundgesetz noch das verbindende von 1949? Ich fühle mich als

Hochschullehrer ganz persönlich betroffen: Mit den Notstandsgesetzen wird die Substanz des Eides verändert, den ich aufs GG abgelegt habe.«

Für den Fall eines inneren Notstands verwies Krockow auf die im Grundgesetz enthaltenen Regelungen: Parteienverbot und Verwirklichung von Grundrechten – »mit gutem Grund weder dem Parlament, noch der Regierung, noch Notstandsübungen überlassen, sondern dem Bundesverfassungsgericht«.

Krockow weiter:
»Was den äußeren Notstand betrifft, so kann ich mir eigentlich nur eines denken, was ihm wirklich vorbeugt: eine konsequente, mutige Entspannungs- und Friedenspolitik gegenüber allen Völkern und Staaten Osteuropas.«

Krockow ließ freilich keinen Zweifel daran, dass der Zug in seinen Augen abgefahren sei. An der »Solidarität von Akademikern und Arbeitern ... in kritischer Lage«, die »in Frankreich ... möglich sei und sich immer neu herstelle«, mangle es in Deutschland. Deshalb bleibe nur »das ständige, nicht nachlassende Bemühen um kritische Bewusstseinsbildung«, der »Kampf um die Verwirklichung und Sicherung von Demokratie in Staat und Gesellschaft« – »angefangen, doch nicht endend am Ort unserer eigenen, unmittelbaren Verantwortung, in der Universität«.

» Vermutungen über Ullrich Kerker

Von Uwe Loebens

1. Es könnte ein Busch sein, der in einer Dünung den Winterstürmen trotzt. Sein feingliedriges, stacheliges Geäst greift schon seit undenkbaren Zeiten in den leeren Himmel. Der Zeichner und Druckgrafiker Ullrich Kerker hat mit rhythmischen, wie aus sich selbst herauswachsenden Strichen die Verhärtungen des Geästs auf einer kleinen Radierplatte festgehalten. Es bleibt offen, ob es aus der absichtsfreien Zeichenbewegung heraus entstanden ist, ob es den Widerschein einer fernen Erinnerung (vielleicht des Betrachters) reflektiert oder eine flüchtige Skizze auf der Radierplatte konkretisiert.

2. Ullrich Kerker ist ein Sammler von Eindrücken, seine besondere Aufmerksamkeit gilt kleinen beiläufigen Entdeckungen am Wegesrand, die er bis heute auf seinen Gängen mit einem angespitzten Bleistiftstummel in wenigen Strichen in seinen kleinen selbst gebundenen Notizbüchern einträgt: ein windschiefer Lattenzaun, ein Linienrhythmus in der Landschaft, ein alter Gullydeckel, anderes mehr. Er sammelt sie als vernachlässigte oder angedachte Gedanken, als Möglichkeiten des Denkens. Sie können, aber sie müssen nicht Auslöser und Gegenstand weiterer künstlerischer Bearbeitung werden. Er bewahrt sie um ihrer selbst willen.

3. Seine künstlerische Arbeit ist geprägt von einem respektvollen Verhältnis zu Papieren aller Art, leerem und bedrucktem, neuem und gealtertem Papier – und zu allem, was druckt, zeichnet, im übertragenen Sinn schreibt und Zeichen setzt. Ullrich Kerker nutzt sie nicht als Medium für Botschaften, sondern lässt sie zu Wort kommen. Selbst eine darstellende Linie ist der Verweis auf die Zeichenbewegung an sich. In seinen Radierungen, Lithografien, Walzendrucken, Monotypien bringt er den Druckstock als Material zum Sprechen, erkundet seine innewohnenden Möglichkeiten und lockt sie hervor. Die Jahresringe eines unregelmäßig geformten flachen Holzstücks zum Beispiel. Per Walzendruck abgezogen, verändert sich ihre Spur auf dem Papier durch die Zufälligkeit jedes manuellen Druckvorgangs um Nuancen. Dass Ullrich Kerker die Ergebnisse entlang entstandener Formen ausschneidet und sie wie einen Schwarm aufstiegender Vögel über eine Atelierwand verteilt, wirkt wie ein Verweis. Wurden hier Gedanken über das Zeitvergehen aufgescheucht?

4. Rechtfertigte es den Aufwand, würde Ullrich Kerker das Papier, das er verwendet, selbst schöpfen. Er ist ein herausragender Druckgrafiker, der tief in die Seele der angesichts von Digitalprints vorsintflutlich wirkenden Druckpressen eintaucht. Jedem Arbeitsschritt hin zu einem fertigen Ergebnis misst er gleichermaßen Bedeutung bei und lässt sich von den sinnlichen und haptischen Qualitäten der einzelnen Schritte leiten und inspirieren. Wenn er eine Folge von kleinen Zinkätzungen, die wie zerklüftete Eilande auf der weiten weißen Fläche dahindriften, zu einem von ihm mit Stichel und Faden gebundenen Heftchen zusammenfasst, erzählen sie plötzlich eine Geschichte über das Drucken und das sich mit jedem Druckvorgang erneuernde Erstaunen. Man könnte vom Prozess als integrealem Ausdruck seiner künstlerischen Arbeit sprechen. Aber derlei wohlfeile Formulierungen werden Ullrich Kerker, der höflich hinter seine Werke zurücktritt, nicht gerecht.

5. Es könnte ein Fohlen sein, das auf noch unsicheren Beinen über eine neblige Wiese streift. Regelmäßig tauchen auf Ullrich Kerkers Werken Reflexe aus der Natur auf, Tiere, Blätter, Pflanzenformationen, aber sind sie wirklich ein Staunen über die Erscheinungen oder die Spur seines Nachdenkens oder beides? Das muss der Betrachter selbst herausfinden.



Radierung, 2022, Originalgröße



Wandarbeit, 2022, 5 x 4,4 Meter. Foto: Esther Degen





Radierung, 2022, Originalgröße



Radierung, 2022, Originalgröße



Radierung, 2022, Originalgröße

» Zehn Jahre Poetikdozentur für Dramatik

Der Dramatiker Ewald Palmethofer zu Gast in Saarbrücken

Von Isabelle Bastuck

Nach einer zweijährigen Corona-Pause fand in diesem Sommer erneut die Saarbrücker Poetikdozentur für Dramatik statt. Organisiert wurde sie von der Universität des Saarlandes in Zusammenarbeit mit dem Saarländischen Staatstheater, der Stadt Saarbrücken und der VHS. In diesem Rahmen werden Theater-schaffende aus dem deutschsprachigen Raum mit der grundsätzlichen Frage nach der Bedeutung von Theater konfrontiert und dazu eingeladen, ihre Ansichten öffentlich in drei aufeinanderfolgenden Vorträgen dem Saarbrücker Publikum darzulegen. Dieses Jahr war der österreichische Dramatiker Ewald Palmethofer zu Gast.

Ein ungerades Jubiläum

Seit 2012 organisiert Dr. Johannes Birgfeld vom Fachbereich Germanistik der Universität des Saarlandes die jährlich stattfindenden Lesungen. Anfangs sollten es nur fünf Dozenturen werden, dann zehn. Schließlich feierte die Reihe in diesem Jahr ihr pandemiebedingt ungerades Jubiläum. Das Ziel dieser Vortragsreihe sei es, jedes Jahr einer Stimme der deutschsprachigen Gegenwartsdramatik einen Raum zu geben. »Wir möchten DramatikerInnen einladen«, so Birgfeld, »die im deutschsprachigen Raum Theater machen und dabei Theaterformen oder Stimmen entwickelt haben, die sich auf ihre ganz eigene Weise je als besonders originell und bemerkenswert, als bahnbrechend oder zukunftsweisend erwiesen haben.« So kamen in den vergangenen Jahren etwa Rimini Protokoll, She She Pop, Roland Schimmelpfennig, Falk Richter oder Milo Rau nach Saarbrücken, die eine Auswahl an wichtigen Stimmen des Gegenwartstheaters repräsentieren.

Mit dem Fokus auf das Theater will sich die Saarbrücker Veranstaltung profilieren. Zwar

finden seit der Begründung der Frankfurter Poetikvorlesungen im Jahr 1959 im deutschsprachigen Raum an rund 30 Standorten ähnliche Vorträge statt, die Anzahl der ausgewiesenen TheaterautorInnen darunter sei laut Birgfeld jedoch verschwindend gering: »Anders gesagt: Die Dramatik ist in den Poetikvorlesungen im Land radikal unterrepräsentiert. Die Saarbrücker Poetikdozentur tritt dagegen an.« Der Fokus solle daher darauf liegen, Gespräche über das Gegenwartstheater in öffentlichen Begegnungsräumen zu führen, die ohne Schwellenangst betreten werden können. Die Veranstaltung richtet sich damit ausdrücklich an alle Theaterinteressierten, wenn auch das fachspezifische Publikum aus Universitätsmitarbeitenden und Studierenden überwiegt.

Palmethofers literarisches Theater

In diesem Jahr war Ewald Palmethofer Gast in Saarbrücken. Der Österreicher wurde 2008 zum Nachwuchsdramatiker des Jahres gekürt und gewann unter anderem 2015 den Mühlheimer Dramatikerpreis mit seinem Stück »die unverheiratete«. Seine Texte verhandeln in oft existenzialistisch anmutenden Monologen die Herausforderungen für das Individuum im Anblick der Probleme unserer Zeit. Dieses Thema zeigt sich bereits in der Eröffnung seines Stücks »die verlorenen«. Dort fühlen sich die namenlosen Figuren nicht gesehen, sie suchen nach etwas Greifbarem, sehen sich nach einer Offenbarung: »hallo? hört uns jemand?«

Fragen, etwa um die postmoderne Ohnmacht, die sinnentleerte Welt und das Streben nach Wahrheit, bearbeitet er auf stark literarisierte Weise und macht die Sprache dabei zur tonangebenden Kunstform. Genau dies macht auch nach Johannes Birgfeld die

Dramatik Palmetshofers aus: »Seine Sprache ist rhythmisiert, alle Worte haben ihren unverrückbaren Platz im Stück und in der Figurenrede, hier wird Text ganz genau organisiert.« Gleichzeitig entwerfe er »bedrängende Analysen unserer Welt, die querstehen zum Meinungsrauschen des Alltages und der banalisierten Kommunikation in der Mehrheit der anderen Medien«. Gewöhnliches wie die Begegnung mit einem Reh auf der Landstraße wird so etwa zu einer unheimlichen Erfahrung der Entfremdung des Menschen von der Natur.

Palmetshofers Kunstsprache hat noch eine weitere, eine politische Dimension: Indem er alle Figuren eine gemeinsame Sprache sprechen lässt, radiert er auf dieser Ebene deren Klassenunterschiede aus. Eine poetische Ausdrucksweise schafft so eine grundlegende Ebene der Verständigung zwischen den unterschiedlichsten Menschen. Palmetshofer nimmt seine Figuren dabei jedoch immer ernst: Sich ausdrücken zu können, dient hier zur Emanzipation des Einzelnen gegenüber seinem sozialen Raum.

»Ich schreibe für die Körper.«

Ungeachtet des starken Fokus auf die Sprache betrachtet Palmetshofer seine Stücke nicht als Lesedramen, sondern erst in der Inszenierung könne sich das Stück entfalten. Unter dem Titel »Körper. Schreiben.« erklärt er die Beziehung zwischen Stück und Aufführung bildhaft als Kochrezept: »Die transformative Übersetzung, die ich meine, bezeichnet den Übergang vom Rezept zum Essen des Gerichts. Der Text verhält sich zur Aufführung wie eine Seite eines Kochbuchs zum Verzehr.« Der Text brauche also eine Verkörperung, sprich, eine Inszenierung, um zu wirken.

Ein ausgewiesenes Ziel seines Theaters ist das Auslösen von Affekten bei seinem Publikum. Palmetshofer spricht beispielsweise von persönlichen Erfahrungen, die gar körperliche Reaktionen hervorgerufen haben, er beschreibt seinen Weinkrampf beim Anblick eines brennenden Hauses in der Corona-Isolation und den Kreislaufkollaps seiner Schwester bei einem Freilufttheater zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus: »Von Körpern ausgelöst, in Körpern ausgelöst«, mit der Sprache als »Fern-Kraft« der Körper, die

über die Entfernung – von Text zu Aufführung, aber im Besonderen von SchauspielereInnen zum Publikum – wirken kann. Selbstkritisch spricht er in der letzten Lesung aber auch von den Tücken jenes Transfers vom geschriebenen Text zum unkontrollierten Output, den er beim Publikum hervorruft: »Der Text zeigt seine Fallstricke erst im Tun.«

Mit seinem Schreiben will Palmetshofer Widerstand leisten gegen das Zeitverständnis einer leeren Jetztzeit und dem Ende der Geschichte in der Postmoderne. Er tritt ein für ein wirkmächtiges Theater mit gesellschaftlichem Einfluss, welches Verständnis schaffen soll für die »Veränderbarkeit der Situationen, unter denen Menschen leiden« und für die »Wirksamkeit der Gegenwart«.

Die Druckfassung der Lesung erscheint im kommenden Jahr im Alexander Verlag Berlin.



Stiftung Demokratie Saarland
Europaallee 18, 66113 Saarbrücken

Unsere nächsten Veranstaltungen:

12.12.2022

Politisch. Kulturell. Sozial: 28 Räume für Engagement

Diskussion mit Myriam Göttisheim & Andreas Rebmann

19.12.2022

Putins Krieg und der „neue Ostblock“: Wie verteidigen wir die Demokratie?

Vortrag von Albrecht von Lucke

16.01.2023

Im Rausch des Aufbruchs: Deutschland 1923

Vortrag von Christian Bommaris

20.01.2023

60 Jahre Elysée-Vertrag

Diskussion mit Prof. Dr. Henri Ménudier, Heiko Maas & Prof. Dr. Adolf Kimmel

30.01.2023

Wir Mobilitätsmenschen: Wege und Irrwege zu einem nachhaltigen Verkehr

Vortrag von Dr. Benedikt Weibel

02.02.2023, 19:00 Uhr!

Der Geist von Turin: Pavese, Ginzburg, Einaudi und die Wiedergeburt Italiens nach 1943

Lesung mit Maïke Albath

im Rahmen der Lesereihe BÖLL & HOFSTÄTTER

06.02.2023

Die Zerstörung der Vernunft: Über die Gefahren Künstlicher Intelligenz für Autonomie und Demokratie

Vortrag von Matthias Pfeffer

Alle Veranstaltungen beginnen in der Regel um 18:00 Uhr. Eventuell notwendige Corona-Maßnahmen entnehmen Sie bitte unserer WebSite unter www.sdsaar.de

» Übrig bliebe ...

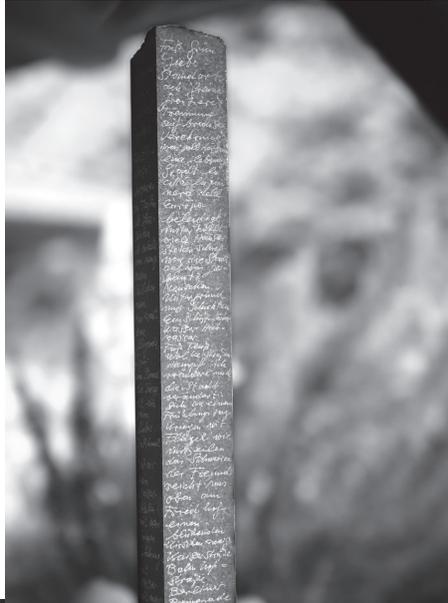
Von Sonja Ruf

1.
Übrig bliebe das Brauchbare gebannt und gefangen
ruhen Äbte in römischen Badewannen
unterm Fuß eines lächelnden Engels
Wasser sei Dreck höre sie rauschen für Frauen
öffnet das Schaumbergbad montags 3 plaudern
eine schwimmt still in Gedanken
das Grab sei der letzte Garten
eine Nomadin könne kein reines Wasser finden doch habe
ihr Geliebter alle Tugenden des Wassers
wie das Wasser müsse die Sprache tragen.

2.
Wie das Wasser müsse die Sprache tragen
den Papiertraum träumten die Steine die Tage
wüchsen in der Nacht während die Windräder blinken
und
vom Herzkopfmagneten geleitet der Gedanke unsichtbar schwebte
sie fahre aus aufs Papier fasse in ihren Netzen
die schöne Bäckerin im Bäckerladen
die gebrechliche Frau mit den 2 Einkaufstüten
die ihr die Arme aus dem Leibe zögen
all solche Dinge
es zählte die Luft es zählten die Schmetterlinge.

3.
Es zählte die Luft es zählten die Schmetterlinge
die Liebe gelte es in Schwung zu halten
für mich für mich für mich seist du der Schönste
unter dem Vordach schwimmt ein weißes Kleid im Winde
abseits vom Körper fliegt es höher
einmal vergaß den Eimer ich zu schließen
am Morgen sah ich Maden aufwärts wimmeln
der Wind blies mir den Kopf frei kraulte
im Haargetümmel das junge Gerstenfeld und ließ es rieseln
ich ging vom Hof den Aufwind nutzten 2 Milane.

4.
Ich ging vom Hof den Aufwind nutzten 2 Milane
Karfreitagsratschen Schnalzen der Fasane
roströtes Tor Westwall und Mithrashöhle
Krieg
sie erführe jeden Tag zu viel erführe jeden Tag das Falsche
sei wie mit Strippen an die Buchstaben gebunden
im Halse
bliebe ihr die Schönheit stecken das Gelumpe
verbirgt sich unter marmorierter Scheibe
ein weißes frisch gebornes Schlänglein
Hirnschlänglein züngeln Alles Gute.





5.
Hirnschlänglein züngeln Alles Gute
meine Gedanken die die Landschaft fluten
begegnen jenen die ins Off gewechselt
wo sich die Wünsche vor den Fenstern krümmten
stachelige Raupenhaare Malven Walderdbeeren duften nach Tinte
Eisvogelblau im Fuchsbau dann die Schwäche
ein mandelförmiges Gesicht mir vorzustellen
menschliche Stimmen aus dem Radio zu hören
hier wohnten Menschen wie in tausend Jahren
die täglich übten von sich abzusehen.

6.
Sie übten täglich von sich abzusehen
betrachteten die Dinge aus der Stille
montierten Ketten die an jeder Stelle aufzuklinken waren
Tiefflieger Flözarm Supermarkt Bahnhöfe Wendeplatte Kreisverkehr Telefonstangen laute Straßen
bewanderte gelehrte Freunde
Wiesen auf denen sie prachtvoll aufgebahrt gelegen hätten
bestickt mit blauen weißen rosafarbenen Knöpfen
die Angst käme mit der Rechnung
so lange sie nicht zahlten durften sie hocken bleiben
es ist zu heiß ich geb den Tag verloren.

7.
Es ist zu heiß ich geb den Tag verloren
obwohl es für den 1. Satz vieltausend Möglichkeiten gäbe
am Bahndamm wälzen Pferde sich in Zebamänteln
der Horizont verneigt sich und die Hügel buckeln
vor hoch gebauschten Abendwolken
ich tus für Leo sagte Tim und mäht den Rasen
für Leo die das sagen lächeln
er habe sie gelehrt nicht vor der Zeit stark sein zu müssen
wir finden ihre Worte ihren Stil zu denken
im Basalt sandgestrahlt und für lange.

Dialog an der Damra

Von Sonja Ruf

Im Gedicht »Übrig bliebe ...« verweben sich zwei Stimmen, die der Schriftstellerin Felicitas Frischmuth – und meine.

Der Dialog entstand im Sommer 2022, als mich Cornelië Lagerwaard im Namen des »Vereins Straße des Friedens« (s. u.) an einen zauberhaften Ort in der Gemeinde St. Wendel einlud: die Damra. Die Damra, die ihren alten Namen möglicherweise den Wörtern Damm und Ried verdankt, liegt oberhalb der Blies und unterhalb des Skulpturenfeldes am Symposion Balterweiler. Der schöne Begriff Damra umfasst nicht nur ein altes Haus mit Bildhauerwerkstatt, Kunstdepot und Weinkeller, sondern auch einen Garten und eine Wiese voller Obstbäume und Skulpturen. Dort wohnte Felicitas Frischmuth seit Dezember 1959 mit dem Bildhauer Leo Kornbrust.

Draußen und drinnen, überall begegnete ich Frischmuths Wörtern – auf Granitblöcken, Steintafeln, auf Postkarten, Flyern, auf handgeschöpftem Papier, in Anthologien, in Künstlerbüchern, limitierten Drucken, Zeitschriften und eigenständigen Veröffentlichungen verschiedener Verlage. Und montierte aus dem, was ich an der Damra vorfand oder auf meinen Streifzügen formulierte, einen neuen, zweistimmigen Text, ein Gewebe, Geflecht, Mosaik, Kettenhemd oder Plaid – was immer Sie wollen.

Zehn Zeilen pro Woche, sieben Wochen lang. Es ging nur um sie und um mich und das Glück mit den Wörtern. Es ging um die wellige Schönheit des St. Wendeler Landes. Ich stand oft da, und meine Blicke wollten »die Landschaft fluten«.

Frischmuth hätte nichts gegen die Collage einzuwenden gehabt, da bin ich mir sicher, denn sie arbeitete selbst halb-dokumentarisch mit Textfundstücken und stellte häufig Zitate aus ihren Gedichten anderen Künstlern, vor allem Zeichnern oder Bildhauern, zur Verfügung. Diese Zitate scheinen willkürlich herausgelöst aus Kettengedichten, die selbst weder Anfang noch Ende zu haben scheinen.

Frischmuth sagte 1974 im Saarländischen Rundfunk im Gespräch mit Arnfrid Astel, sie wollte keine Literatur machen, sondern Texte einer bestimmten Lebenssituation aufmerksam kontrolliert artikulieren. Zitat: »Das heißt, ich bin also vielmehr im Leben als in der Literatur eigentlich zu Hause.« Und wirft dennoch poetische Angelhaken nach mir aus: Haargetümmel, Herzkopfmagnet, Hirnschlinglein.

Beispielhaft seien hier die ersten Zeilen unseres Gedichtes enträtselt. Was fand ich vor? Wie verknüpften sich die Funde zu diesen Zeilen? Im Garten an der Damra steht auf einer Skulptur von Leo Kornbrust ein Zitat der Frischmuth: »Was brauchbar zurückbleibt.« Am Fuß des Schaumberges finde ich den Hinweis auf das Badehaus, das mit dem Kloster Tholey überbaut wurde, und auch darauf, dass die römischen Wasserbecken den ersten Äbten als Sarkophage dienten. Ein Mittelalter, das dem Wasser misstraute, fand doch die zurückgebliebenen Badewannen der Römer brauchbar.

Eine Zeile der Frischmuth über das Wasser, wobei sie das Wort Dreck verwendet, eine andere über eine Nomadin, die kein reines Wasser finden kann.

Diese Funde und andere betrachtend, dichte ich die ersten zehn Zeilen, spreche sie auf meinen Spaziergängen tagelang vor mich hin, bis es klingt und schwingt und mir gefällt. Laut gelesen, klingt es besser. Nötig sind solche Auflösungen nicht, aber falls Sie das Gedicht als »Heimat-Literatur« lesen möchten, so sei noch verraten, mein »mandelförmiges Gesicht« bezieht sich auf die Marpinger Marienerscheinungen.



Fotos auf der vorherigen Doppelseite:
Franziska Ruf, Sonja Ruf, Leo Kornbrust

Damra 2022, Blick über eine Kornbrust-Skulptur
(Kubus zerlegt, 1983, Granit rötlich) auf das Haus
und weitere Skulpturen, links befindet sich die
Atelier-Werkstatt Kornbrusts. Foto: Sonja Ruf



Blick vom Weg, der zur Damra führt, ins
»Haargetümmel« des Feldes. Klein zu erkennen
ist die Symposions-Skulptur: »Rotdorn-Pfahl im
Fleisch«, Bruno K., 1981, Eichenholz, 7 Meter
hoch. Foto: Sonja Ruf



Diese Worte inspirierten Sonja Ruf zu den ersten
Zeilen ihres zweistimmigen Gedichtes. Text von
Felicita Frischmuth (FF) auf Kornbrust-Skulptur.
Foto: Sonja Ruf



Blick vom Obstgarten zum Haus. Skulpturen von
Leo Kornbrust. Foto: Franziska Ruf



Der intelligente Stil der 60er Jahre:
Felicitas Frischmuth und Leo
Kornbrust 1963.
Foto: Hanne Garthe

Felicitas Frischmuth wurde 1930 in Berlin geboren. Sie studierte Musik, Klassische Philologie und Philosophie. Veröffentlichte seit 1960, war 1978/79 in die Künstlerkolonie Worpsswede eingeladen, erhielt 1982 den Kunstpreis des Saarlandes für Literatur. Sie starb nach schwerer Krankheit 2009, oder, um es in ihren eigenen Wörtern auszudrücken, sie wechselte ins Off.

Zahlreiche Veröffentlichungen, besonders empfehlenswert: Die kleinen Erschütterungen. Eine Mutter aus Wörtern, Neustadt/Weinstraße 1982 und Frankfurt am Main 1987.

Felicitas (Fee) Frischmuth war seit 1958 mit dem Bildhauer Leo Kornbrust verheiratet, der ihre Texte häufig in seine Plastiken einschrieb (z. B. 1989 in die viereckige, granitene Saarbrücker Schriftsäule vor dem Saarland Museum, Schrift sandgestrahlt).

Leo Kornbrust, der als 15-Jähriger in den Krieg geschickt wurde, initiierte 1971/72 das erste Bildhauersymposium im Saarland. Ziel war es, eine quer durch Europa, von der französischen Küste bis Moskau führende

Skulpturenstraße des Friedens mitzugestalten. Die BildhauerInnen mit ihren Familien wohnten und arbeiteten während dieser Zeit an der Damra. Dort erklangen nicht nur Steinbildhauer-Werkzeuge, sondern es gab auch Lesungen, Musik; es wurde gegessen, sich ausgetauscht, gelehrt und gelernt. Die Damra ist bis heute in ein internationales Netzwerk von Kunstprojekten und Friedensinitiativen eingebunden.

Leo Kornbrust starb 2021 an der Damra, wo er 1929 geboren worden war und als Kind gelebt hatte.

Mehr über die Damra:
Verein Straße des Friedens –
Straße der Skulpturen in Europa e. V.,
Infozentrum Damra,
Tel.: 06851-9378963,
www.strasse-der-skulpturen.de

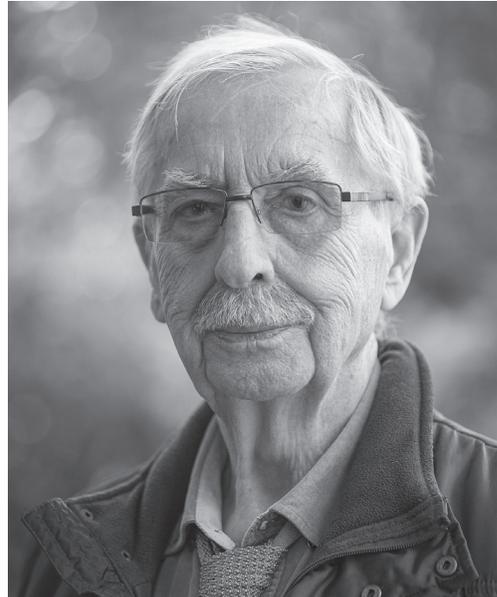
» Nicht mehrheitsfähig

Ein Nachruf auf den Schriftsteller und Künstler Klaus Bernarding

Von Stefan Ripplinger

Klaus Bernarding habe ich so gut gekannt, wie einer einen andern kennen kann, von dem er nur die Gedichte kennt, also sehr gut. Dass er 1935 in Schmelz geboren wurde, 1954 die Sahara durchquerte, 1955 Pfadfinder in Kanada war, Maler werden wollte, erst Eisenhändler, dann Lehrer wurde, drei Jahre lang das Kulturamt von Sulzbach leitete, von 1985 bis 2000 im Kultusministerium als Referatsleiter für Weiterbildung tätig war und, neben Georg Bense, zu den eloquenten Kennern und Vermittlern Lothringens gehörte (unter anderem »Lothringer Passagen«, 2007/2009), muss ich nachlesen. Alles andere finde ich in seinen Gedichten.

Keineswegs stehen alle seine Gedichte in dem Sammelband »Dein roter Tiger, Esther« (2019), nicht einmal das beste, das wohl manch einer gar nicht als Gedicht anerkennen würde, weil es Bernarding nicht überall in Verse zerfällt hat. Es heißt »Der Leitz wird's richten« (1991). Seine »einzigsten Akteure sind die Wörter«, aber manche Wörter treten als Namen auf, so Anna Gramm oder Toni Klammer, der eine Büroklammer im Kultusministerium von Saraffia ist. In Saraffia ist gerade, wir schreiben das Jahr 1990, König Ola erneut auf den Thron gelangt, »Reformpolitik« ist nun alles, was übrig bleibt. Reformpolitik ist »das Ergebnis eines logischen Schlusses: König Ola war neu im Amt, / (These) / das Volk von Saraffia das alte geblieben, / (Antithese) / also musste eine neue Politik her, / (Prothese) / da das Volk weder ersetzt werden konnte durch ein anderes noch sich von selbst erneuert«. Das ist das Gegenteil der »Lösung« aus den Buckower Elegien, worin Bertolt Brecht der Regierung empfiehlt, das Volk aufzulösen und ein neues zu wählen.



Klaus Bernarding im September 2019. CC BY-SA 4.0

»Sie haben doch die Alternative, sagte der Pressereferent zu Toni Klammer: Entweder Sie ärgern sich kaputt, oder Sie lachen sich tot! Ich, antwortete Toni, ziehe Letzteres vor, denn Tote sterben nie aus.« Toni hält sich lachend bei Laune, mal mit der »Verhöhnung eines Andenkens«, mal mit der »Missachtung eines Denkmals«, hauptsächlich aber mit einer unentwegten Verhöhnepipelung, Verfremdung und Verfälschung anderer Wörter, vor allem derjenigen der »Obenisten«. Grund ist, dass er »ein Dichter bleiben« will, ja, muss. In dieses als Abc angeordnete Schmähdgedicht wider den »Coopportunismus« schleichen sich seltsam unpoetische Sätze, etwa: »Schließlich beruhen die Erklärungen der Menschenrechte auf der Erklärung der Rechte des Kapitals.«

Obwohl er eher stichelt als sticht, erweist sich Bernarding in keiner seiner Schriften als mehrheitsfähig. So fein er ist, so klar ist er auch und verschweigt auch sich selbst keine Wahrheit. In den letzten Sätzen von »Infusionen. Im Netzwerk der Ärzte« (2020) vermerkt er, seine Tage seien »gezählt«, auch

wenn ihm die Zahl noch nicht bekannt sei. Sie lag, sollte sich herausstellen, deutlich unter 900; Bernarding ist am 7. September 2022 verstorben. Auf die bittere Einsicht ins nahe Ende reagieren die einen mit Jeremiaden, die anderen mit Rechtfertigungsschriften von der Art »Warum ich mich wie die Axt im Walde benahm, aber der Wald es nicht besser verdient hat«. Bernarding reagiert mit Spott. Die Freunde sind gestorben, sodass er, »ein Restant, ein Übrig-Gebliebener, mich fragen musste: Warum nicht auch Du? Es fällt gar nicht so leicht, als Letzter über die Ziellinie zu gehen. So viel an Sportsgeist ist mir geblieben.«

Es stellen sich nun allerletzte Fragen, etwa: Rentiert es sich überhaupt noch, neue Schuhe zu kaufen? Vielleicht sogar, aber das ist ein typischer Scherz, Marke Mephisto? Oder, was soll der Geiz, eine Armani-Brille? (Dabei fällt mir die Prahlerei eines Bekannten ein, er habe besseren Durchblick, seitdem er eine »Gucki« trage; aber es war am Ende doch nur Gucci.)

Der Niedergang des Gesundheitssystems führt dazu, dass der Kassenpatient im Krankenhaus unfreiwillig eine »Ausbildung als Krankenpfleger« macht, ohne »Honorar« – also ohne, wie Karl Philipp Moritz übersetzte, »Ehrensold«. Da werden Halbtote, völlig Hilflose, Röchelnde in seinem Zimmer abgestellt, er muss sich, da Pflegenotstand herrscht und ihm nichts anderes übrig bleibt, um sie kümmern, auch wenn er manche Begegnung gern vermieden hätte, unter anderem die mit einem Kraftmenschen, der angesichts der Asylsuchenden erklärt: »Schuss und Schluss! Aus! Einfach ins Genick! Ende! Die müssten alle liquidiert werden!« Als ich mich auf die sogenannte *humanitäre* Ebene zurückzog und

versuchte, ihn damit zu überzeugen, unterbrach er mich und legte zu: »Alles Geschwätz! Du bist ein Vaterlandsverräter!«

Der Bernarding-Leser fühlt sich unwillkürlich an den vom Autor selbst illustrierten Band »Familientreff« (1975) erinnert, der unter anderem einen ganz ähnlichen Monolog bietet: »*Sie*, junger Mann, können gar nicht wissen, was das ist: Sturzkampfflieger – was das heißt. Ich habe die Stuka geflogen, da haben Sie noch in die Hose gemacht. Das war damals in Spanien. Was? Wie? Guernica? Keine Ahnung, wie das Nest hieß.« Man bemerkt, dass Bernarding, so sehr er seinen Gewährsleuten Montaigne und Voltaire – aus dessen Briefen er übersetzt hat (»Voltaire in Briefen«, 1995) – treu blieb, noch grausamer als sie werden musste. Die Verhältnisse waren danach.

Es waren Verhältnisse, die Bernarding selbst durchlitten hat. In »Mein Freund Georges« (2004) – gemeint ist der Sozialist Georges Frêche, der eigenwillige Bürgermeister von Montpellier – ordnet er jedem Tag eines vierwöchigen Aufenthalts in Okzitanien ein Wort zu. Das erste ist »Durchbruch« und stammt aus dem »Gedächtnis eines Kindes, dem man in der Schule weisgemacht hatte, es kämpfe mit allen anderen Jungen an der von den Alten so bezeichneten *Heimatfront*«. Das sollte bald nicht mehr die seine sein.

Im Mai 2020 endlich bemerkt er in Deutschland ein »Klima, in dem wieder *Feinde, Helden* und *Vaterlandsverräter* gedeihen«. Er wird es noch erlebt haben, wie das unter Corona Geschmiedete im Kriegsjahr ausgehärtet ist. Höchste Zeit zu gehen! Toni Klammer hätte gespottet: »Tote sterben nie aus.«

» Keine Nostalgie

Christian Baron wirft in seinem Romandebüt einen Blick auf die Sorgen, Nöte und Kämpfe des Kaiserlauterer Proletariats der Siebzigerjahre

Baron, Christian: Schön ist die Nacht, Claassen-Verlag, Berlin 2022, 380 Seiten, 23 Euro

10. Januar 1944. Drei Tage nach einem verheerenden Fliegerangriff liegt die Innenstadt von Kaiserslautern in Schutt und Asche. Der zehnjährige Horst streunert auf der Suche nach einer verloren gegangenen mütterlichen Bezugsperson und etwas Brauchbarem durch die Trümmer – eigentlich sollte er im Waisenhaus sein. Beim Anblick ins vielstöckige Innere der teils zerstörten Villa des Apothekers Jansohn am Museumsplatz beginnt er zu träumen: »In einem solchen Haus, das nahm sich Horst in diesem Moment vor, würde er später einmal leben.« Sein Weg führt ihn vom Museumsplatz zur Kammgarnspinnerei, vorbei an einem Bunker, den er mit der aus der Ukraine stammenden Mutterperson schon Dutzende Male aufgesucht hatte. Er findet sie nicht, nur ein paar Kippenstummel. Im Trümmerfeld der Villa Orth am Altenhof wird er von einem etwas älteren, in einen Wehrmachtsmantel gehüllten Jungen – der Brandwache – gestoppt und unwirsch zur Rede gestellt.

»Waisenhauszögling« Horst, der sich »um einen aufrichtigen Ton« zu bemühen weiß, gewinnt kraft einer ausgedachten Lüge über den angeblichen Tod seiner Mutter das Vertrauen des älteren Jungen. »Mein Vater ist ein arbeitsscheuer Trinker. Gut, dass der im Lager ist, ich mag den nie wiedersehen. Meine Mutter war eine Hure«, sagt er. »Mit den Eltern hat man es nicht leicht. [...] Meine beiden sind Kommunisten. Vater verlor seine Anstellung in der Tischlerei und kam dann ins Strafbataillon. Hat er nicht überlebt. Und die Mutter, elende Bolschewikin, lernt nicht dazu. Ins Heim gegeben hat die mich, einfach so. Keine Liebe zum Vaterland, keine Witwenrente, keine Arbeit. Dabei bin ich

ganz anders. Anständig«, erklärt ihm der ältere Junge, der sich als Willy Wagner vorstellt und Horst Unterschlupf in einer Scheune im Heinrichsstift gewähren möchte.

»Ein Ziel im Leben haben« titulierte Christian Baron den Prolog seines Romans »Schön ist die Nacht«, in dem sich die Protagonisten, beide noch Kinder, ein Jahr vor Kriegsende begegnen. Willy Wagner möchte »anständig« bleiben, denn »alles andere kommt von ganz alleine«, sagt er. Horst hingegen hat ein handfestes Ziel: sich irgendwann eine Villa wie die am Museumsplatz bauen zu lassen. Horst heißt übrigens mit Nachnamen Baron, in augenscheinlicher Koinzidenz mit dem Autor. Wie bereits beim sehr erfolgreichen Erstlingswerk, dem Spiegel-Bestseller »Ein Mann seiner Klasse«, knüpft Baron an seine Familiengeschichte an – doch unter anderen, stärker fikionalisierten Vorzeichen. Während er in »Ein Mann seiner Klasse« aus der Ich-Perspektive sein Aufwachsen in den von Alkohol und Gewalt geprägten, prekären Familienverhältnissen erzählte, sind es nun die Lebensläufe der beiden Großväter, die Baron in einer Mischung aus Autobiografie, Erzählung und gesellschaftlicher Analyse abbildet. »Willy Wagner ist Teil der Generation, die die Autorin Sabine Bode einmal als »vergessene Generation« bezeichnet hat«, erklärt Baron dazu. »Es sind die Kriegskinder, die zu jung waren, um sich in der NS-Zeit schuldig machen zu können, die aber trotzdem viele Traumata mit sich herumgetragen haben.«

In seinem ersten Roman hat er sich für einen personalen Erzähler entschieden. Ein nicht unproblematisches Unterfangen, da der personale Erzähler häufig im Pfälzer Arbeitersoziolekt – der bevorzugten Sprache

der Figuren – die Handlung berichtet sowie die inneren Verfasstheiten der Protagonisten erläutert und kommentiert. Die Grenzen zwischen Erzähler- und Figurenrede verschwimmen zunehmend. Ob Kunstgriff oder Missgeschick – die schwebend erlebende Erzählinstanz erzeugt ein hohes Maß an Authentizität, die dem Roman in jeder Zeile eingeschrieben ist. Und eben das macht den Sog der Lektüre aus.

Erzählt wird die in den Siebzigerjahren (1973, 1976 und 1979) zu verortende Geschichte der beiden Freunde Willy und Horst, die zeitlebens den Widrigkeiten ihrer sozial determinierten Existenzen zu trotzen versuchen und – man darf es vorwegnehmen – scheitern. Das Wohlstandsversprechen der sogenannten »Sozialen« Marktwirtschaft erfüllt sich für die beiden mitnichten. Der im Stadtteil Kotten (vor allem Berliner Straße) angesiedelte Radius ihres Schaffens und Wirkens beschränkt sich auf ihre Arbeitsplätze, oft Baustellen, die von Alkoholikern frequentierte Lauterer Eckkneipe »Goldmine«, den Betzenberg und ihre zerrütteten Familien, wo es nicht selten zu gewalttätigen Übergriffen kommt und die nach Emanzipation strebenden Mütter ebenso wie ihre Gatten dem Alkohol mit Übergebühr zusprechen.

Auf der einen Seite Willy Wagner, ein pflichtbewusster, ehrlicher und fleißiger Zimmermann. »Und dann war da die Arbeit, die Willy so liebte, wie man eine Frau liebte. Man kann nicht ohne sie und nicht richtig mit ihr und ist am Ende jeden Tag froh, sie zu haben«, heißt es. – Auf der anderen Seite der ungelernete Hilfsarbeiter Horst Baron, »dieser kleine, unersetzte Typ mit dem zerfurchten Gesicht, der rotgesoffenen Nase, den dünnen Lippen, den drallen Wangen, der ewigen Batschkapp und der verblassten Jeansjacke«. Nachdem sich die beiden aufgrund eines Streits um geliehenes Geld jahrelang aus den Augen verloren haben, poltert Horst im Jahr 1973 im Kapitel »Der Prolet, der aus der Kneipe kam« in Willys Leben zurück. An der Neumühle wird das Richtfest des ersten Schützenhauses vor Ort gefeiert. Willy hat als Zimmermann tatkräftig am Bau mitgewirkt und will sich erst einmal »die Zunge locker trinken«. Doch daraus wird nichts. Denn sein vermeintlicher Freund mischt die Feiergesellschaft auf: mit einer aus der Luft gegriffenen Unterstellung, dass die Frikadellen aus

Hundefleisch bestünden und der Grillmeister von Afrikanern abstamme. Den entstehenden Tumult nutzt Horst, um die Kasse zu klauen und Willy in die Hand zu drücken, womit dieser unfreiwillig zum Mittäter wird und beide die Flucht ergreifen müssen.

Es wird nicht das letzte Mal sein, dass Horst den gutmütigen Willy in seine kriminellen Machenschaften verstrickt, ihn anpumpt und sogar heimtückisch hintergeht. Dass Willy dennoch zu Horst hält, mit ihm buchstäblich »durch dick und dünn« geht, mag auf den ersten Blick nicht einleuchten und erklärt sich am plausibelsten über ihre in der NS-Zeit gemachten Erfahrungen. Da ihre Eltern als »Asoziale« oder »Kommunisten« vom NS-Regime verfolgt wurden, wurden sie ihren Familien entrissen und der NS-Obhut zugeführt. Das erlittene Trauma ihrer Kindheit verbindet sie – ebenso ihre eigentümliche Sprachlosigkeit, die sie mit Alkohol und Gewalt kompensieren. Die von Baron gezeichneten Psychogramme erklären, warum beide (stellvertretend für ihre Generation) – getrieben von dem unerschütterlichen Glauben an ein besseres Leben – einen aussichtslosen Kampf um ihren Anteil am Wohlstand führen. Diesen Kampf führen auch die für einen Hungerlohn auf den Baustellen schuftenden Gastarbeiter, und zwar in einem fremden, reichen Land, in dem sich das Wohlstandsversprechen nicht für alle einlöst, wie Baron zeigt. Denn die Siebzigerjahre waren auch die Jahre der Energiekrisen von 1973 und 1979, was zu Inflation, Massenarbeitslosigkeit und sozialem Abstieg führte. In diesem Sinne ist der Roman als faktenreiches und authentisches Korrektiv des gängigen Narrativs vom Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft zu lesen und ebenfalls als Vorgeschichte der Familienkatastrophe, die Baron in »Ein Mann seiner Klasse« beschrieben hat.

David Lemm

Unlösbare Rätsel

Drescher, Andreas H.: Mein alter Schwarzfernseher. Erzählungen. Illustrationen von Heike Puderbach, Edition Abel, Saarlouis 2022, 200 Seiten, 24,90 Euro

Es muss schwer sein, in dieser grotesken Zeit Grotesken zu schreiben. Von einer »Terror-Oma mit dem Kartoffelsack« lesen wir, die den Staat stürzen wollte, indem sie den Gesundheitsminister entführt und seine Leibwächter umhustet. An anderer Stelle heißt es, kaum weniger grotesk, genannte Terror-Oma sei eine habilitierte Theologin aus Mainz. Auch das noch. Und wie sollte, in drei Teufels Namen, so etwas von der Kunst übertroffen werden? Andreas H. Drescher, das sei vorausgeschickt, gelingt es in seinen bösen Erzählungen immer wieder.

Der Autor, so heißt es, ist hauptsächlich mit Künstlicher Intelligenz befasst, die, nebenbei bemerkt, ein Pleonasmus ist, denn welche Intelligenz wäre nicht künstlich? Zwischendurch findet er Zeit für Prosa, auch zu historischen und saarländischen Themen. Für seinen Ausflug ins Groteske hat er sich eine wunderbare Begleiterin gewählt, Heike Puderbach. Gestalten, die oft wie Bürgerkinder aus den 1920er-Jahren wirken, malt sie wie Ikonen, vor einem Hintergrund aus Blattgold. Eines der Kinder (S. 159) schluckt einen lebenden Hering (was, wie mir einst ein späterer »Tatort«-Kommissar erzählte, auch ein Initiationsritus der Marine ist). An einer anderen Stelle (S. 75) schmuggelt Puderbach das einzige offene Zitat des ganzen Bandes ein, William Blakes »Gefängnisse sind gebaut mit Steinen des Gesetzes, Bordelle mit Ziegeln der Religion«, aber zitiert den Satz auf Französisch, wohl damit man (wegen der Gefängnisse) ihn für einen von Michel Foucault hält. Die Absurdität ihrer Bilder, in der die Collagen von Hannah Höch ebenso wiederkehren wie die grafisch-flächigen Popismen von David Hockney, ist so zart wie der Text von Drescher, der jedoch in zwei Rollen gleichzeitig auftritt und daher einmal auch den Groben spielen muss.

Drescher ist nämlich erstens ein makelloser Prosaist, zweitens sein eigener Verleger. Nun muss der Verleger Drescher den Autoren Drescher feilbieten und schreibt direkt hinter das Titelblatt des opulenten Bandes, bei wem er schon einmal ein »Top-Tipp« war oder dass Puderbachs Bilder »mit ebenso viel Biss zwischen Bizarrem, Kindlichem und Politischem oszillieren«. Das ist nun selbst ein wenig grotesk, aber der Not geschuldet, denn so gute Sachen druckt einem doch keiner, die muss einer schon selbst drucken und bewerben.

Der Band ist aufgemacht wie ein Kinderbuch in dem sehr breiten Format 22 x 30 cm, mit Lettern groß wie Ameisen. Viel Text ist also nicht drin. Und doch habe ich kürzlich für eine 400-seitige Dissertation zwei Tage gebraucht, für Drescher aber zwei Wochen. Der Grund dafür ist, dass seine Miniaturen sehr »mächtig« sind, wie es gelegentlich von Sahnetorten heißt. Außerdem sind es, obwohl es das nicht geben kann, Rätsel ohne Lösungen.

Ein »unlösbares Rätsel« sei kein Rätsel, schreibt André Jolles und gibt den Fingerzeig, dass wir es mit einem Frage-Antwort-Spiel zu tun haben. Mögen uns Dreschers Stücke auch selten eine Antwort geben, so stellen sie doch vieles infrage. Sie verräteln die Welt, die sich uns oft genug klarer darstellt, als sie ist. »Grotesk« bezeichnet die – vom italienischen »grotta« kommende – höhlenartig-bizarre Darbietungsweise. Doch um was genau handelt es sich? Anders als Titel und Dreschers Selbstbeschreibung glauben machen wollen, wird keine Erinnerung an das Schwarz-Weiß-Fernsehen der Sechziger geboten, auch wenn dessen Programmschema mit Märchenfilm, Boulevardmagazin, Tagesschau, Kitsch und Rauschmeißer als ungefähre Einteilung dient und das Schwarzsehen hier Methode hat.

Dafür, dass es sich um Märchen und Fabeln handeln könnte, sprechen zwar die vielen Prinzessinnen, Mundschenke, Riesen, sprechenden Tiere, König Drosselbart und die »Stiefkönigin«. Aber auch Märchen und Fabeln sind ja typische Antwortgeber, außerdem sind Dreschers Stücke meist viel kürzer als sie. Ein Beispiel:

»Meine Überredungskraft nimmt jetzt stündlich zu. So gehorchen mir inzwischen sogar meine Knöpfe fast ohne Widerspruch. Schon nach einem kurzen Raunen stülpen sie sich folgsam in ihre Knopflöcher und wieder zurück. Als zunehmend problematisch stellt sich inzwischen aber ihr vorauseilender Gehorsam heraus. So brauche ich lediglich zu formulieren: ›Ich war eben auf dem Nachhauseweg!‹ und meine Knöpfe fassen das ›auf‹ als ›auf‹ auf und lassen mich in der distinguiertesten Gesellschaft von hier auf jetzt in peinlichstem Doppelripp dastehen.« (S. 54)

Wäre ich jünger, würde ich mich über dieses Stück promovieren. Hier nur das Allerwichtigste: Die Knöpfe sind damit entschuldigt, dass sie die temporale Präposition »auf« mit dem Adverb »auf«, etwa aus der idiomatischen Wendung »Auf, auf, du Knopf!«, verwechselt haben. Alexa hätte es auch nicht besser gewusst. Das geschieht peinlicherweise in einer »distinguierten« Gesellschaft, also in einer, die unterscheiden kann, und führt zu einem »Doppelripp«, also nicht nur dazu, dass das lyrische Ich in Liebestöttern dasteht, sondern auch die Sprache sich verdoppelt hat, wie es ohnehin an Dopplungen, falschen Freunden und vor allem Zwillingen bei Drescher nicht fehlt; »(sie) machte sich auf den Weg heim zu ihrer Zwillingsschwester« (S. 160).

Nachdem so das Größte geklärt ist, könnte ich es mir leicht machen und die Angelegenheit mit der Behauptung beschließen, überhaupt alle Erzählungen spielten mit solchen Doppeldeutigkeiten und Anklängen. Ich verwies dann darauf, dass »Schoten«, »Speere« und »Schuldige« (S. 85) aufeinanderfolgen, dass das »Schlingen« den »Schlingel« (S. 86) hervortreibt, der »Vorgarten« und der »Vorsitzende«, der »Schwefel« und die »Schöffen« (S. 91) sich aneinanderschmiegen und Kalauer wie »des Pudels kerniges Verstummen« (S. 145) oder das Beten »zu den Kirchen« (S. 142) erlaubt sind. Aber, um den Autor (S. 155) abzuwandeln: Daran wäre kein großes Geheimnis.

Es ist aber schon ein Geheimnis um diese Miniaturen und wieder ein anderes als das um die zwar mit ähnlichen Ziegeln gebauten, aber persönlicheren Stücke von Dominik Steiger. Dass der Vergesser sich selbst vergisst (S. 17) und eine Fresserin ihre Fütterin auffrisst (S. 164–170), scheint doch mehr zu sein als eine surreale Fantasie à la Jan Švankmajer. Ja, wenn ein einziger durchgehend beunruhigender Zug genannt sein dürfte, wäre es, dass anders als im Schlaraffenland des Märchens sich in Dreschers Welt der wüste Mangel ausbreitet. Eisenhansens Vater hat es »nie zu einem Fenster gebracht. Geschweige denn zu einer Tür. So saß die ganze Familie im Dunkeln und war stolz darauf« (S. 18). »Leo betreibt nun sogar seinen Atem als Ich-AG« und schippt sich tiefer in sein »Bitterfeld« (S. 93). Isabella, die nicht wie bei den Comedian Harmonists aus Kastilien stammt, amtiert als Königin der Bettler, die sich bald mit Geigensaiten die eigenen Köpfe abtrennen (S. 99). Und, als ob das nicht genüge, ist im Stadion auch noch das Flutlicht ausgefallen (S. 107).

Während allerorten der Ökocalvinismus sein Gorgonenhaupt reckt und die Enthaltensamkeit (in der Macronie die »sobriété«) zur ersten Bürgerpflicht erhoben wird, hat Andreas H. Drescher, ob absichtlich oder nicht, diese Realgroteske bereits mit lyrischem Hohn bedeckt. Und das wird nicht die einzige gewesen sein.

Stefan Ripplinger

Anmerkungen

- 1 Bild-Zeitung, 15. Oktober 2022.
- 2 Jolles, André: Einfache Formen. Legende, Sage, Mythe, Rätsel, Spruch, Kasus, Memorabile, Märchen, Witz, Tübingen 1930, S. 129.
- 3 Helbig, Gerhard, Buscha, Joachim: Deutsche Grammatik. Ein Handbuch für den Ausländerunterricht, Leipzig 1987, S. 418.
- 4 Etwa: Steiger, Dominik: mon dieu es geistert, Graz, Wien 2007.
- 5 Tonnelier, Audrey: »La conversion contrainte de Macron«, Le Monde, 7. Oktober 2022.

Blinde Flecken der saarländischen Erinnerung

Schäfer, Franz Josef: Arnold Fortuin – Die Verfolgung der Sinti und Roma im Saarland, Blattlaus Verlag, Saarbrücken 2022, 262 Seiten, 24,80 Euro

Der Titel des Buches zeigt den Spagat an, den der Illinger Historiker Franz Josef Schäfer wagt. Einerseits zeichnet er das Wirken des saarländischen Pfarrers Arnold Fortuin nach: von der Zeit als Kaplan in Saarbrücken über die Lehrtätigkeit in Bad Kreuznach, seiner ersten Pfarrgemeinde während des Nationalsozialismus bis zu seiner Tätigkeit in Illingen als sogenannter »Zigeunerseelsorger«. Andererseits legt er die erste Geschichte der saarländischen Sinti_ze und Rom_nja vor – einer Verfolgungs- und Diskriminierungsgeschichte, welche weit vor dem Nationalsozialismus beginnt und bis heute anhält. Dass sich beide Seiten im historischen Prozess überlappen, heißt nicht, dass sie ineinander aufgehen. Vielmehr haben beide eine eigene wissenschaftliche und gesellschaftliche Debatte verdient. Die institutionelle saarländische Geschichtsschreibung hat bisher weder die Person Fortuin kritisch aufgearbeitet noch die Geschichte der nationalen Minderheit der Sinti_ze und Rom_nja mitsamt der Erinnerung an ihre Vernichtung im Zweiten Weltkrieg, an den Porajmos im Saarland thematisiert. Folglich ist es Schäfer hoch anzurechnen, dass er seine Würdigung von Arnold Fortuin sowohl mit der Verfolgungsgeschichte der Minderheit als auch mit der antiziganistischen Normalität im Saarland in Beziehung setzt.

Damit gelingt es dem Autor, die Geschichte der Sinti_ze und Rom_nja mit der kritischen Biografie Fortuins zu verbinden. Auch die öffentliche Erinnerung an Fortuin wird von Schäfer hinterfragt. So benannte der Illinger Ortsrat 2017 nach Antrag des Bürgermeisters Dr. Armin König eine Straße nach Fortuin um, da dieser »zur Zeit des Nationalsozialismus Hunderte von Zigeunern vor der Verfolgung durch den NS-Staat gerettet habe«.

Laut den Recherchen Schäfers lässt sich dies jedoch nicht belegen: »In den Entschädigungsakten saarländischer Sinti, die Fortuin seit vielen Jahren kannten, wird nirgendwo von Fluchthilfe Arnold Fortuins gesprochen. Möglicherweise hatte er bei Besuchen von bedrohten Sinti und Roma in Beuren in der Zeit des Zweiten Weltkriegs diesen eine Flucht ins Ausland empfohlen, vielleicht auch noch Kontaktadressen vermittelt, etwa von Geistlichen«, schreibt Schäfer.

Ihm zufolge stammt der einzige schriftliche Hinweis, welcher von 200-fach erfolgter Fluchthilfe spricht, von Silvia Sobeck. Sie galt damals als führende deutsche Expertin der »Zigeunerseelsorge« und ließ sich unter anderem mit folgenden antiziganistischen Aussagen zitieren: »Zwischen den Zigeunern und uns liegt eine Entwicklungsgeschichte von möglicherweise vier- bis fünftausend Jahren. Das ist kein zu überspringender Graben mehr. Das ist ein für unsere Begriffe unendlicher Abstand.« Sobeck selbst nutzte die Figur Fortuin und die nicht belegte Fluchthilfe schließlich, um die katholische »Zigeunerseelsorge« von Kritik freizusprechen, welche der Vorsitzende des Zentralrats der deutschen Sinti und Roma, Romani Rose, dagegen vorbrachte.

Aufgrund dieser Zusammenhänge ist auch eine kritische Reflexion der saarländischen Erinnerungspraxis vonnöten. Der Fall Fortuin ist ein gutes Beispiel dafür, dass die deutsche Mehrheitsgesellschaft einen dem Inhalt entleerten, abstrakten Begriff von Zivilcourage fördert. Dieser hat sich außerhalb einer kritischen Analyse der Tätergesellschaft und der Kritik des Antiziganismus entwickelt – in Teilen sogar gegen die Kämpfe der Minderheit. Das Quellenmaterial des Buches lädt zu einer solchen Reflexion ein, indem es den Blick auf die Schattenseiten eines abstrakten

Begriffs von Zivilcourage richtet. Ein Begriff, der es auch zulässt, dass sich – im schlimmsten Fall – Neue Rechte im Kontext der Corona-Maßnahmen als neue Sophie Scholl inszenieren können.

Trotz der Kontroverse um die Rettung von 200 Menschen finden sich genügend Belege für den Widerstandsgeist von Fortuin. So beschreibt Schäfer, dass dieser den Lagerhäftlingen des SS-Sonderlagers in Hinzert Briefkontakt ermöglichte. Auch unterstützte er in der Bundesrepublik als Bevollmächtigter Sinti_ze und Rom_nja in der Durchsetzung von Entschädigungsansprüchen, sprach sich immer wieder offen gegen die Kontinuität behördlicher Verfolgung der Minderheit beispielsweise durch die bayrische Landfahrerverordnung aus und ermöglichte durch die alljährlichen Wallfahrten in Illingen, dass sich Teile der Minderheit ohne behördliche Verfolgung über mehrere Tage an einem Ort treffen konnten.

Schäfer entwirft ein differenziertes Bild von Arnold Fortuin: Zum einen macht dieser aus seiner christlich begründeten NS-Gegnerschaft kaum einen Hehl, was zu Kriegsende auch dazu führt, dass er untertauchen muss. Er nimmt an Prozessionen zu Ehren der Opfer des KZs Hinzert teil. Allerdings protestiert er gegen die Verlegung von ehemaligen Lagerteilen des KZs nach Luxemburg zur Errichtung einer Gedenkstätte an die Opfer des Lagers. Dieser Wiederaufbau, so die Befürchtung von Fortuin, werde wie »ein Ferment des Hasses zwischen Deutschland und Luxemburg gären«. Auch lässt er sich nur widerwillig dazu überreden, in den Hinzert-Prozessen in Rastatt auszusagen.

Dieses differenzierte Bild bestätigt sich auch in der inhaltlichen Begründung des Fortuin'schen Engagements für Sinti_ze und Rom_nja: Dort mischen sich ehrliche Empathie und Abscheu vor den deutschen Verbrechen mit einem antiziganistischen Bild, welches die katholische »Zigeunerseelsorge« prägte und auch vom Zentralrat der Sinti und Roma schon früh kritisiert wurde. Beispielsweise, wenn er sich gegen Zwangsassimilation und Sesshaftmachung wendet, weil dieses »ganz und gar dem Wesen dieses Nomadenvolkes mit seinem ruhelosem Wandertrieb widersprechen würde«. Treffend analysiert Schäfer: »[Die] erste (...) Zuwendung der Kirche zu den Roma zeigte in der Formulierung ganz

typische antiziganistische Stereotype. (...) Schließlich seien sie ziellos unterwegs, weshalb sie der Unterweisung der Kirchen bedürften. (...) [Die katholische Zuwendung] war also geprägt von (...) einem paternalistischen Konzept, das Roma zum Objekt von Erziehung und Seelsorge machte und nicht zu einem Subjekt.«

Schäfers Methode, Arnold Fortuin im Kontext der Geschichte der saarländischen Sinti_ze und Rom_nja zu thematisieren und innerhalb desselben Buches beides korrespondieren zu lassen, ermöglicht ein besseres Verständnis und lädt zur informierten Reflexion der saarländischen Erinnerungspraxis ein. Gleichwohl tappt der Autor bei der Aufmachung des Stoffes teilweise in die Falle, die Erinnerung an Arnold Fortuin aufeinanderfolgend und abwechselnd mit der Erinnerung der Sinti_ze und Rom_nja vorzustellen, was erinnerungspolitische Fallstricke beim Lesen reproduziert, die sich aus der kritischen Reflexion des Stoffes vermeiden ließen. Durch diese Art der Aufmachung werden zum einen der Kampf der Minderheit um Erinnerung gleichgesetzt mit dem institutionalisierten Gedenken an Fortuin, welches keinesfalls unkritisch verhandelt werden kann. Trotzdem liefert Schäfers Veröffentlichung einen wichtigen detail- und quellenreichen Beitrag, welcher fruchtbare Debatten in der saarländischen Zivilgesellschaft ermöglicht. Gerade auch das umfangreiche Unternehmen, sowohl die Geschichte der saarländischen Sinti_ze und Rom_nja zu schreiben, das Bild der saarländischen Literatur über die Minderheit vorzustellen wie auch Einzelschicksalen Raum zu geben, ist verdienstvoll. Ebenso die Veröffentlichung einer vom Landesverband der Sinti und Roma zur Verfügung gestellten vorläufigen Liste der saarländischen Opfer des Porajmos.

Frederic Hubert

Ethik des Widerstands

Ramazani-Moghaddam, Mohsen: Farid. Ein deutsch-iranisches Leben, Selbstverlag, Saarbrücken 2022, 190 Seiten, 15 Euro

Erwachte einer nach, sagen wir, 50 Jahren aus dem Koma und fragte mich, in welcher Welt wir nun leben, ich drückte ihm »Farid« von Mohsen Ramazani-Moghaddam in die Hand. Es ist möglich, dass der Rekonvaleszent danach wünschte, niemals erwacht zu sein. Es ist auch möglich, dass er sagte: »Die Welt hat sich also um kein Jota geändert.«

Denn »Farid« bietet nicht nur ein »deutsch-iranisches Leben«. Die Erzählung schließt das Schicksal der Mehrheit der Menschheit in sich, und das besteht im Wesentlichen aus Armut, Demütigung und Unterdrückung, in den hochkapitalistischen Ländern auch aus Entfremdung. Ramazani drückt dieses Verhältnis mit der dreimal erscheinenden Metapher des Rucksacks aus, einer schleppt darin seine Einsamkeit (S. 12), der andere seine Erfahrung (S. 74), der dritte sein Misstrauen (S. 143) mit sich.

Farid, ein junger Iraner, hat seinen Wehrdienst noch in Isfahan abgeleistet, dort viel Elend gesehen und wechselt, wie damals viele Iranerinnen und Iraner, zum Studium ins Ausland. Ihn verschlägt es nach Saarbrücken, wo er Physik studiert. Im Saarland spielt die Rahmenhandlung, aber da es ein Saarland ist, das von sehr ferne den Iran spiegelt, ist es ein anderes als das, das wir in unseren fetten Jahren kennengelernt haben. Es ist eines, in dem Pater Hugolino vor sechzigtausend Antifaschisten 1934 in Sulzbach sich einen »Lückenbüßer« nennt, der für so viele feige Geistliche einstehe. Es ist das Saarland, in dem die Nazis vor dem Haus Hugolinos Scheinhinrichtungen abhalten, wenn sie auch nicht ahnen, wie er am Ende hingerichtet werden soll: in einen Sack gestopft und in einen Fluss geworfen.¹

Das ist nur ein bitterer Vorgeschmack dessen, was einem die Erzählung zumutet, deren Lektüre in einer Zeit, in der »Triggerwarnungen« behütete Kinder vor allen Schrecken dieser Erde bewahren sollen, nur reifen Leserinnen und Lesern empfohlen sei.

Ramazanis Buch ist – obwohl es darin auch um maoistische Widerstandsgruppen geht – nicht politisch. An einigen Stellen wagt es der Autor, die allzu eifrigen Amerikahasser des Widerstands darauf hinzuweisen, welche Freiheiten die westlichen Länder immerhin bereithalten. Schon Ernst Bloch wurde nicht müde, daran zu erinnern, die Bourgeoisie habe nicht nur den Manchester-Kapitalismus, sondern auch bürgerliche Freiheitsrechte hervorgebracht.² Aber das Buch erspart es sich, uns noch einmal zu erzählen, wie der US-amerikanische und der britische Geheimdienst mit der »Operation Ajax« am 19. August 1953 den iranischen Premierminister Mohammad Mossadegh stürzte, der es gewagt hatte, die »Anglo-Iranian Oil Company« zu verstaatlichen. Es ist auch davon nicht die Rede, wie der freiheitliche Westen seine Hand über den Schah Reza Pahlavi hielt, den – wie Georges Marchais in einem Wortspiel mit »chah« und »chat« scherzte – »Kater mit den blutigen Pfoten«.³ Ramazani geht es nicht um historische Einzelheiten, sondern um eine Ethik des Widerstands.

Auch wenn wir viel über persische Speisen und Sitten erfahren und die Orte minutiös beschrieben werden, verfährt »Farid« keineswegs naturalistisch. Noch die geringste Person, die hier das Wort ergreift, spricht in wohlgesetzter, oft philosophischer Weise, etwa Farids Mutter: »Geld ist wie der Schweiß des Körpers. Man kann ihn leicht abwaschen.« (S. 89) Oder die Widerstandskämpferin: »Der Gedanke an Touran, an ihr Schicksal sticht wie ein scharfes Messer beharrlich in meine Seele.« (S. 177) Die christliche Tradition ist hier zwar nicht zuständig, und doch erinnert der Satz an die Weissagung des Simeon: »Dir selbst aber wird ein Schwert durch die Seele dringen.« (Lk 2,35)

Der nicht-naturalistische, gehobene Stil bewahrt vor der Obszönität, die jede vordergründige Verlebendigung bedeutet hätte. Dem Bericht wird dadurch nichts von seiner

Grausamkeit genommen, im Gegenteil. Es geht nicht nur um eine bestimmte Despotie, sondern auch um sämtliche Despotien und um die Frage, wie sich in ihnen zu verhalten wäre.

Ramazanis Erzählung kennt wenigstens drei verschiedene Typen von Rebellen. Da ist einmal einer, den man nach Benno Ohnesorg benennen könnte, dem naiven Studenten, der am Rande der Westberliner Anti-Schah-Demonstration am 2. Juni 1967 von einem Polizeibeamten exekutiert wurde (wofür die Springer-Presse und der Berliner Oberbürgermeister den Studenten die Schuld gaben). Naser, den Farid als einen traumatisierten Exilanten in Saarbrücken kennenlernt, gehört zu diesem Typus. Er fühlt lediglich ein Unbehagen unter dem Schah, hat sich mit einigen, die ähnlich denken, getroffen und verbotene Literatur gelesen, so »Révolution dans la révolution?« (1966) von Régis Debray. Die Büttel des Schahs fassen ihn, foltern ihn aufs Grauenhafteste – »Rede, los, und sag uns alles ganz genau. Wenn du es nicht tust, sei gewiss: Das Kabel ist schöpferisch« (S. 46; mit dem Kabel werden die Füße ausgepeitscht) –, doch werden sie von ihm nichts erfahren, denn er weiß nichts. Danach kommt er für zwei Jahre in Haft, die willkürlich verlängert wird. Irgendwann schiebt man ihn ab. Der unpolitische Farid gehört ebenfalls zu diesem Typ.

Es gibt aber auch eine organisierte und geschulte Guerilla und in ihr die üblichen Fanatiker: »Behnam hingegen versuchte alles, was das Leben lebenswert macht, im Keim zu ersticken. Er war der Meinung, ein Guerillakämpfer brauche kein Essen, das gut schmeckt. Darüber hinaus meinte er sogar, dass man sich nicht die Zähne putzen müsse.« (S. 85) Er wird von Handgranaten der Savak zerrissen werden. Es kommt in diesen Kreisen zu Liquidierungen früherer Genossen. Die am meisten berührende Stelle im Buch ist, dass ein Kämpfer mit seiner Frau kurz vor dem Hinterhalt, den ihm die eigenen Leute bereiten, an einer Hellseherin vorbeikommt. Er beachtet sie nicht, die ihm vielleicht hätte sagen können: »Jeder Schritt, den du mit deiner Frau weitergehst, bringt dich näher an eine Falle.« (S. 135)

Den dritten Typ des Rebellen könnte man den listigen oder brechtianischen nennen. Verkörpert wird er von Alireza, einem stets gut gelaunten, praktisch gesinnten Bonvivant,

der, auch als »die alten Stiefel nur durch neue Sandalen ersetzt« (S. 144) worden sind, sich seine Ablehnung des Regimes nicht anmerken lässt. Er ist es, der Farid bei seiner abenteuerlichen Flucht vor den Revolutionswächtern hilft, mit viel Bestechung, aber ohne je zu vergessen, vorher noch tüchtig zu speisen und zu trinken.

Die andere Seite, die der Schah- oder Aytollah-Getreuen, wird weniger scharf ausgeleuchtet. Immerhin ist zu erfahren, dass etliche Häscher der Mullahs zuvor in Diensten des Schahs standen. Damit wird einmal mehr die Legende der Liberalen widerlegt, es sei die Ideologie und nicht die Macht, die Despotie begründet. Eine Gestalt, vielleicht die stärkste überhaupt in dieser Erzählung, muss allerdings erwähnt werden: Es ist der Gefängniskoch, der den Häftlingen gelegentlich mit Nachrichten und Vergünstigungen hilft. Er habe, sagt er, gedacht, dass mit dem Sturz des Schah »die Menschen in dieser neuen Zeit mit Achtung und Respekt behandelt werden würden. Ich arbeite immer noch in dem Gefängnis. Und die Frauen, vor allem Prostituierte, werden heute noch härter bestraft als früher.« (S. 117)

Das stimmt, auch angesichts der weltweit vorpreschenden Reaktion, pessimistisch. Immerhin lehrt uns Alireza, bevor es ganz finster wird, noch ein gut gewürztes Mahl einzunehmen. Und das lehrt uns auch Mohsen Ramazani-Moghaddam, der – wie sein Protagonist ein studierter Physiker – ruhig und sicher einen Stoff bewältigt hat, unter dem andere zusammengebrochen wären.

Stefan Ripplinger

Anmerkungen

- 1 Hammerschmitt, Marcus: »Ein Mann der Kirche. Der christliche Nazi-Gegner Hugolinus Dörr«, »Telepolis«, 27. Januar 2002, online: <https://www.heise.de/tp/features/Ein-Mann-der-Kirche-3423461.html>, letzter Abruf 7. Oktober 2022.
- 2 Etwa: Bloch, Ernst: Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt/M. 1959, S. 635.
- 3 In der TV-Sendung »Cartes sur table«, 21. Januar 1980.

Eine besondere Kindheit

Bernard, Horst: Meine Kindheit im Exil in Frankreich – Autobiografie einer saarländischen Kindheit während der NS-Zeit, Schriftenreihe des Adolf-Bender-Zentrums Band 2, Schaumburg 2022, 80 Seiten.

Allen antifaschistisch aktiven Menschen im Saarland dürfte der Name Horst Bernard ein Begriff sein. Auch die *saarbrücker hefte* haben zuletzt 2018 über ihn geschrieben. Horst Bernard, geboren am 27. Oktober 1932 in Saarbrücken, feierte in diesem Jahr seinen 90ten. Einer seiner größten Verdienste ist sein Beitrag zum Erhalt des Gestapo-Lagers Neue Bremm und der Aufbau einer Gedenkstätte für die dort gefolterten und ermordeten Menschen. Auch als Zeitzeuge vor Schulklassen oder bei Führungen durch die Gedenkstätte ist er bis heute aktiv und erzählt seine Lebensgeschichte, erinnert an die NS-Opfer und den antifaschistischen Widerstand.

Horst Bernard war jahrzehntelang Landesvorsitzender der Vereinigung des Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BDA), Bezirksvorstand der Deutschen Kommunistischen Partei und als angestellter Ingenieur auch Betriebsratsmitglied bei Siemens Saarbrücken. Als Sohn einer jüdischen Familie musste er 1935 mit seinen Eltern aus dem Saarland fliehen und kehrte 1946 zurück. Über diese Jahre hat er nun seine 80 Seiten umfassenden Erinnerungen niedergeschrieben, die jetzt in der Schriftenreihe des Adolf-Bender-Zentrums veröffentlicht wurden.

Der Text ist klar und schnörkellos. Bernard erzählt aus seiner Perspektive die Geschichte seiner Eltern und damit auch einen Teil des antifaschistischen Widerstands im Saarland und in Frankreich. Der Band ist mit Zeitdokumenten und Fotografien illustriert.

Die biografische Erzählung ist chronologisch strukturiert. Bernard bettet seine Geschichte in den historischen Kontext ein und beginnt mit dem Inkrafttreten des Versailler Vertrags vom 10. Januar 1920. Dieser hatte

für das Saargebiet die Konsequenz, dass es vom Deutschen Reich abgetrennt und unter die internationale Verwaltung des Völkerbunds gestellt wurde. Nach 15 Jahren sollte die Bevölkerung die Möglichkeit erhalten, über den weiteren völkerrechtlichen Status des Gebiets abzustimmen. In Bernards Schilderung der Entstehung der Einheitsfront im Saargebiet 1934 tauchen erstmals seine Eltern auf, Leander und Irene Bernard. Sein Vater war das jüngste von zehn Kindern einer jüdischen Familie aus Beckingen. Er war in der SPD-nahen Sozialistischen Arbeiterjugend aktiv. Diese war zusammen mit dem von Erich Honecker geführten kommunistischen Jugendverband (KJVD) 1934 maßgeblich an der Bildung der Einheitsfront von SPD und KPD gegen den Anschluss des Saargebiets an Nazideutschland beteiligt.

Der Kampf der saarländischen Antifaschisten endete am 13. Januar 1935 mit der Niederlage. Das Saargebiet wird Bestandteil von Adolf Hitlers Deutschland. Bernard beschreibt, wie seine Familie von den Hitler-Anhängern aus der Nachbarschaft bedroht wurde. Nach der Abstimmung stand für die Familie schnell fest, dass es für sie keine Zukunft in Nazi-Deutschland geben kann. Der Vater floh nur wenige Tage nach der Saarabstimmung. Die Nazis übten Druck auf die hinterbliebene Familie aus, den Vater auszuliefern, und so flüchteten diese ebenfalls, am 17. Februar 1935. Von da an begann das Leben im Exil.

Ein Leben voller Unsicherheiten, Schikanen und Verfolgung, aber auch geprägt von Solidarität und Widerstand. Trotz der schwierigen finanziellen Situation im Exil organisierten sich die Eltern im Widerstand u. a. in der »Vereinigung immigrierter deutscher

Nazigegner«. Sie unterstützten die antifaschistische Volksfront in Frankreich, die 1936 die Wahlen in Frankreich gewann. Ebenso unterstützten sie die Mitglieder der Interbrigaden, die seit dem Putsch der Franco-Faschisten und dem Ausbruch des Bürgerkrieges in Spanien im Sommer 1936 zur Unterstützung der Republik über Frankreich nach Spanien aufbrachen.

Einem Teil der jüdischen Familie des Vaters gelang es, noch bis 1938 aus dem Saarland in die USA zu emigrieren. Die beiden Schwestern des Vaters, denen die Flucht nicht gelang, wurden ermordet.

Die Erfahrung der Fremdheit ist eine der ersten Erinnerungen Bernards an das Leben in Frankreich. Er wurde wegen seiner »deutschen Winterkleidung« auf dem französischen Schulhof gehänselt und weigerte sich, danach wieder in die Schule zu gehen, bis seine Eltern ihm andere Kleidung anzogen. Nach dem Beginn des Angriffskrieges der Deutschen gegen Frankreich am 10. Mai 1940 wurden alle deutschen Emigranten unter zum Teil brutalen Bedingungen interniert. Das Stahlwerk, in dem Bernards Vater Zwangsarbeit leisten musste, gehörte bemerkenswerterweise zur selben Unternehmensgruppe wie die Halberger Hütte im Saarbrücker Stadtteil Brebach.

Nach der Kapitulation von Frankreich im Juni 1940 schwebte die Familie Bernard in höchster Lebensgefahr. Trotzdem unterstützten sie den französischen Widerstand um die Kommandeure der Résistance Gérard Duprat und Gérard Duvergé. Letzterer wurde später von den Nazis verhaftet und ermordet, und seine Beerdigung wird für den jungen Horst zu einem traumatischen Ereignis. Denn den Leichnam überließen die Nazis der Familie von Duvergé, eine völlig unübliche Praxis. Deshalb vermuteten die Eltern Bernards, dass die Besatzer planten, bei Duvergés Beisetzung eine Massenverhaftung durchzuführen. Sie schickten deshalb nur ihren Sohn dorthin und behielten recht. Sechzig SS-Männer und Gestapo-Mitglieder überfielen die Trauergemeinde Horst Bernard konnte nur knapp entkommen. Die Flucht vor den SS-Schergen ist sicher einer der intensivsten Momente der Erzählung.

Der letzte Teil der Biografie schildert die Rückkehr in das zerstörte Saarbrücken. Die Rückkehr von Bernards Eltern in das Land der Mörder stößt bei einem Teil der überlebenden

Verwandten, die sich in die USA retten konnten, auf völliges Unverständnis.

Es ist bedauerlich, dass Bernard darauf verzichtet, über sein Leben in dem 1947 gegründeten Saarland zu berichten. Nach wie vor sind die Erinnerungen führender VVN-BDA-Vorstände und Mitglieder der Kommunistischen Partei des Saarlandes an ihr Wirken bis 1955 so gut wie nicht dokumentiert. Es bleibt zu hoffen, dass Horst Bernard die Gesundheit und die Kraft behält, seinen Bericht fortzuschreiben.

Dennis Kundrus

» Autorinnen und Autoren

Isabelle Bastuck, geb. 1994. Studium der Germanistik, der Philosophie sowie der Allgemeinen und Vergleichenden Literaturwissenschaft.

Jonas Boos, lebt und arbeitet in Saarbrücken. Studium der Volkswirtschaftslehre (Diplom) an der Universität Trier.

Bernhard Dahm, geb. 1953. Rechtsanwalt mit Schwerpunkt Asyl- und Ausländerrecht.

Dominik Dix, geb. 1983 in Neunkirchen / Saar. Studium Medienmanagement in Düsseldorf, Journalist seit 2015, Publikationen unter anderem für *L'essentiel Luxembourg*, die *Saarbrücker Zeitung* und den Saarländischen Rundfunk.

Rainer Eisfeld, 1974–2006 Professor für Politikwissenschaft, Universität Osnabrück, 2002 Gastprofessor, Univ. of California at Los Angeles (UCLA). 1994–2017 Kuratoriumsmitglied Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora. 2006–2012 Vorstandsmitglied International Political Science Association (IPSA). Publikationen u.a.: »Ausgebürgert und doch angebräunt: Deutsche Politikwissenschaft 1920–1945«; »Mondsüchtig: Werner von Braun und die Geburt der Raumfahrt aus dem Geist der Barbarei«.

Klaus Gietinger, Autor, Regisseur und Sozialwissenschaftler. Kinofilme, TV-Movies, Serien, Kinder-, Dokumentarfilme, Drehbücher, Tatorte (Buch und Regie). Sachbücher und zwei Romane. Zuletzt als Herausgeber: »Karl Liebknecht oder: Nieder mit dem Krieg, nieder mit der Regierung!«, Dietz Berlin, Berlin 2021. Für seine Arbeiten wurde er mehrfach mit Preisen ausgezeichnet. Mehr Infos: www.gietinger.de.

Frederic Hubert, geb. 1997. Studium der Rechtswissenschaften, der Philosophie sowie der Geschichte an der Universität des Saarlandes.

Karolina Kaltschnee, lebt und arbeitet in Köln als Freie Journalistin für Printmagazine und Tageszeitungen, darunter *ZEITmagazin*, *STERN* und *Tagesspiegel*. Sie gewann 2021 das Gabriel-Grüner-Stipendium und recherchierte in Ostpolen in den sogenannten LGBT-freien Zonen. Die studierte Slavistin schreibt über Gesellschaftsthemen in Polen und zu Menschenrechten und legt dabei einen Schwerpunkt auf die Rechte von Frauen* in Europa.

Sadija Kavgić, Journalistin und Übersetzerin. Geboren in Tuzla, Jugoslawien. Infolge der Belagerung von Sarajevo 1992–1996 kam sie nach Deutschland. Publiziert in Deutschland und Bosnien und Herzegowina. Lebt in Saarbrücken.

Ullrich Kerker, geb. 1953 in Remscheid. Studium der Freien Kunst und der Kunstszene an der Kunstakademie Düsseldorf. Seit 1982 Einzelausstellungen und Ausstellungsbeteiligungen. 1990–2021 Leiter der Druckwerkstatt an der Hochschule der Bildenden Künste Saar. Seit 2019 Atelier in Brebach. Lebt in Sarreguemines.

Michael Kohler, wohnt in Ludwigshafen. Zu unterschiedlichen Aspekten seines Interessenschwerpunktes Mensch-Natur-Verhältnis produziert er Radiosendungen und schreibt Hintergrundartikel.

Dennis Kundrus, lebt in Saarbrücken und arbeitet als Projektleiter im politischen Bildungsbereich. Er schließt gerade seinen

Master in Geschichtswissenschaften ab. Seine Schwerpunkte sind Erinnerungs- und Geschichtspolitik sowie die Geschichte der Arbeiterbewegung und des Faschismus.

David Lemm, geb. 1979 in Neustadt / Weinstraße. M. A., freier Mitarbeiter der *Saarbrücker Zeitung*, aktuell Referendar an den Günter-Wöhe-Schulen in Saarbrücken.

Uwe Loebens, geb. 1958 in Völklingen. Künstler und Journalist mit Schwerpunkt Kultur.

Simon Ohliger, war von 2015–2022 Teil des LandessprecherInnenrates der Linksjugend [„solid] im Saarland. Er studiert Politik und Öffentliches Recht an der Universität Trier.

Werner Ried, Eisenbahner und Diplomgeograph Dr. phil., Dissertation zum Schienenverkehr SaarLorLux. Er arbeitet für die Digitale Schiene Deutschland bei DB Netz AG. Ehrenamtlich ist er im Saarland Vorsitzende des Verkehrsclubs Deutschland (VCD).

Stefan Ripplinger, geb. 1962 in St. Ingbert. Freier Autor. 2022 erschienen von ihm der Essay »Der Schirm. Einsamkeit als Auseinandersetzung« (Zero Sharp), seine Übersetzung der Serial Poems von Jack Spicer (Roughbook) sowie des Versepos »Der Anblick« von Raymond Roussel (Zero Sharp; zusammen mit Maximilian Gilleßen).

Roland Röder, Geschäftsführer der Aktion 3. Welt Saar e. V. Er ist seit Jahren an der Aufarbeitung des Mordfalls Samuel Yeboah mitbeteiligt.

Sonja Ruf, veröffentlichte seit 1990 vierzehn Bücher. Sie versteht sich als Feministin und erhielt etliche Förder- und Aufenthaltsstipendien und wohnt seit 2012 in Saarbrücken. Zuletzt erschien »Das Flussbad-Wunder und andere Erzählungen«, Tübingen 2022.

Ekkehart Schmidt, geb. 1964. Volkswirt und Journalist, aufgewachsen in Teheran und Köln, seit 1994 im Saarland, bis 2008 wissenschaftlicher Angestellter für Migrationsfragen beim isoplan Institut, seitdem beim Verein etika in Luxemburg in der nachhaltigen Finanz tätig. Seit 2019 im Vorstand von Transition Town Saarbrücken.

Volker Schütz, Saarbrücker Medienkünstler. Er illustriert gerade »Trallskogen«, ein Musikmärchen von Nika Jonsson, programmiert Vektoren für den Animationsfilm »Lichtjahre voraus!« und bereitet eine Ausstellung zum Ende der Malerei vor.

Laura Weidig, geb. 1984 in Saarbrücken. Studium der Germanistik (B. A.), der historischen Anthropologie sowie der Kultur- und Mediengeschichte (M. A.), arbeitet als Journalistin.

In Krisenzeiten brauchst du
eine starke Gewerkschaft.
Gemeinsam sind wir stark!



Werde Mitglied!





saarbrueckerhefte.de

ISSN 0036-2115

ISBN 978-3-945996-55-3

